

Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 4 Mal und ist durch die Expedition, Neue Strassenstr. 1/6, und durch Postporture zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 2.50, von Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen M. 2.50, frei ins Haus M. 3.00, wo keine Post am Orte, M. 3.25.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inserationsgebühren: bezogen für die einseitige Zeilenbreite oder deren Raum 25 Pf. Auswärtige Inserate 35 Pf. Inzerate für Arbeitsmarkt 15 Pf. Auswärtige 25 Pf. Vereins- u. Berammlungs-Anzeigen 15 Pfennige. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis Sonntag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 245.

Breslau, Donnerstag, den 19. Oktober 1911

22. Jahrgang.

Die Postbeamten und der Reichstag.

(An Postbeamte weitergeben.)

Die Postbeamten stellen eine starke Wählergruppe dar, die alle bürgerlichen Parteien für sich zu gewinnen suchen. Wenn es galt, für die Postbeamten Neben zu halten, so trafen die Parteiführer Resolutionen einzubringen, fand seit Jahren ein Wettlauf unter den bürgerlichen Abgeordneten statt. Die Ergebnisse waren für die Beamten aber recht minimal, wenn sie nicht ganz ausblieben. Bientlich gut kamen noch die höheren Beamten, schon etwas schlechter die mittleren weg. Deren glauben sich die bürgerlichen Parteien sicherer zu sein, als der Unterbeamten, die zwar mit Maßregelung bedroht sind, falls sie sozialdemokratische Gesinnung zeigen, denen man aber doch nicht recht über den Weg traut. Zu dem ist ihre Zahl zu groß. Jede finanzielle Zuwendung an sie läuft zu sehr ins Geld, kostet Millionen.

Als schwer getäuscht durch den Reichstag muß sich das Heer der Postassistenten und Unterbeamten fühlen. Bei der Wahl im Jahre 1907 ist um ihre Stimme von allen bürgerlichen Parteien mit besonderer Inbrunst geworben worden. Für Gehaltserhöhungen einzutreten, versprochen alle bürgerlichen Kandidaten. Offiziös stellte vor dem Wahltag auch die Regierung eine baldige Beförderungsreform in Aussicht. Zur Aufbesserung der Gehälter der Beamten lag seit Jahren Anlaß vor. Die Scharen der gering besoldeten mittleren und unteren Beamten der Postverwaltung waren von der Verteuerung der gesamten Lebenshaltung infolge der Hochpreispolitik nicht minder schwer, ja zum Teil härter als die Arbeiter betroffen, da ihnen nicht gestattet ist, in Lohnbewegungen zum Zweck der Eringung besserer Existenzbedingungen einzutreten.

Denn unter harter Aufsicht werden selbst recht harmlose Vereine der Postbeamten durch die vorgesetzten Behörden gehalten. Jede selbständige Bewegung der Beamten wird unterdrückt. Beamte, die sich bei der Vertretung der Interessen ihrer Kollegen ein wenig hervor tun, sind sofortiger Maßregelung ausgesetzt. Aus der letzten Zeit ist die Drangsalierung und Maßregelung des Oberpostassistenten Politisch noch in aller Erinnerung. Wie den Beamten, geht es auch den zahlreichen Arbeitern der Telegraphenabteilung, deren Organisation argwöhnisch überwacht, deren Leiter, wie der Telegraphenarbeiter Ballekin, gemäßigter werden, wenn sie sich nur im geringsten bei den Vorgesetzten mißlieblich machen. Wenn neben sozialdemokratischen Rednern, die dieses skandalöse Vorgehen des Postgewaltigen Kräfte brandmarkten, ein bürgerlicher Abgeordneter einmal ein Wort der Kritik sagte, war es zu zahm, um Eindruck zu machen. Niemals haben sich die bürgerlichen Parteien dazu verstanden, die Gewährung voller Koalitionsfreiheit für die Postbeamten zu fordern.

Als Ausgleich für diese Unterlassung hat die bürgerliche Mehrheit des Reichstages sich keineswegs angelegen sein lassen, die Arbeitsbedingungen der Postbeamten, besonders der unteren, leidlich befriedigend zu gestalten. Die Reichspost ist weit davon entfernt, ein Musterbetrieb zu sein. Die Arbeitszeit beträgt 60 und 66 Stunden in der Woche. Die Postverwaltung handelt ganz im Sinne der bürgerlichen Reichstagsmehrheit, wenn sie ihren Arbeitern und Unterbeamten anständige Arbeitsbedingungen versagt, weil besonders die Agrarier fürchten, daß sonst ihre Arbeiter begehrlich gemacht und zur Abwanderung veranlaßt werden. Deshalb kann die Postverwaltung ungekraft Resolutionen des Reichstages unbeachtet lassen, durch die eine Verkürzung der Dienstzeit, z. B. früherer Schalterluß am Sonnabend, gefordert wird. Solche Resolutionen sind oft genug garnicht ernst gemeint.

Unsicherheit der Existenz besteht für viele Tausende von Angestellten bei der Post. Sie müssen sich in langen Jahren erst zu einigermaßen leidlicher Bezahlung hindurcharbeiten. Mit Tagelöhnen von 2,50 Mark und darunter, die als Hungerlöhne von sozialdemokratischer Seite gebrandmarkt wurden, werden sogar Familienväter bezahlt. Die hohen Ueberschüsse der Post werden herangezogen, weil zahlreiche Angestellte nicht ihre aktiven

Lebensbedürfnisse befriedigen können. Die so schwer erkaufte Anstellung erfolgt erst nach vielen Jahren Dienstzeit bei unzureichender Bezahlung. Für Assistenten ist das Anstellungsalter 27 Jahre, für Unterbeamte aber 32 bis 34 Jahre. Der Reichstag hat es nicht für notwendig befunden, daran etwas zu ändern.

Trotz aller sozialdemokratischen Kritik hat man das bei der Post aufs höchste ausgebildete Ueberwachungs system bestehen lassen. Auf je vier bis fünf Beamte kommt ein Aufsichtsbewachter. Viel Krankenbesuch hat auch dieses System an sich, da es die Beamten erkennen läßt, wie wenig Vertrauen die Verwaltung zu ihrer Pflichtigkeit hat.

Nach den Versprechungen bei der Wahl konnten die Beamten mit hochgespannten Erwartungen den Beschlüssen des Reichstages entgegensehen. Mit der besprochenen Beförderungsreform ging es aber durchaus nicht rasch voran. Deshalb wurde 1907 die Regierung gedrängt, eine Leistungszulage zu gewähren. Schließlich wurde auch ein so geringer Betrag bereitgestellt, daß auf den Teil der Beamten, die überhaupt etwas erhalten hätten, ungefähr 20 Mark pro Mann gekommen wären. Das hätte wie eine Verhöhnung gewirkt. Der Reichstag setzte die Teuerungszulage nach heftigem Widerstreben der Regierung auf 100 Mark für die unteren Beamten herauf. Da die Reichskasse leer war, wurde das Geld dazu der Anleihe entnommen. Die Reform des Wohnungsgeldzuschusses und der Gehälter wurde für 1908 in Aussicht gestellt, konnte aber auch dann noch nicht in Angriff genommen werden, da die Mittel fehlten, weil die Finanzreform nicht zustande kam. Um der wachsenden Unzufriedenheit der Beamten zu begegnen, wurden noch einmal Teuerungszulagen gewährt, in Höhe von 100 Mark für die unteren, 150 Mark für die mittleren Beamten, die weniger als ein Jahreseinkommen von 4200 Mark hatten.

Gleichzeitig mit der Finanzreform wurde die Beförderungsvorlage erst im Jahre 1909 fertiggestellt. Allgemeine große Enttäuschung machte sich bei den mittleren und unteren Beamten geltend, als bekannt wurde, wie gering die Zulagen von der Regierung gedacht waren. Das war keineswegs der versprochene Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung durch die Zollgesetzgebung! Freilich, in der Denkschrift zur Beförderungsvorlage erklärte die Regierung ganz offen, daß sie den Unterbeamten so wenig gebe, damit die Gutsbesitzer und die Unternehmer in Handel und Industrie nicht genötigt würden, höhere Löhne zu zahlen, ein Grundsatz, zu dem sich Staatssekretär Kräfte seitdem noch wiederholt im Reichstage bekannt hat. Da durch die neuen indirekten Steuern auch die Beamten belastet wurden, gab die Regierung mit den Zulagen nicht viel mehr, als sie durch die höhere Steuerbelastung wieder nehmen wollte. Der Petitionssturm, der bei den Beamten entfiesselt wurde, ließ die bürgerlichen Parteien nicht unberührt. Bei der Kommissionsberatung wurden bei den Offizieren, den hohen Beamten und auch bei den Postassistenten und Unterbeamten die Gehaltsätze über die Regierungsvorlage hinaus nicht unwesentlich erhöht.

Nur bei den Assistenten und Unterbeamten gingen der Regierung die Kommissionsbeschlüsse zu weit, sie erklärte sie für unannehmbar. Die bürgerliche Mehrheit fiel um, die Gehaltsätze wurden wieder herabgesetzt. Einer ganzen Anzahl von Beamten brachte die Beförderungsvorlage überhaupt keine Besserstellung, für manche Stellen sogar eine Verschlechterung: nur wird den jetzigen Stelleninhabern das alte Gehalt weiter gezahlt, damit eine direkte Schlechterstellung unterbleibt. Auch die Regelung des Wohnungsgeldzuschusses hat Tausende von Beamten nicht befriedigt. Besonders rücksichtslos gegen die Beamten ging das Zentrum vor, nachdem es wieder Regierungspartei geworden war. Es beförderte den Abgeordneten Postsekretär Gamscher aus der Budgetkommission heraus, damit er nicht mehr für die Beamten reden könne. Im Jahre 1911 durfte dieser Vertreter der Postbeamten bei der Beratung des Postetats ein gar nicht in

die Budgetkommission hinein. Später haben wiederholt bürgerliche Abgeordnete der Ansicht Ausdruck gegeben, wenn die Reichstagsmehrheit festgeblieben wäre, hätte die Regierung den anfänglich festgesetzten Gehaltsätzen für die Assistenten und Unterbeamten zustimmen müssen. Dieser Meinung ist von den Sozialdemokraten von Anfang an Ausdruck gegeben worden. Die schwere Unterlassungssünde von 1909 an den Postbeamten wieder gut zu machen, ist der bürgerlichen Mehrheit nicht eingefallen.

Sparsamkeit auf Kosten des Heeres der Postangestellten ist besonders im Jahre 1910 gelibt worden. Neue Beamtenstellen wurden nicht geschaffen, sodas die Anstellung sich verlangsamte. Für Löhne der Post- und Telegraphenarbeiter wurden eineinhalb Millionen Mark weniger als im Vorjahre in den Etat gestellt, und für die Ausdehnung des Leitungsnetzes 20 Millionen Mark weniger auf Anleihe genommen. Die Folge war, das mehrere Tausend, nämlich 10 Prozent aller Post- und Telegraphenarbeiter entlassen wurden, und das in einer Zeit, in der die Geschäfte noch schlecht gingen, sodas es schwer fiel, andere Arbeit zu finden.

Die bürgerlichen Abgeordneten führten um dieselbe Zeit eine widerliche Komödie im Reichstage auf. Besserstellung der Beförderungsverhältnisse beantragten im Herbst 1910 in Resolutionen die Konservativen, Antisemiten und Liberalen. Staatssekretär Kräfte versicherte, die Lage der Beamten sei vortrefflich. Zwar habe die Unterlassung der Stellenvermehrung sowohl in der Schaffner- als auch der Landbriefträgerklasse eine Verlangsamung der Anstellung zur Folge, aber dafür seien ein Jahr vorher die Gehälter erheblich aufgebessert worden. Darauf verständigten sich die bürgerlichen Abgeordneten dahin, alle Resolutionen gleichzeitig zurückzuziehen, damit sich die Parteien bei der Agitation unter den Postbeamten nicht Konkurrenz machen könnten.

Je näher die Wahl kam, desto mehr wurde für die Postbeamten geredet. Jedoch nur für einen Teil der Assistenten wurde eine Besserstellung gefordert. Das gab den Anlaß zu einem wilden Kampf zwischen den Parteien in der Sitzung vom 10. März 1911, wobei sie sich illoyales Verhalten und unlauteres Wettbewerb um die Stimmen der Postbeamten vorwarfen. Genügt hat den Assistenten die beschlossene Resolution nicht. Eine sozialdemokratische Resolution, in der gefordert wurde, eine Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes möge in der Richtung vorbereitet werden, daß den Unterbeamten eine angemessene Erhöhung ihrer unzulänglichen Bezüge gewährt wird, stimmten die bürgerlichen Parteien nieder.

Getäuscht und genarrt hat die bürgerliche Mehrheit des Reichstages die Postbeamten! Auch sie haben allen Anlaß, Abrechnung zu halten für getäuschte Erwartungen und wirtschaftliche Schädigung. Mögen sie es gründlich besorgen und zu ihrem Teil dazu beitragen, daß ein Reichstag gewählt wird, der auch die Beamten als freie Staatsbürger schützt und ihnen für reibliche Arbeit ausreichende Befoldung gewährt!

Politische Uebersicht.

Der Zusammentritt des Reichstages.

Mit höchst trübseligen Gedanken sehen die bürgerlichen Parteien, besonders die Herrschaften des schwarzblauen Blocks, den letzten fünfzig Tagen entgegen, die hochgerechnet ihr Reichstag noch zu leben hat. Ihre Presse ist am Vorabend der Reichstagsöffnung burzau auf keinen festlichen Ton gestimmt. Die Besorgnis, daß die Schlußverhandlungen dazu dienen könnten, ihren idiosyncrasischen Kolos vollends zu Scherben zu schlagen, kommt überall zum Ausdruck. So meint die „Kreuzzeitung“, die Opposition werde es mehr darauf anlegen, Neben aus dem Fenster hinaus zu halten, statt positive Arbeit zu leisten. Ob das richtig oder falsch ist, wird sich nach dem Charakter der positiven Arbeit entscheiden, die dem Reichstag angelassen werden wird. Besser als im Jahre 1910 zum Fenster hinaus ist die positive Arbeit, die im Interesse der Bevölkerung geleistet wird. Wenn Maßnahmen gegen die Teuerung beschlossen werden sollen, wenn es gilt Verarmungserscheinungen und Wohlstand zu sichern, wird man

Die sozialdemokratische Fraktion freudig bei der positiven Arbeit finden. Auch der Erledigung der Privatbeamtenversicherung, eines Arbeiterkammergesetzes, das die Arbeitersekretäre als Vertreter zuläßt, eines Heimarbeiterschutzgesetzes, das die Lohnmäßigkeit Festsetzung von Minimallohn vorzählt, würde die auf 53 Köpfe angewachsene sozialdemokratische Reichstagsfraktion jede mögliche Förderung angedeihen lassen.

Aber Maßnahmen gegen die Teuerung, Vorschläge zur Sicherung der Versammlungs- und Wahlfreiheit stehen überhaupt nicht auf dem Programm des sterbenden Reichstages, dem Arbeiterkammer- sowie dem Heimarbeiterschutzgesetz droht Gefahr nicht von der Sozialdemokratie, sondern von der starken Negation der Rechten, die die Regierungen in ihrem Widerstand gegen die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre sowie gegen die Lohnämter bestärkt. Was sonst — außer einigen unerlässlichen handelspolitischen Vorlagen — auf der Tagesordnung steht, ist teils in der kurzen Zeit, die dem Reichstag noch zur Verfügung steht, nicht zu schaffen, teils verdient es längst, ein kühles Grab im Papierkorb. So die Strafprozessreform, die kleine Strafgesetzbuchelle, die Schiffsabgaben, die Fernsprechtarife. Diese schönen Dinge mag man ruhig liegen lassen, wie sie sind, und wenn man die so gewonnene Zeit „zu Reden aus dem Fenster hinaus“ benützt, statt sie mit nutzloser oder schädlicher „positiver Arbeit“ zu verbrennen, so wird das wahrhaftig kein Verlust sein.

Auch die Herren vom schwarz-blauen Block würden recht gerne „Reden zum Fenster hinaus“ halten, wenn nur das Echo, das ihnen entgegenfällt, nicht gar so mühsam klinge. Darum hat ja Herr v. Seydebrand schon bei der Beratung der Wahlrechtsvorlage im preussischen Landtag so großzügig auf den „Beifall der Massen“ verzichtet — denn was nützt es, schönen Dingen nachzulaufen, die man ja doch nicht haben kann. Indes wird sich erst zeigen müssen, ob schon alle Mitglieder der Rechten der Seydebrandschen Resignation verfallen sind, und ob man nicht wieder — wie noch vor jedem Reichstagsabschlus — von jener Seite Reden gegen die Sozialdemokratie hören wird, die nur auf die Alldummsten draußen vor den Fenstern berechnet sind.

Natürlich liegen auch die sozialdemokratischen Interpellationen der Rechten schwer im Magen. Man fragt über Zeitvergeudung, nennt die sozialdemokratischen Anfragen unnütz, nur darauf berechnet, Agitationsstoff zu liefern. Merkwürdigerweise wird die „unnütze“ Marokko-Interpellation auch von den bürgerlichen Parteien in verschiedenen Formen wiederholt werden, ebenso wollen, wie es heißt, wenigstens die Fortschrittler gleichfalls eine Interpellation zum Schutze der Versammlungsfreiheit einbringen. Was aber die Teuerungsinterpellation betrifft, so gehört die ganze Fiese eines agrarischen Gemüts dazu, sie „unnützig“ zu finden, sie ist wohl die wichtigste und bringensste von allen.

Das Wort von den „unnützen“ Interpellationen hat nur in einem Sinne wirklich Berechtigung. Was können nämlich Interpellationen nützen, wenn der Reichstag nicht einmal die Macht hat, bei Gelegenheit einer Interpellationsberatung seinen Willen in Form eines Beschlusses zum Ausdruck zu bringen? Die beherrschenden Interpellationsdebatten erinnern an einen der schwärzesten Kapitel aus der Geschichte des nun halb glücklich verlossenen Reichstages, an die Novemberdebatten von 1908 und ihren völlig unfruchtbaren Ausgang. Damals forderte die Sozialdemokratie u. a. für den Reichstag das Recht, das Ergebnis seiner Interpellationsdebatten in Beschlusform zusammenzufassen, und dieses Recht konnte sich der Reichstag einfach nehmen, indem er seine Geschäftsordnung änderte. Die notwendige Reform des reichsdeutschen Parlamentarismus wurde aber durch die bürgerlichen Parteien hintertrieben, die ganze Novemberaktion endete als ein Hornberger Schießen und der Liberalismus trug nicht die geringste Schuld an diesem bescheidenen Ende.

Wie gewöhnlich, ging es am ersten Tage nach den Werten ziemlich friedlich her, wenn auch Schachs Fraktionskollege A a b durch zünftlerisch-antifemistische Anrempelungen der organisierten Arbeiterschaft eine Zucht-hausgesetzdebatte zu entfesseln suchte. Der Versuch mißlang gründlich und trug dem zur Zeit noch den Wahlkreis Schwiege-Schmalckalden vertretenden Herrn eine berbe Abfuhr von Seiten des Genossen S m i d t - Berlin ein. Immerhin ein paar Nuancen verständlicher als Herr Raab betrug sich sein Fraktionskollege von der christlich-sozialen Couleur, Herr D e h r e n s, der zwar auch über angeblichen Gewerkschaftsterrorismus zu zernern sich nicht verneinern konnte, aber in der Wertung der zum Himmel schreienden Mißstände im Ruhrrevier einigermassen mit den Ausführungen unseres Genossen Gue übereinstimmte, die, mit passender Verehrlichkeit vorgetragen, entschieden den Höhepunkt der Dienstage-Verhandlungen bildeten. Wegen der Annahme des Kommissionsantrages auf Ueberweisung der Petition gegen die Zwangsarbeitsnachweise der Bekehrten zur Erwägung, erhob sich denn auch kein Widerspruch. Die Scharfmacher zogen es vor, sich auszuschweigen, da sie Vorbeeren zu ernten keine Aussicht hatten. Auch in Bezug auf die Zustände im Hüttengewerbe mußte der Zentrumsabgeordnete Giesberts notgedrungen die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Kritik anerkennen, die erneut in ausgezeichneter Weise von Gue gelübt wurde. Herr Giesberts mußte erklären, daß die Bundesrats-Verordnung zum Schutze der Hüttenarbeiter ein völlig nutzloses Flasko gemacht habe.

Im Laufe einiger Stunden war die nur Petitionen enthaltende Tagesordnung, vor deren Beginn der Präsident der in den Ferien verstorbenen Mitglieder gedachte, erledigt. Am Mittwoch stehen angeblich sämtliche Interpellationen zur Beratung. Aber Tripolis und Marokko haben keine, die Teuerung nur wenig Aussicht, gleich heranzukommen, und wahrscheinlich wird man sich über die zahllosen Verlethungen des Reichsvereinsgesetzes unterhalten. So hat auch in letzter Stunde der Seniorenkongress beschlossen.

Der Reichstag muß warten.

Beismann-Sollweg hat dem Präsidenten des Reichstages bereits mitgeteilt, daß er vorläufig die Verantwortung der Marokkofrage dankend ablehnen muß, bis die ganze Sache von der Diplomatie in Ordnung gebracht ist. Er schreibt an Schwering-Löwig:

Berlin, 16. Oktober 1911.

Gruer Ezzellenz

Beehre ich mich ergebenst folgende Mitteilung zu machen: Wie ich höre, ist von verschiedenen Parteien beabsichtigt, Interpellationen über Fragen der auswärtigen Politik, insbesondere über die Tripolisfrage und unsere Verhandlungen mit Frankreich, im Reichstage einzubringen. Ich verstehe und fühle den Wunsch der Parteien, eine parlamentarische Erörterung dieser Fragen herbeizuführen. Im gegenwärtigen Augenblick jedoch wird sich die Regierung an einer Debatte über die auswärtige Politik nicht beteiligen können. Von einer allgemeinen Besprechung der auswärtigen Politik würde sich die Frage der Haltung der Regierung in der marokkanischen Angelegenheit nicht trennen lassen, über diese aber könnte sich die Regierung in Anbetracht der noch schwebenden Verhandlungen ohne die Gefahr einer schweren Schädigung deutscher Interessen nicht äußern. Dasselbe würde auch von einer Einmischung der Tripolisfrage gelten. Wegen der Beilegung des türkisch-italienischen Krieges findet ein andauernder Meinungsaustrausch unter den Mächten statt, der jede öffentliche Stellungnahme der kaiserlichen Regierung in dieser Frage unmöglich macht. Einer Debatte des Reichstages aber ohne Beteiligung der Regierung steht das Bedenken entgegen, daß sie nach der einen oder anderen Richtung hin die Stellung der deutschen Politik erschweren und ihre Aktion beeinträchtigen könnte. Sobald die politische Situation eine Beteiligung der Regierung gestattet, werde ich Gruer Ezzellenz davon benachrichtigen, und ich werde dann gern bereit sein, dem Reichstage Mitteilung über die auswärtige Politik zu geben und mit ihm in eine Debatte einzutreten. Von dem Vorstehenden lege ich Gruer Ezzellenz mit dem ergebensten Anheimstellen

in Kenntnis, bei Ihren Besprechungen über die Vertagung der Geschäfte des Reichstages davon Gebrauch zu machen.

In ausgezeichneter Hochachtung

Gruer Ezzellenz sehr ergebener

v. Bethmann Hollweg

So wie es augenblicklich mit der verfassungsmäßigen Stellung des Reichstages bestellt ist, muß er sich alles gefallen lassen. Er muß in Ruhe abwarten, was die Regierungsdiplomaten mit ihm und mit dem deutschen Volk machen.

Der Seniorenkongress des Reichstages trat Dienstag zusammen, um über die Geschäfte des Reichstages in nächster Zeit zu disponieren. Es wird festgestellt, daß am 18. Oktober die Interpellation über das Vereinsgesetz auf die Tagesordnung gestellt wird. Nach der Beratung über diese Interpellation soll zunächst das Beamten-Versicherungsgesetz in erste Lesung genommen werden und daraufhin erst die Beratung über die Teuerungsinterpellation erfolgen. Ueber weitere Dispositionen soll demnächst der Seniorenkongress befinden. Der Präsident verlas das Schreiben des Reichskanzlers, nach welchem der Reichskanzler sich wohl bereit erklärt, die Interpellationen über Marokko und die auswärtige Politik zu beantworten, aber den gegenwärtigen Zeitpunkt für ungeeignet hält, diese Beantwortung jetzt zu geben. Von den Vertretern aller Parteien wurde daraufhin die Besorgnis ausgesprochen, daß eventuell der Reichstag zu Ende gehen könne, ohne daß überhaupt die auswärtige Politik besprochen worden sei. Man kam überein, daß am Mittwoch die Möglichkeit vorbehalten werde, eine Besprechung der auswärtigen Politik durch Stellung eines dahingehenden Initiativantrages vorzunehmen. Der Präsident gab zu, daß der Reichstag dieses Recht besitze und daß, wenn die Regierung diese Interpellation nicht beantworte, dann den Parteien freistünde, dieses Mittel in Anwendung zu bringen. Die Vertreter der Parteien ersuchten den Präsidenten, bei dem Reichskanzler keinen Zweifel darüber zu lassen, daß der Reichstag einig sei in der Auffassung, daß eine Besprechung der auswärtigen Politik unter allen Umständen erfolgen müsse. Der Präsident wird dem Reichskanzler dahingehend verständigen. Ferner wurde der Wunsch ausgedrückt, daß der Reichskanzler in seiner Erklärung vor dem Reichstag, in der er eine Verschiebung der Besprechung der Interpellation in Anspruch nimmt, gleichzeitig eine Garantie gibt, daß dem Reichstages des Reichstages entsprochen wird. Besonders von sozialdemokratischer Seite wurde betont, daß es eine ganz unhaltbare und unmögliche Situation sein würde, wenn dieser Reichstag ohne jede Besprechung der auswärtigen Angelegenheiten auseinander gehen würde.

Die Bürgerauswahlwahlen in Mannheim.

Am 15. Oktober fanden in Mannheim die Wahlen der dritten Wählerklasse statt. Da durch Infraktreten der neuen Städteordnung die Gesamtverneuerung des Bürgerausschusses notwendig wurde, waren in zwei Wahlgängen 32 Stadtverordnete zu wählen; 16 für eine sechsjährige Amtsdauer und 16 für eine dreijährige. Die 32 Mandata der dritten Klasse waren bisher im Besitze der sozialdemokratischen Partei. In der zweiten und in der ersten Klasse hatte die Partei keine Sitze. Durch die neue Klasseneinteilung und durch die Anwendung des Proportionalwahlverfahrens innerhalb der einzelnen Klassen mußte die Partei in der dritten Klasse Mandate an die bürgerlichen Parteien abtreten, dagegen wurde sie diesen Ausschluß bei der Wahl zur zweiten Klasse wieder einholen.

In der dritten Wählerklasse waren die Wähler eingeteilt, die bis zu 14 Mark Umlage im Jahre bezahlten. Das waren ca. 15.200. Wer über 14 Mark und bis zu 92,64 Mark Umlage zahlte, wählte in der zweiten Klasse. Es sind das 10.100 Wähler. Zur ersten Klasse sind eingeteilt 5050 Bürger, die mit einer Umlageleistung von über 92,60 Mark eingeschätzt sind. Kurz gesagt, haben

Die letzten Tage von Pompeii.

Von E. Sulzer.

„Schon oft hörte ich“, sagte sie, „daß du reich seiest, aber nie ließ ich mir träumen, daß du so viele Schätze besitzt.“

„Ich wollte“, erwiderte der Ägypter, „daß ich sie alle in eine Krone verschmelzen könnte, die ich dann auf deine weiße Stirn setzen würde.“

„Ach, das Gewerbe würde mich aber erdrücken; ich wäre kaum eine zweite Lordeja“, antwortete Sone lächelnd.

„Aber du verachtest doch nicht den Reichtum, Sone? — Der arme weiß nicht, was das Leben zu gewahren vermag. Gold ist der große Heiler der Erde — es bewirkt nicht nur Reichtum — es gibt auch die Macht eines Gottes — es liegt in seinem Reiche eine Größe, eine Erhabenheit — ist der mächtigste und doch gehorsamste unterer Planet.“

Der lässige Araber sah die junge Republikanerin durch seine Schätze und durch seine Herrlichkeiten zu verblenden; er suchte in ihr das Verlangen nach dem Ruhm des eigenen Eigentums zu erregen; er hoffte, der Glanz seines Reichtums würde auf ihre selbst zurückfallen. Sone aber sah in ihrem Innern ein unbekanntes Gefühl bei den Selbsterkenntnissen, die über jene Lippen strömten, welche bisher die der Schönheit gewöhnlich dargebrachte Guldigung zu verschmähen schienen. Sie suchte mit ihrer feinen Gewandtheit, die nur dem weltlichen Geschlecht ganz eigen ist, seinen Worten einen anderen Sinn unterzulegen und begreife seiner glühenden Sprache durch letzten Scherz und Wig. Nichts in der Welt ist lieblicher, als diese Verleumdungswelle, die über die nie das Aussehen des aristokratischen Pöbels, der mit einer Feder den Wänden eine andere Richtung zu geben vermag.

Der Ägypter wurde noch mehr durch ihre Liebenswürdigkeit, als durch ihre Schönheit begünstigt und überwältigt. Die Scherz wurde es ihm, seine Empfindungen zu verbergen; auch die Feder war nun mächtig gegen die Verleumdungen; wie vermochte sie dem Genuß zu widerstehen?

„Sonne, ich bin in einem Zimmer geblieben, welches mit weißen Perlen geschmückt war, sagte der Ägypter in die Höhe, und wie durch einen Zauber lag ein Licht aus dem Himmel in die Höhe; zu den Füßen der Sone erhob sich ein Nebel, und in demselben Augenblick erhellte hinter den Vorhängen die leuchtende und liebliche Nacht.“

„Aber ich habe nicht die Absicht, mich zu verbergen, und ich habe nicht die Absicht, mich zu verbergen, und ich habe nicht die Absicht, mich zu verbergen.“

„Aber ich habe nicht die Absicht, mich zu verbergen, und ich habe nicht die Absicht, mich zu verbergen, und ich habe nicht die Absicht, mich zu verbergen.“

„Aber ich habe nicht die Absicht, mich zu verbergen, und ich habe nicht die Absicht, mich zu verbergen, und ich habe nicht die Absicht, mich zu verbergen.“

„Aber ich habe nicht die Absicht, mich zu verbergen, und ich habe nicht die Absicht, mich zu verbergen, und ich habe nicht die Absicht, mich zu verbergen.“

„Aber ich habe nicht die Absicht, mich zu verbergen, und ich habe nicht die Absicht, mich zu verbergen, und ich habe nicht die Absicht, mich zu verbergen.“

Das Wahl war vollendet, die Nacht erlang in sanften und leisen Tönen, und Arabes sprach zu Sone: „Daß du nie, meine Republikanerin, in dieser düstern und unheimlichen Welt den Drang gefühlst, nach jenseits zu blicken? Hast du nie gewünscht, den Schleier der Zukunft zu heben, und zu schauen die Dinge, die da kommen werden? Denn nicht bloß die Vergangenheit hat ihre Geister, auch jedes zukünftige Ereignis hat sein Geister, seinen Schatten; — wenn seine Stunde kommt, so leuchtet ihm das Leben, der Schatten wird überleuchtet und tritt in die Welt. Das Land jenseits des Grabes birgt zwei verschiedene Arten unsterblicher Geister: die Dinge, die kommen sollen, die Dinge, die da waren. Wenn wir durch unsere Weisheit jenes Land zu betreten vermögen, so sehen wir beide und lernen nicht allein die Geheimnisse der Toten, sondern auch die Schicksale der Lebendigen kennen.“

„Hast du jenes Land betreten und vermag unsere Weisheit es weit zu bringen?“

„Wißt du meine Kenntnisse prüfen, Sone, und soll ich dir dein eigenes Schicksal zeigen? Es ist diese Darstellung ein ergreifenderes Drama, als irgend eines von Hesiodus — ich habe es dir vorbereitet, wenn du die Schatten willst ihre Rolle spielen sehen.“

Die Republikanerin erbeute; — sie dachte an Glanz und Reichtum und zitterte zugleich. — Sollte ihr Schicksal bereinigt werden? — Halb gereizt, halb gläubig, halb erschreckt, halb weniger gemüht durch die Worte ihres seltsamen Wirtes, schloß sie einige Augenblicke und erwiderte darauf: „Es kann gar nichts geschehen — es kann Entsetzen erregen — der Blick in die Zukunft kann vielleicht nur die Gegenwart bitterer.“

„Nein, Sone, ich selbst habe dein Schicksal erkannt, die Geister deiner Zukunft verweisen in den ehelichen Gesellen; sie werden die Blumenkränze deines jungen Schicksals aus den duftigen Blüten, und die für andere so harmlosen Parzen spinnen für dich nur den Faden des Glanz und der Liebe.“

„Aber ich willkommen und dein Los leben, daß du schon vor der Zeit dich daran erfreuen magst?“

„Nicht das müßte die Herz der Sone Glanz“, sie ließ eine letzte höhere Einwilligung vernehmen; der Ägypter hand auf und indem er sie bei der Hand nahm, führte er sie durch das Zimmer — die Vorhänge wurden wie durch unsichtbare Hände fortgeschoben und die Nacht erhellte in lebhaften Tönen. — Ein Schimmer durch einen Spalt, an dessen Seiten Springbrunnen sich in die Luft erhoben und fliegen auf beiden und bequemen Stellen in den Garten. Der Abend hatte begonnen — der Mond stand schon hoch am Himmel und jene leuchtenden Wunden, die bei Tage schlafen und die Nachtluft mit ihren leuchtenden Blüten, wachen an den Wänden, die durch das Licht leuchten, aber im Dunkeln sich, als ob

sie ihre Guldigung darbrächten, an die Füße der Statuen, die zur Seite standen.

„Wohin willst du mich führen, Arabes?“ — sagte Sone verwundert.

„Wir sind gleich da“, erwiderte er, indem er auf ein kleines Gebäude am Ende der Allee zeigte. — „Es ist ein den Parzen geweihter Tempel — unsere Gebräuche erheben einen so heiligen Ort.“

Sie trat in eine kleine Halle, an deren Ende ein schwarzer Vorhang hing. Arabes hob ihn in die Höhe, Sone trat ein und befand sich in einem ganz dunklen Räume.

„Beunruhige dich nicht“, sagte der Ägypter, „es wird gleich hell werden“, und während er sprach, verbreitete sich nach und nach ein mildes Licht, und Sone sah es, als befände sie sich in einem Zimmer von mäßiger Größe, welches von allen Seiten schwarz behangen war. Ein Ruhebett von derselben Farbe stand neben ihr. In der Mitte befand sich ein kleiner Altar, und auf diesem ein bronzenes Kreuz. An der einen Seite stand auf einer hohen Granitstufe ein kolossaler Kopf aus schwarzem Marmor, die Blüte der ägyptischen Göttin darstellend. Arabes trat vor den Altar; er hatte seinen Kranz abgelegt und schien beschäftigt, den Inhalt einer bronzenen Vase in den Dreifuß zu schütten, aus dem plötzlich eine blaue flackernde Flamme sich erhob. Der Ägypter stellte sich darauf wieder neben Sone, und als er einige Worte in einer ihr unbekanntem Sprache murmelte, welche der Vorhang im Hintergrunde zitternd hin und her, trennte sich langsam in der Mitte, und durch die Öffnung, welche auf diese Weise entstand, erblickte Sone eine unendliche und farblose Landschaft, die aber, je mehr sie hinauf, immer lebendiger und bunter wurde; zu letzt konnte sie Bäume, Flüsse und Wiesen untererkennen, und die reizendste Mannigfaltigkeit der herrlichsten Gegend bot sich ihren Blicken dar. Bald erschien auch ein menschliches Wesen, anfangs undeutlich und nur in schwachen Umrissen; es blieb Sone gegenüber stehen; nach und nach lösten sich in ihm die Züge der Sone, die Gestalt wurde deutlicher, und in ihr erkannte Sone ihr eigenes Ebenbild!

Jetzt verschwand die Landschaft, indem sie wie durch einen Nebel verhüllt wurde, und es erschien ein prächtiger Palast; in der Mitte seiner Eingangshalle stand ein Thron — ihn umgaben die unbestimmten Formen von Säulen und Wänden, und eine weiße Hand hielt über dem Throne eine Krone von Diamanten. Darauf erschien eine andere menschliche Gestalt — sie war von Kopf bis zu Füßen in ein schwarzes Gewand gehüllt — des Schicksal war nicht zu erkennen — sie kniete zu den Füßen der Sone, sagte ihre Hand und zeigte auf den Thron, als wolle sie sie einladen, ihn zu besteigen.

(Fortsetzung folgt.)

drei Sechstel der Wähler in der dritten Klasse, zwei Sechstel in der zweiten und ein Sechstel in der ersten Klasse Wahlrecht. Vor drei Jahren machten nur 56 Prozent der Wähler von ihrem Wahlrecht Gebrauch.

Am Sonntag wurden für die sozialdemokratischen Listen 7334 Stimmen abgegeben. Die liberale Partei brachte es auf 541 Stimmen, das Zentrum auf 1935, die Fortschrittliche Volkspartei auf 682 und auf die Liste der Selbstbestandenen 251. Gewählt sind 26 Sozialdemokraten, 2 Fortschrittler und 4 Zentrumskandidaten. Die Wahlen für die zweite Klasse finden am 31. Oktober statt. Nach diesem glänzenden Resultat in der dritten Klasse dürfte die Partei insgesamt 6 Sitze im Stadtverordnetenkollegium und 4 im Stadtrat gewinnen.

Die Schulden des Deutschen Reichs.

Es ist ein öffentliches Geheimnis, daß die Schulden des Deutschen Reichs immer rascher anwachsen. Nach dem kürzlich ergangenen Bericht der Reichsschuldenkommission belief sich der tatsächliche Schuldbetrag des Reichs am Schlusse des Rechnungsjahres 1910 auf 5.259.500.000 Mark. Der weitaus größte Teil hiervon, nämlich über 4 1/2 Milliarden Mark, ist in Reichsanleihen begeben, 840 Millionen Mark bestehen in verzinslichen Schatzanweisungen, 120 Millionen Mark sind in unverzinslichen Reichsschatzweisungen ausgegeben, 3 1/2 Millionen Mark sind Bauschulden usw. Ende des Jahres 1870 betrug die Reichsschuld nur 485 Millionen Mark, im Jahre 1895 betrug sie 2.201.287.800 Mark und am Schlusse des Rechnungsjahres 1909 bereits 4.966.500.000 Mark. Im Rechnungsjahre 1910 hat sich der Schuldbestand um 293 Millionen Mark erhöht. Die Verzinsung der Reichsschuld hat 157.658.413 Mark erfordert, das sind 3.653.410 Mark mehr als der Soll des Etats beträgt. Die Mehrausgabe bzw. das Steigen der Schuld ist durch Begeben der Anleihen von 1909 und 1910 und durch die Einkämpfung von Schuldzinsen früherer Jahre veranlaßt worden. Es sind im letzten Rechnungsjahr neu begeben worden 500 Millionen Mk. 4 Prozentige und 160 Millionen Mark 3 1/2 Prozentige Reichsschuldverschreibungen, während 20 Millionen Mark 3 1/2 Prozentige Reichsschatzweisungen bar eingelöst sind und der Ausgabebestand von unverzinslichen Reichsschatzweisungen sich um 347 Millionen Mark verringert hat. Die Kredite, die am Schlusse des Rechnungsjahres 1909 durch Ausgabe von Schuldverschreibungen oder verzinslichen Schatzanweisungen noch nicht in Anspruch genommen waren, beliefen sich auf 108.588.605 Mark. Auf diesen Betrag waren jedoch 100 Millionen Mark an bereits ausgefertigten, Ende März 1910 noch nicht fälligen unverzinslichen Schatzscheinen anzurechnen, sodaß zu diesem Zeitpunkt nur ein Kredit von 3.588.665 Mark offen war.

Ueber den Reichsinvalidenfonds, der nach dem Gesetz vom 25. Mai 1873 insgesamt 561 Millionen Mark betrug, berichtet die Reichsschuldenkommission, daß sein Verbestand sich am Ende des Jahres 1909 noch auf 73 1/2 Millionen Mark bezifferte. Der Fonds ist hauptsächlich in Reichsschuldverschreibungen angelegt.

Man sieht aus allem, daß die ganzen letzten „Finanzreformen“ nicht imstande gewesen sind, das fortschreitende Schuldenmachen aufzuhalten. Immer weiter geht es den Berg hinab. Wenn das Reich ein Privatmann wäre, hätte es schon längst den Konkurs anmelden müssen. Es steht außer Zweifel, daß der neu zu wählende Reichstag sich wieder mit einer fastigen Steuervorlage befassen muß. Denn so kann es nicht mehr weiter gehen.

Von der Sekte zur Partei

ist der Titel einer soeben im Verlage von Dieckhoff in Jena herausgegebenen Schrift unseres Genossen E. D. Bernstein, des Reichstagskandidaten für Breslau-West. Anknüpfend an die Ideen von Fr. Engels, in dessen „Entwicklung von der Utopie zur Wissenschaft“, führt er in ebenso anziehender wie klar vollstündiger Weise diesen Gedankengang weiter aus und bringt ihn mit logischer Schärfe, belegt von geschichtlichen, bis in die neueste Zeit hineinreichenden Tatsachen, die er kurz und treffend skizziert, zur Geltung. Einige Andeutungen davon seien hier erwähnt.

Nachdem die Ideologen des utopistischen Sozialismus das Bewußtsein der Arbeiterklasse geweckt hatten, führte die Ausbreitung der kapitalistischen Wirtschaft das Proletariat zur Arbeit für die Lösung seiner geschichtlichen Aufgabe, welche Babeuf und seine Nachfolger bereits erkannt, Marx und Engels aber erst wissenschaftlich begründet haben. Sie bewiesen, daß die Entwicklung sich fördern und beschleunigen, aber nicht nach Belieben überspringen läßt. Lassalle leitete die Sozialdemokratie in die parlamentarische Tätigkeit hinein und Liebknecht fügte sich, trotz anfänglichen Widerstrebens, diese bereits von Bebel eingeschlagene und von Marx und Engels gebilligte Bahn zur praktischen Arbeit zu betreten und sie neben der theoretischen Revolutionierung der Gedanken gelten zu lassen. Besonders bezeichnend nennt es Bernstein, daß gerade unter den grausamen Schlägen des Sozialistengesetzes, die so leicht zu allerletzt Explosionen hätten veranlassen können, sich die Beteiligung der Partei an den parlamentarischen Arbeiten, das Eindringen in die Einzelkandidaturen und in die Gemeindevorstellungen schrittweise erhöhte. Das Proletariat folgte der richtigen Empfindung, welcher Marx Ausdruck gegeben hat: „Die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen.“ Es müssen erst große Veränderungen in Organisation und Verwaltung vor sich gehen, wenn die ökonomische Revolution im Sinne der Sozialdemokratie durchgeführt werden soll.

Zum Schluß fügt Bernstein seinen Ausführungen eine schon von so vielen Seiten versucht und als erforderlich erkannte Kritik des theoretischen Teiles unseres Partei-Programms an und schließt mit den Worten: „Durch alle Zudrungen und das Umschlagen der reaktionären Mächte hindurch sehe ich doch den Klassenkampf immer stillerere

Formen annehmen, und gerade in dieser Abmilderung der politischen und wirtschaftlichen Kämpfe erblicke ich die beste Gewähr für die Verwirklichung des Sozialismus.“

Wir können unseren Genossen, besonders den Leitern unserer Arbeitervereine, die Anschaffung und sorgfältige Lektüre dieses Werkes nur angelegentlich empfehlen.

Die Hoffnungen der Kriegsheher. Dem Wiederzutritt des Reichstages widmet die „Post“ einen Leitartikel, in dem sie die „Hoffnungen des deutschen Volkes“ wie folgt skizziert:

„Was erwartet das deutsche Volk vom Reichstage? Es will Klärung darüber haben, warum das mächtige Deutsche Reich eine so klägliche Rolle hat spielen müssen? Es will wissen, warum der „Dantker“, noch ehe er seine Deute erreicht hatte, in seinem Sprunge einhalten mußte? Es will wissen, warum wir vor den Drohungen Englands ängstlich und jäh zurückweichen sind? Warum die deutsche Regierung die Reklamationen und Beschimpfungen eines halbamtlichen französischen Blattes ruhig eingelassen hat? Woher stammt die Verleumdung der deutschen Regierung über die lächerliche Ablehnung der englischen? Warum sind die Verhandlungen des englischen Vorschlägers nicht mit aller Schärfe zurückgewiesen worden? Wenn aber die Antworten auf alle diese Fragen unbefriedigend ausfallen, dann erwartet das deutsche Volk von seinen Vertretern, daß sie eine gründliche Abrechnung halten mit den Männern, die in diesem Sommer so viel Leid und Schmach über uns haben kommen lassen. Dann ist die Stunde des Gerichts gekommen, dann müssen die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden.“

Der „Post“ ist hier eine kleine Verwechslung unterlaufen, sie münzt die Wünsche der gewissenlosen Patrone, die vor einigen Wochen in der unversenkten Welle zum Kriege gehetzt haben, in „Wünsche des deutschen Volkes“ um. Die Wünsche des deutschen Volkes liegen in einer ganz anderen Richtung — in der Erhaltung des Friedens.

Der 30. November Wahltermin! In Berlin erhält sich die Nachricht, daß die allgemeinen Wahlen schon vor Weihnachten stattfinden werden, mit großer Bestimmtheit, und zwar wird jetzt der 30. November als der vorzuziehende Wahltermin genannt.

Wahrscheinlich ist, daß die Regierung noch keinen definitiven Entschluß gefaßt hat, sondern es vom Verlauf der Reichstagsverhandlungen abhängig machen will, ob das Haus Mitte Dezember nachhause geschickt oder vorzeitig, etwa Mitte November, aufgelöst werden soll. Jedenfalls wird man gut tun, sich auf den früheren Wahltermin ernstlich einzurichten, wenn man nicht von den Ereignissen überrascht werden will.

Material zur sozialdemokratischen Interpellation über die Sicherung der Veranlagungsfreiheit hat neben anderen schätzbaren Zeitungsartikeln der Amtsvorsteher von Krangen im Neustädter Kreis geliefert, indem er eine Veranlagung unter freiem Himmel mit dieser Begründung verbot:

„Es ist nicht möglich, auf dem Veranlagungsplatz Kartoffelkraut liegen, einer der Veranlagungsnehmer könnte einen brennenden Zigarettenstummel wegwerfen, das Kartoffelkraut könnte Feuer fangen und die umliegenden Gehöfte könnten dann in Brand geraten.“

Zweitens: es wäre möglich, die Teilnehmer gingen nach der Veranlagung ins Gasthaus, würden sich dort betrinken und eine Meuterei ausbrechen lassen.“

Solche geistreiche Verbotsbegründungen sind in Ostpreußen nichts Seltenes, wenn es sich um Sozialdemokraten handelt. Von dem Verbot des Amtsvorstehers von Krangen wird aber nicht die Sozialdemokratie betroffen, sondern der unter nationalliberaler Leitung stehende Bauernbund. Die Nationalliberalen haben also allen Grund, der sozialdemokratischen Fraktion für die Einbringung der Interpellation dankbar zu sein, es geht nicht bloß um die Freiheit für die Sozialdemokraten, sondern um die Freiheit für alle!

Einleitung des Wahlkampfes hinter verschlossenen Türen. Die Fortschrittspartei in Berlin leitet den Wahlkampf mit einer heute Mittwoch stattfindenden Veranlagung ein, in der Dr. Wiemer, Neumann und der unermüdliche Müller-Meinigen sprechen werden. Um aber ganz unter sich zu sein, gestatten die Fortschrittler den Zutritt zu der Veranlagung nur gegen Eintrittskarten, die natürlich nur an absolut sichere Leute abgegeben werden. Besondere Hoffnungen machen sich also die Berliner Fortschrittler selber nicht.

Auch eine „Wahl“. Aus allen Ländern und Orten, in denen wirklich gewählt wird, kommen Nachrichten von neuen Siegen der Sozialdemokratie. Inzwischen geht ein ganz unauffälliges Notisches durch die Presse, das berichtet, daß im sozialdemokratischen Düsseldorf nächstens wieder eine „Wahl“ stattfinden hat: An Stelle des verstorbenen Abgeordneten Kirch, der nicht nur dem Reichstage, sondern auch dem Landtage angehörte, soll ein neuer Dreiklassenmann gewählt werden.

Für die Sozialdemokratie, die eben erst den Düsseldorfer Siegespreis gewonnen, ist der Kampf natürlich von vornherein ganz aussichtslos. Aber auch die Liberalen wollen sich, wie jetzt gemeldet wird, an ihm gar nicht beteiligen. Das elend geschlagene Zentrum, dessen Anhängererschaft in Düsseldorf nur eine Minderheit bildet, wird völlig kampflös in seine alte Position wieder einrücken.

Etwas gleiches soll in Breslau nicht passieren, dafür werden die sozialdemokratischen Arbeiter sorgen.

Die Lebensmittelsteuer. Das Gemeindefollektum in Rempten im Magdeburger Land, den Magistrat aufzufordern, im Hinblick auf die bestehende Teuerung aller Lebensmittel den Einkauf von Kartoffeln in die Hand zu nehmen und solche zu billigen Preisen an die Konsumenten abzugeben. Der Vorschlag, wie wird Ihnen?

In Augsburg hat das Gemeindefollektum wiederholt einstimmig den Magistrat erlucht, Maßnahmen gegen die Teuerung zu ergreifen. Der Magistrat fürchtete aber den Horn der Händler und lacht jede Aktion zu verschleppen. Jetzt hat er gebührende Rücksicht auf den 24. Oktober und 14. November angelehrt, wobei aber die Händler den Verkauf selbst besorgen.

Parlamentspräsident Richter als Reichstagskandidat. Der Volksparteiler Storz, der gegenwärtig den Wahlkreis Ulm im Reichstag vertritt, hat eine weitere Kandidatur abgelehnt. Die Volkspartei hat nun erklärt, auf eine eigene Kandidatur verzichten zu wollen, wenn die Nationalliberalen den Präsidenten des Landtages, Oberbürgermeister Richter aufstellen.

Vorsichtige Nationalliberalen. In Berlin hielt am Sonntag der wichtigste nationalliberale Abgeordnete Weber einen Vortrag, in dem er die Reichsregierung wegen der Finanzreform und insbesondere auch wegen der Marokkopolitik heftig angriff. Er verlangte Verweigerung der Flotte mit Hilfe einer Reichswehrreform und Wahrung des Reiches bei der Auslandspolitik.

Der Führer der rheinischen Nationalliberalen, Professor Waldenbauer, versicherte, die Nationalliberalen würden alles tun, um im ersten Wahlgange dem schwarzen Block eine

Niederlage zu bereiten. Eine Erklärung über die Stellungnahme der Nationalliberalen bei den Stichwahlen lehnte er aber trotz energischer Interpellation von fortschrittlicher Seite entschieden ab.

Ein nationalliberaler Wahlrechtsfreund. In Eisenach hielt dieser Tage der nationalliberale Abgeordnete Fuhrmann eine Rede, in der er sagte:

„Ich gehe als Reaktionär und mache kein Hehl daraus, daß eine fortschreitende Demokratisierung eine große Schädigung unseres Volksgedeihens bedeuten würde. Aber wir haben keinen Anlaß, den Konterrevolutionen nachzulaufen. Diesmal werden sie in mir einen klügeren Kämpfer finden als 1907. Denn auch ich sehe jetzt keine andere Möglichkeit, zu besseren Zuständen zu gelangen, ehe nicht Zentrum und Konterrevolution niedergeworfen sind. Man hat mir nachgesagt, daß ich kein Freund des Reichstagswahlrechts bin, und ich sage offen, daß ich es nicht für ein Ideal halte. Aber wo gibt es ein ideales Wahlrecht? Der Versuch, dem Volke heute das Reichstagswahlrecht zu nehmen, würde eine Revolution im Besonderen haben.“

Der Fuhrmann, der Feind der Demokratie, will also das Reichstagswahlrecht nur beibehalten, weil er sich vor der Revolution ängstigt. Liebe aus Furcht vor Prügel!

Gegen den antisemitischen Pastor Jztrant, der sich in den neuntziger Jahren durch seine fleißige Antisemitische Tätigkeit seinen traurigen Namen erworben und der noch jüngst bei der Verdringung des Abgeordneten Liebermann von Sonnenberg „Obet und Segen“ gesprochen hat, ist bereits seit einiger Zeit ein Verfahren auf Zwangsemeritierung eingeleitet worden. Die Herr Jztrant — dessen gegenwärtiger Aufenthalt aus der Zeitungsnachricht nicht klar hervorgeht — dem „Naumburger Kreisblatt“ mitteilt, ist die Zwangsemeritierung von dem Konfistorium ausgesprochen worden, nachdem die Gemeinde von Groß-Ranna mit Zweidrittelmehrheit gegen die Anstellung des Pastors Jztrant in ihrem Orte protestiert und nachdem zwei beamtete Ämter erklärt hatten, Jztrant leide an Verwahrheit beim. Siehe unmittelbar vor dem Aufbruch einer schweren Geisteskrankheit. Die zwangsweise Emeritierung sollte schon am 1. Juli d. J. erfolgen. Dagegen hat Jztrant Widerpruch erhoben und es wurde nun das verwaltungsrechtliche Verfahren eingeleitet. Sehr pikant ist übrigens die Tatsache, daß nach der Aussage Jztrants ein wackelhafter Agrarier für die Zwangsemeritierung Jztrants in erster Linie agitiert hat.

Eine unbehagliche Rede. Ueber den deutschen Hochschulrechtstag in Dresden hat auch die „Moritz-Allgem. Zeitung“ berichtet. Jedoch sei in dem Bericht des jüngst erst so warm belobigten Kanzlerblattes völlig die aufsehenerregende Rede des Heidelberger Professors Mag. A. W. über die Korruption im deutschen Hochschulwesen und über die geheimen Lehraufträge der Professoren. Es wird der Unterrichtsverwaltung nichts helfen, wenn sie etwa gemäß dem Schlagwort „was nicht in den Altan ist, ist nicht in der Welt“, den Kopf in den Sand stecken wollte.

Bei der Landtags-Wahl in Hanau erhielt der 301 abgegebenen Stimmen der nationalliberale Kandidat, Landtagsbauminister Waurat Hermann Wohlhart-Hanau, 154, der sozialdemokratische Parteiführer Diekmann 75 und der konfessionale Hauptlehrer Schuhmann 73 Stimmen. Wohlhart ist also mit knapper Mehrheit gewählt.

Ausland.

Vizepräsident Bernerstorfer. Am Montag wurde das Präsidium des österreichischen Reichsrats vom Kaiser in Wien empfangen. Genosse Bernerstorfer, der früher einmal mit zum alten Josef gegangen war, blieb diesmal dem Empfang wegen der jüngsten Vorlesung in Wien fern.

Moderne Revolutionsschicht. Die Monarchisten, die jetzt in Portugal gegen die Republik kämpfen, werden ihre Soldaten auf einem etwas ungewöhnlichen Wege an. In einer der letzten Nummern des in deutscher Sprache erscheinenden „Londoner Generalanzeigers“ finden wir nämlich folgendes Inserat:

Freiwillige für Portugal gesucht. Angeblich unter „180 Corps“ Geschäftsstelle des Londoner General-Anzeigers.“

Man hat also die Kämpen des Königs Manuel, wenn auch nicht in Lissabon, so doch schon in die Zeitung einrücken lassen, bemerkt dazu die „B. J. am Mittag“.

Briefkasten

Sprechstunden der Redaktion Donnerstags von 12—1 Uhr Mittags.

Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

1. 300. Ja, das Mietsgeld darf den Dienstmädchen immer vom Lohne abgezogen werden, wenn nichts anderes verabredet ist.

2. 7. Tichansky. H. Stache, Wollenerstraße 75.

3. W. Marijastraße. Wir können Ihnen diese Fragen nicht beantworten.

4. S. 102, Laurentienstraße. Wenn sich die Sache so verhält, wie Sie angeben, so sind Sie im Recht und können einer Klage mit Ruhe entgegengehen.

5. Gräben. Die Vermittlungsgebühr beträgt bei einem Jahreslohn von 200 bis 300 Mark 3 Mk.; es ist also offenbar nicht zu viel verlangt worden.

6. 001, Siegnitz. Ein Brief mit dem angegebenen Inhalt ist hier nicht eingegangen.

7. Schönlaute. 1. Das können wir Ihnen nicht sagen.

2. Ja, wenn der Lehrling als Geselle beim Lehrmeister weiter arbeitet, muß ihm die Stellung 14 Tage vorher gekündigt werden, wenn nichts anderes ausgemacht ist.

3. Kaiser, Steinau. 1. Gewerbliche Betriebsklassen, die vor dem Inkrafttreten der Reichs-Verfassungsordnung bestanden, werden später nur gelassen, wenn sie mehr als 100 Mitglieder haben. 2. Ist zu viel Geld in einer Kasse, dann können die Leistungen erhöht oder die Beiträge ermäßigt werden.

4. Oppeln. Buchaly in Breslau I, Zwingerplatz.

5. Haukevit. 1. Nein. 2. Das geht nicht; Sie müssen die Mimente zahlen. 3. Die Gerichtskosten und die Unterhaltungsgebühren verfahren in vier Jahren. 4. Der Brautanzug wird Ihnen nicht gepfändet. 5. Die unentbehrlichen Sachen im Haushalt (Möbel, Kleider, Wäsche, Küchengerät usw.) dürfen nicht gepfändet werden. 6. Auch wenn Sie das Mädchen nicht heiraten, müssen Sie für das Kind Mimente zahlen.

6. 001, Siegnitz. Ein Brief mit dem angegebenen Inhalt ist hier nicht eingegangen.

7. Schönlaute. 1. Das können wir Ihnen nicht sagen.

2. Ja, wenn der Lehrling als Geselle beim Lehrmeister weiter arbeitet, muß ihm die Stellung 14 Tage vorher gekündigt werden, wenn nichts anderes ausgemacht ist.

3. Kaiser, Steinau. 1. Gewerbliche Betriebsklassen, die vor dem Inkrafttreten der Reichs-Verfassungsordnung bestanden, werden später nur gelassen, wenn sie mehr als 100 Mitglieder haben. 2. Ist zu viel Geld in einer Kasse, dann können die Leistungen erhöht oder die Beiträge ermäßigt werden.

4. Oppeln. Buchaly in Breslau I, Zwingerplatz.

5. Haukevit. 1. Nein. 2. Das geht nicht; Sie müssen die Mimente zahlen. 3. Die Gerichtskosten und die Unterhaltungsgebühren verfahren in vier Jahren. 4. Der Brautanzug wird Ihnen nicht gepfändet. 5. Die unentbehrlichen Sachen im Haushalt (Möbel, Kleider, Wäsche, Küchengerät usw.) dürfen nicht gepfändet werden. 6. Auch wenn Sie das Mädchen nicht heiraten, müssen Sie für das Kind Mimente zahlen.

6. 001, Siegnitz. Ein Brief mit dem angegebenen Inhalt ist hier nicht eingegangen.

7. Schönlaute. 1. Das können wir Ihnen nicht sagen.

2. Ja, wenn der Lehrling als Geselle beim Lehrmeister weiter arbeitet, muß ihm die Stellung 14 Tage vorher gekündigt werden, wenn nichts anderes ausgemacht ist.

3. Kaiser, Steinau. 1. Gewerbliche Betriebsklassen, die vor dem Inkrafttreten der Reichs-Verfassungsordnung bestanden, werden später nur gelassen, wenn sie mehr als 100 Mitglieder haben. 2. Ist zu viel Geld in einer Kasse, dann können die Leistungen erhöht oder die Beiträge ermäßigt werden.

4. Oppeln. Buchaly in Breslau I, Zwingerplatz.

5. Haukevit. 1. Nein. 2. Das geht nicht; Sie müssen die Mimente zahlen. 3. Die Gerichtskosten und die Unterhaltungsgebühren verfahren in vier Jahren. 4. Der Brautanzug wird Ihnen nicht gepfändet. 5. Die unentbehrlichen Sachen im Haushalt (Möbel, Kleider, Wäsche, Küchengerät usw.) dürfen nicht gepfändet werden. 6. Auch wenn Sie das Mädchen nicht heiraten, müssen Sie für das Kind Mimente zahlen.

6. 001, Siegnitz. Ein Brief mit dem angegebenen Inhalt ist hier nicht eingegangen.

7. Schönlaute. 1. Das können wir Ihnen nicht sagen.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 18. Oktober.

Geschichtskalender.

19. Oktober.

- 1863 Der Dichter Gustav Freytag stirbt.
- 1878 Annahme des Sozialistengesetzes.
- 1897 Karl Grillenberger stirbt.
- 1909 Cesare Lombroso stirbt.

Geht in den Frauen-Abend!

Die weiblichen Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins Breslau werden nochmals daran erinnert, daß heute der sechste Frauen-Abend in folgenden Lokalen abgehalten wird:

- Milde, Gräbchenerstraße 74,
- Schweizerhof, Schweizerstraße 25,
- Vergeller, Kleischaustraße 33,
- Wiewald, Michaelisstraße 26,
- Gewerkschaftshaus, Zimmer Nr. 3/4,
- Wilhelmsburg, Mendorfstraße 54,
- Mikulle, Böpelwischstraße 23,
- Fahn, Schönstraße 21.

Die Aufführung der Frauen und Männer ist so notwendig, wie die der Männer. Auch sie müssen deshalb die Versammlungen besuchen, wo wichtige Vorträge gehalten werden. Parteigenossen, erleichtert Euren Frauen den Versammlungsbesuch; haltet sie nicht zurück!

Ein neuer polizeilicher Ueberfall auf ein sozialdemokratisches Begräbnis.

Am 27. September dieses Jahres wurden drei Kranzträger unserer Partei vom hiesigen Schöffengericht von der Auflage freigesprochen, durch Tragen von Kränzen mit roten Schleifen gegen das Verbotsgesetz zu verstoßen zu haben und am nächsten Dienstag, drei Wochen nach diesem Urteil, hat die Breslauer Polizei abermals wider Recht und Gesetz einen Verstoß angefaßt und das Verbotstragen solcher Kränze gewalttätig verhindert. Für die Polizei gibt es keinen Widerstand und kein Gesetz — sie macht was sie will und schlägt dadurch nicht nur dem Rechtsgefühl des Volkes ins Gesicht, sondern schließt hochmütig auch das Schöffengericht bei Seite, das ein ihr nicht genehmes Urteil zu fällen geneigt hat.

Unsere alte Genossin Kaiser war es, der diesmal die Ehre zuteil wurde, auf ihrem festen Gange von den Gütern des preussischen Staates belästigt zu werden. Sie selbst konnte nicht mehr böse werden über die tolltölpeligen Gewalttätigkeiten, sie wäre es auch nicht gewesen, wenn sie ersehen konnte, denn sie hat in ihrem Leben genug Heldentatzen der Polizei miterlebt, als daß sie sich über solche Straftaten noch aufregen konnte. Aber alle die, welche der teuren Verstorbenen die letzte Ehre erweisen und ihr das letzte Geleit geben wollten, sie alle wurden aus Furcht empört durch den häßlichen Ueberfall, den die bewaffnete Macht auf das Leichenbegängnis verübte. Die Sache hing sich ähnlich an als beim Genossen Eohn, nur daß der beauftragte Kommissar etwas zurückhaltender und gefeilter auftrat, man sah es ihm förmlich an, wie unangekündigt ihm der Befehl war, den Trauerzug zu führen. Vier Frauen mit Kränzen waren kaum an die Spitze des Zuges getreten, als der Kommissar heranzog, er verlangte zuerst die Entfernung der Schleifen, begnügte sich dann aber damit, daß die Träger sich mit den Kränzen in eine Trostschleife legten. Soweit leisteten diese der Aufforderung Folge, als aber obendrein noch verlangt wurde, sie sollten die Schleifen verwickeln, rief ihnen die Geduld, sie hielten den Wagen losfahren und hingen die Schleifen heraus. Nun entwickelte sich eine, dem ernststen Unfall sehr wenig entsprechende Straßenszene. Fünf Poli-

Aus aller Welt.

Das Erdbeben auf Sizilien. Die Nachrichten aus dem Erdbebengebiet treffen noch immer sehr spärlich ein und es ist fast nichts Neues zu berichten. Nur berichtet man, daß die ganze Bevölkerung vor Entsetzen und Schrecken auf die Straßen und freien Plätze geflüchtet ist, um sich vor einstürzenden Trümmern zu schützen. Viele Bewohner suchen in den Ruinen nach ihren Angehörigen. Nach Tepeche, die beim "Corriere d'Italia" eingetroffen sind, hat Dienstag früh um 9 Uhr 55 Minuten ein neues Erdbeben stattgefunden. Die Erdstöße hatten die Richtung von Nordosten nach Südwesten; sie sollen die Ortschaft Machia völlig zerstört haben. Diese neuen Unglücksmeldungen bedürfen aber noch der Bestätigung, offizielle Nachrichten liegen noch nicht vor. Weiter nördlich dem "Vorl. Tageblatt" gemeldet, daß ein Orkan die Kirche von Gariano zerstört hat. Die Gläubigen konnten mit Mühe und Not das Freie gewinnen, und einige junge Leute wurden bei dem Gedränge zu Tode gequetscht. Nach den bisherigen Feststellungen ist die Zone, die von dem Erdbeben betroffen wurde, sehr groß. Ein Streifen Landes, der 200 Meter breit und acht Kilometer lang ist, ist um achtzig Zentimeter gesunken. Alle Wälder und sonstigen Wohnhäuser, die sich auf diesem Terrain befanden, sind eingeschüttelt. Der Schmerz der Eltern, die ihre Kinder suchen, ist unbeschreiblich. Eine junge Mutter, deren Kind unter den Trümmern ausgegraben wurde, verfiel in Wahnsinn. Die Soldaten sind noch immer mit großer Aufopferung an dem Rettungswerk tätig.

Ein Graf als Apache. Trunksucht und unüberwindliche Neigung zu einem lasterhaften Leben haben den Großen einer der vornehmsten Familien Belgiens in kurzer Zeit von einer Stufe zur anderen herabgeführt und ihn jetzt ein grauenvolles Ende finden lassen. In einer der letzten Nächte fand man mitten auf dem Jagdweg einer Straße in Paris, so berichtet man von dort, den Körper eines offenbar den niedrigen Ständen angehörenden Mannes. Polizeibeamten waren rasch zur Stelle und brachten den Unbekannten nach einer nahen Apotheke. Es stellte sich bald heraus, daß man einen Löwen vor sich hatte, dessen Herz von einem tiefen Messer durchbohrt war und der auf dem Rücken nicht weniger als fünf tiefe Wunden trug. Der Stich ins Herz mußte den Tod im Augenblick

herbeigeführt haben. Der Polizei gelang es, festzustellen, daß der Ermordete — denn um einen Mord handelt es sich offenbar — ein ehemaliger belgischer Offizier, der Graf D... von W... war, der den Behörden als unheilbarer Trinker und Freund und Genosse der berühmtesten Pariser Apachen bekannt war. Dieser Sohn eines vornehmen Geschlechts geriet dadurch auf die schiefere Bahn seines wilden Lebens, daß er eines Tages aus der belgischen Armee desertierte. Er diente dann in der Fremdenlegion und kam schließlich nach der französischen Hauptstadt, wo er seine Kräfte bei einer Reconnaitre von 150 Francs, die seine Angehörigen ihm bezahlten, fristete und sich dann und wann, wenn der Alkohol ihm Zeit und Kräfte ließ, durch gewöhnliche Schreiarbeiten einen kleinen Nebengewinn verbiente. Die Nächte aber verbrachte er mit Dienen und Zuhältern, und jenes Apachengesinde, das die Straßen von Paris während der Dunkelheit unsicher macht, bildete seinen gewohnten Umgang. Es ist kein Zweifel, daß man unter diesem Auswuchs der menschlichen Gesellschaft, wo das Messer, wenn Streit entsteht, schnell in der Hand blüht und in das Herz des Gegners fährt, den Mörder des erst 36jährigen belgischen Grafen suchen hat.

Saubereinräumer auf Abbruch. Ganz Berlin steht jetzt nicht ohne Entsetzen, daß in der Leipziger Straße zwei verhältnismäßig noch ganz neue Häuser mit prächtigen Sandsteinfronten für den Neubau der Warenhäuser Ziegler und Wertheim der Spitzbude zum Opfer fallen. Da man nicht gewohnt ist, brauchbare und wertvolle Dinge zerstören zu sehen, so bleibt mancher Passant nachdenklich stehen und fragt sich, wieviel von den Bestandteilen dieser Häuser nach dem Abbruch wohl noch brauchbar sein wird. Insbesondere die reich ausgestatteten Frontsteine aus Sandstein sind, über deren Schicksal man sich den Kopf zerbricht. Dieses Schicksal schildert das "Berliner Tageblatt" wie folgt: Ihre Rolle als Hauptstücke eines Baues, als die Steine des ganzen Hauses, dem sie den charakteristischsten Ausdruck verleihen, haben diese Steine endgültig ausgespielt. Wenn sie auch ganz und unbeschädigt aus den Mauern gezogen werden, so können sie doch später bestenfalls noch im tiefen Dunkel der Erde als Fundamente für eine Wiederverwendung finden. Die vom Wüstener sorgfältig herausgehauenen Köpfe werden mit der Rufe in die feuchte Erde gesteckt, und um das Angesehauwerden ist es ein für allemal geschehen. Sie haben nur noch einen Zweck. Denn es wäre ein nicht zu erhoffender Zufall, daß sich ein obgehobener Sandsteinpfeiler wieder einmal in eine Front hineinpaßt. Man begreift nicht, wie die Steine nicht mehr, oder doch nur mit besonderem Arbeitsaufwand, da sie an der Luft zu hart geworden sind. Wenn sie neu aus dem Bruch genommen werden, sind sie ganz weich. Schließlich, daß einmal ein Stein-

72 1/2 Prozent, und zwar waren seit Beginn des Jahres Linde-Aktien um fast 100 Prozent und Hofmann-Aktien um 165 Prozent im Kurs gestiegen.

Aus dieser Bewegung wurde schon seit längerem gefolgert, daß sich die zwei Unternehmungen mit gewinnreichen Plänen trügen, die in absehbarer Zeit zur Ausführung kommen würden. Jetzt ist denn auch mitgeteilt worden, daß beide Gesellschaften eine Interessengemeinschaft gründen, die wie die Verwaltungen aneben, durch Verringerung der allgemeinen Unkosten und durch Ersparnis an Arbeitskräften eine Herabsetzung der Herstellungskosten ermöglichen wird. Mit Rücksicht auf die veränderte Betriebsweise, wie es in der Mitteilung der Gesellschaft so schön heißt, ist in Aussicht genommen, für das ablaufende Geschäftsjahr einen wesentlichen Teil der seit langen Jahren angesammelten disponiblen Fonds zur Ausschüttung zu bringen und deswegen die diesjährige Verteilung auf die Stammaktien der Linde-Gesellschaft auf 150 bis 166 1/2 Prozent und auf die Aktien der Hofmann-Gesellschaft auf 175 bis 200 Prozent zu schätzen. Was, was an dem Vorhaben der Fabriken noch dunkel war, wird nach dieser angekündigten Verteilung ganz außerordentlich klar. Es handelt sich da um eine großangelegte Kapitalvermehrung, durch die in Zukunft das Anschwellen der Gewinne verhindert werden soll, indem man eine künstliche Kapitalvermehrung vornimmt, und bei diesem Anlaß zugleich den Aktiengewinn, der sich nach der Verteilung der Dividenden von 25 und 35 Prozent noch angehäuft hat, in Form einer einmaligen Sonderdividende den Aktionären beschert.

Diese Kapitalvermehrung ist aus gleichen Gründen in den letzten Jahren bei zahlreichen Gesellschaften angewendet worden. Erinnert sei besonders an die Unternehmungen des sogenannten Kulkon-Konzerns, der Eisenfelder Farbenfabrik, der Badischen Anilin- und Sodafabrik und der Kalkfabrik Trostow. Meistens wird jedoch die Kapitalvermehrung durch die Neuausgabe von Aktien vorgenommen und den Aktionären statt erhöhter Dividenden wertvolle Bezugsrechte eingeräumt. Die Kapitalvermehrung durch einfache Kapitalserhöhung wurde bei den beiden Breslauer Waggonfabriken wohl deshalb nicht beabsichtigt, weil bei beiden noch das sogenannte Gründerecht besteht. Dieses Gründerecht sichert den ursprünglichen Gründern oder ihren Erben den Anspruch, die Hälfte der neuanzugebenden Aktien freiwillig zum Nennwert zu beziehen. Dabei wären die Aktionäre genötigt gewesen, den Gründern oder ihren Erben einen großen Teil der Gewinne herauszugeben, die sie sich selber lieber gönnen. So kam denn die Gründung einer neuen Aktiengesellschaft zustande, die den Betrieb der beiden Waggonfabriken übernimmt, während die Waggonfabriken selbst nur noch als Finanz- und Verwertungs-gesellschaften für ihre Terrains fortbestehen.

Daß durch die Verbindung der beiden Fabriken auch technische Verbesserungen und damit Verbilligungen der Produktion herbeigeführt werden, ist sehr wohl möglich; aber um diese Wirkung zu erreichen, war natürlich der ganze Krang von Schließungen nicht erforderlich. Die neue Betriebsgesellschaft wird lediglich geschaffen, um eine Kapitalserhöhung vornehmen zu können, wodurch die Dividenden in fernerer Zeit zu einem mäßigen Herabgedrückt werden sollen. Aus den Aktien der neuen Betriebsgesellschaft werden sich zu einem Kurse von 116 Prozent etwa 12 Millionen Mark ergeben, während die Sonderdividende für 1911 auf die Linde-Aktien 5 bis 5 1/2 Millionen Mark und auf die Hofmann-Aktien etwa 2 1/2 Millionen Mark beanspruchen wird. In Wirklichkeit also können die Aktionäre der beiden Gesellschaften den größten Teil der Aktien der dritten Gesellschaft aus den Erträgen der Sonderdividenden erwerben. Die weiteren Vorteile für sie ergeben sich daraus, daß diese neuen Aktien sehr schnell, sehr stark im Kurse stei-

Zinke und Hofmann.

Hohes öffentliches Interesse beanspruchen die Umstände, unter denen der Zusammenschluß der beiden Breslauer Waggonfabriken, der Aktien-Gesellschaft Gebr. Hofmann u. Cie., und der Aktien-Gesellschaft für Eisenbahnwagenbau vormals Zinke, erfolgt. Beide Unternehmungen gehören zu den gewinnbringendsten Aktiengesellschaften Deutschlands. Die Waggonfabrik vorm. Zinke verteilte in den letzten 10 Jahren Dividenden von 6 1/2, 8 1/2, 12 1/2, 16, 18, 20, 22, 25 und 25 Prozent, die Aktien-Gesellschaft Gebr. Hofmann 13 1/2, 12, 12, 18, 21, 22, 35, 35, 40 und 35 Prozent. Von beiden Unternehmungen war auch bekannt, daß sie außer der Verteilung dieser hohen Gewinne nicht nur Abschreibungen in dem erdenklich größten Umfang vorgenommen hatten, sondern auch außerdem noch über große innere Reserven verfügten. Diesen Gewinnen der Gesellschaften entsprach auch der Kursstand ihrer Aktien. Am Ende der Vorwoche notierten an der Berliner Börse Zinke-Waggon-Stammaktien 611 Prozent, Hofmann-Waggon-Aktien

meß aus einem großen Portalblock, der eben noch die Firma eines Bekleidungsgeschäftes getragen hat, einen Grabstein macht. Man sieht, daß dieser heimlos gewordenen Sandstein der Mühsal in jedem Falle entgegengeht. Die Wertverminderung die die Blöcke durch den Abbruch erleiden, ist natürlich sehr groß. Während ein Kubimeter neuen behauenen Sandsteins etwa 45 Mark kostet, ist dieser Block, wenn sie auf dem Platz des Abbruchunternehmers irgendwo draußen an der Peripherie liegt, nur noch drei bis fünf Mark wert. Bildhauerische Kunstwerke, die einen bleibenden Wert an jedem Ort haben würden, kommen ja leider bei den so überreich flutenden Neubauten Fronten nicht vor.

Das Volk muß bluten. Wie die Belgrader Zeitung "Stampa" meldet, hat die serbische Regierung dem Staatsrate eine Gesetzesvorlage überreicht, wonach die Prinzessin Selens eine Lu 5 Stener von 2.500.000 Dinars (etwa zwei Millionen Mark) erhalten soll. Das kleine Serbien hat nach der letzten Zählung 2.853.000 Einwohner. Jeder serbische Untertan, die Säuglinge eingerechnet, darf es sich also zur Ehre anrechnen, einen Dinar als seinen Anteil beizutragen, daß es der Prinzessin in ihrer Ehe an nichts fehlt. Damit sie in seidenen Betten schlafen und aus Silbernen und goldenen Geschäften essen und trinken kann, muß das Volk bluten. Und dabei ist die finanzielle Lage des wirtschaftlich zurückgebliebenen Landes eine ganz jämmerliche; nicht weniger als 550 Millionen Mark Schulden lasten auf dem Lande.

Stechbrief hinter einem "Schristkeller". Zahlreiche Schwindelereien werden dem erst 17 Jahre alten, aus Rastgenom gebürtigen "Schristkeller" Wilhelm Liebert, der sich auch Wolfgang Ledebour nannte, zur Last gelegt. Der jugendliche "Schristkeller" hat unter seinem richtigen Namen ein fünfseitiges Trauerspiel "Kobazpiere" verfaßt, das er aber nirgends ansprechen konnte. Um dieses Werk jedoch, der literarischen Welt nicht vorzuenthalten, versuchte er, sich das Geld zur Drucklegung durch Schwindelereien zu verschaffen. Bei einer hiesigen Darlehnsvermittlungsanstalt wollte er auf dem Namen eines bekannten wohlhabenden Mannes ein Darlehen von 20.000 Mark erhalten. Als die Vermittlungsstelle sich schriftlich an den anderen genannten Darlehnsnehmer wandte, war dieser sehr überrascht und sprach persönlich bei der Bank vor. Gleichzeitig erschien auch Liebert bei der Darlehnsstelle, um das Geld gleich in Empfang zu nehmen. So klärte sich das eigenartige Geschäft bald auf und Liebert wurde auf der Stelle verhaftet. Nach einiger Zeit wurde er jedoch wieder entlassen. Nachträglich sind jetzt noch andere Schwindelereien des jugendlichen "Schristkellers" bekannt geworden, und er muß deshalb schließlich verurteilt werden. In Wilmersdorf hatte er sich unter dem Namen Wolfgang Ledebour eine Wohnung gemietet und sich als der Stiefsohn eines Landrats v. Poggen-

gen werden, da bei den hohen Gewinnen der beiden Fabriken die Dividenden in Zukunft trotz aller Abschöpfungen sehr weit bleiben werden.

Alle diese Bemühungen werden gemacht, um den Arbeitern und der Staatsverwaltung Land in die Augen zu streuen. Die Arbeiter sollen sich, was oft schon bei ähnlichen Gelegenheiten erklärt worden ist, durch die hohen Dividenden nicht zu Lohnforderungen „versüßeln“ lassen. Die Staatsverwaltungen, die als Bestellerinnen von Waggons die Hauptkundschaft der beiden Unternehmungen bilden, sollen durch Rammungsbüchsen nicht auf den Gedanken kommen, daß sie ihre Waggons übermäßig hoch bezahlen. Den besten Ausweg glaubt die Geschäftsmoral darin zu sehen, daß sie die Gewinne mit allem nur möglichen Geschick vertheilt. Gerade in diesen Tagen haben die Waggonfabriken darüber geklagt, daß sie ungenügend arbeiten und mit ihren Preisen nicht zurecht kommen. Die Staatsverwaltungen und die Arbeiter haben alle Ursache, dieses Vorgehen, das die öffentliche Meinung nur irreführen soll, durchaus unwirksam zu machen.

*** Frauen-Vorträge.** Für Frauen und Mädchen wichtig sind die Vorträge, die dieser Tage Frau Wartenberg aus Altona im Landkreise Breslau halten wird; sie haben folgenden Inhalt:

Ursachen, Verhütung und Heilung von Frauenkrankheiten — Der Einfluß der Frauenkrankheiten auf die Entwicklung und Lebensfähigkeit der Frucht — Die Gefahren der Schwangerschaft und deren Verhütung — Säuglingspflege und Ernährung.

Folgende Abende sind noch angelegt:

Siegen. Mittwoch, den 18. Oktober, abends 8 Uhr, in der Plantage.

Leuscha-Biffla. Donnerstag, den 19. Oktober, abends 8 Uhr, bei Frau Fuhrmann.

Gräbchen. Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, bei Mischke (früher Murr).

Die Vorträge sind sehr belehrend, zumal sie durch zahlreiche Lichtbilder erläutert werden. Der Besuch der Vorträge ist deshalb allen Frauen und Mädchen dringend zu empfehlen.

*** Die Ärzte wollen keinen Zwang.** Das Kurpfuschergesetz läßt es nach den Beschlüssen der Kommission nicht mehr zu, daß eine ganze Reihe von Krankheiten durch nicht approbierte Heilgehilfen behandelt wird. Dadurch entstehen für die Ärzte große Nachteile. Von sozialdemokratischer Seite wurde in der Kommission der Antrag gestellt, für diese der freien Selbstbehandlung entzogenen Krankheiten den Kurierzwang einzuführen, weil es schon mehr als einmal vorgekommen ist, daß sich Ärzte weigerten, eine Krankheit zu behandeln. Aus welchen Gründen das die Ärzte tun, ist gleichgültig; ihre Weigerung ist jedenfalls in verschiedenen Fällen festzustellen.

Nun hat sich das preussische Ministerium des Innern an die Ärztekammern gewendet und sie ersucht, sich zum Behandlungszwang zu äußern. Dabei stellte sich heraus, daß alle Ärztekammern den Kurierzwang ablehnen. Sie sagen, es sei erstens nicht richtig, daß sich die Ärzte der Behandlung von Krankheiten entziehen haben. Außerdem könne man einem Spezialarzt zum Beispiel einem Geburtshelfer, nicht zumuten, vielleicht zugleich auch Pocken oder Flecktyphus zu behandeln. Im allgemeinen halten die Ärztekammern den Kurierzwang für überflüssig, unbrauchbar und gefährlich. Die Gründe der Ärztekammern gegen den Behandlungszwang sind sicher nicht haltbar.

*** Bekommen wir ein Krematorium?** Die Breslauer Stadtverordneten-Versammlung hat bekanntlich beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, recht bald ein Krematorium zu errichten. Im Feuerbestattungsgesetz hielt nun dieser Tage der Justizrat Marcuse einen Vortrag über das preussische Feuerbestattungsgesetz und meinte u. a., es sei ungewiß, ob sich in der Stadtverordneten-Versammlung die nötige

Zweidrittelmehrheit für den Bau des Krematoriums finden werde. Wir sind anderer Meinung. Schon die Liberalen und die Sozialdemokraten bilden im Breslauer Stadtparlament eine Zweidrittelmehrheit. Dann aber haben den Antrag für ein Krematorium auch konservative unterschrieben und ihr Führer, Justizrat Peuder, hat ebenfalls für ihn gestimmt. Es kann also gar nicht zweifelhaft sein, daß die erforderlichen Stimmen aufgebracht werden.

*** Zum Streit der Hölzerer in Breslau ist mitzutellen,** daß die Verhandlungen mit den Unternehmern am Freitag ergebnislos verlaufen sind. Darauf hat ein großer Teil der Gehilfen Breslau verlassen, um auswärtige Arbeit anzunehmen.

*** In Draubenbrunn bei Breslau** konnte am Sonntag die erste öffentliche Versammlung in einem Garten unter freiem Himmel abgehalten werden. Genosse Selbold sprach über die bevorstehenden Reichstagswahlen, wobei er besonders die indirekten Steuerlasten schilderte, die das arbeitende Volk schwer bedrückten. Der laute Beifall der zahlreichen Zuhörer bewies auch hier, daß die Leute auf dem Lande ermüdet sind, und einsehen, daß es so nicht weiter gehen kann. Zwei Ortsvorsteher und zwei Gemeindevorsteher machten sich in der Versammlung durch Zwischenrufe bemerkbar, aber als sie aufgefordert wurden, sich doch zum Worte zu melden, zogen sie von dannen. Öffentlich besprechen sie uns das nächste Mal wieder und sind in der Debatte nicht mehr so flehentlich.

*** Die Armen in der Gemeinde.** Aus Krietzern bei Breslau wird uns geschrieben: In unserem Dorfe wohnt seit April 1911 ein altes Ehepaar. Als vor sechs Wochen der Mann starb, wurde bald darauf die Witwe zum Gemeindevorsteher Daber bestellt, der ihr erklärte, sie müsse sich entweder in Breslau oder in einer der umliegenden Ortschaften eine andere Wohnung besorgen, weil zu beschränkt sei, daß sie später einmal der Gemeinde zur Last falle. Die Frau lehnte das Ansuchen des Gemeindevorstehers entschieden ab. Es dauerte aber nicht lange, da mußte sie zum zweiten Male zu Herrn Daber kommen, der ihr nun kurz und bündig sagte, sie werde nur noch einen, höchstens zwei Monate im Dorfe geduldet. Danach sei aber aus der Gemeinde Paritich, ihrem früheren Wohnort, eine Bescheinigung darüber, daß die Witwe nicht die Unterstützung übernehme, dann könne sie bleiben. In ihrer Not wandte sich die Witwe wirklich an den Gemeindevorsteher in Paritich, der ihr aber mit Recht eine solche Erklärung verweigerte. Vom Amtsvorstand in Krietzern wurde der günstigsten Frau bedeutet, daß der Gemeindevorsteher gänzlich berechtigt sei, sie auszuweisen. So ist es auch. Dabei muß noch erwähnt werden, daß die Witwe unbescholten ist und still und zurückgezogen lebt, auch keine Unterstützung jetzt und in Zukunft von der Gemeinde braucht, denn sie befreit ihre beschiedenen Ansprüche durch eine kleine Rente. Etwas mehr Rücksicht gegen sie wäre deshalb wohl am Platze gewesen.

*** Was die „Schlesische Zeitung“ ihren Lesern verspricht.** Wenn eine arme Frau für fünf Pfennige Kohlen „klopft“, um ihre Stube zu heizen oder ein paar Kartoffeln zu kochen, und dafür geschäftlich bezahlt wird, dann ist es allemal die „Schlesische Zeitung“, die die Namen solcher Sünder veröffentlicht. Handelt es sich aber um einen „vornehmen“ Gauner oder um einen „frommen“ Hebelstähler, so weiß das Schwarzenbühlchen von der Schmiedingerrade mit ganz anderem Maße zu messen. Dafür nachstehend wieder einmal eine kleine Probe. So ist im Abendblatt der Nr. 732 der „Schlesischen Zeitung“ zu lesen:

„Wegen eines im letzten Frühjahr auf einen öffentlichen Platz in Breslau verübten Vergehens gegen die Sittlichkeit und wegen Angabe eines falschen Namens einem Polizeibeamten gegenüber war ein junger Mann aus der Provinz Polen vom Breslauer Schöffengericht zu 150 Mark und 30 Mark Geldstrafe verurteilt worden, und die Gerichtskammer hatte die dagegen eingelegte Berufung verworfen. Der Angeklagte legte nun Revision ein, und der Strafsenat des Oberlandesgerichts Breslau erkannte in der Verhandlung am 17. d. Mts. auf Aufhebung der Vorurteilung und Zurückverweisung der Sache an das Landgericht.“

Der junge Mann, um den es sich hier handelt, ist der Pfarradministrator Dennis Riwiedi aus Kurze, Kreis Josen, der in Breslau vor Schulmädchen öffentliches Vergnügen erregt hatte. Aus welchem Grunde veröffentlicht die „Schlesische Zeitung“ ihren Lesern den Namen des Prieters, der übrigens gar kein junger Mann mehr ist? Oder soll man annehmen, daß der Gewissensmann der „Schlesischen Zeitung“ aus Versehen den Namen des Prieters überhört hat? In dem Bericht heißt es dazu weiter:

„Der Senat war der Ansicht, daß der Vorberichter möglicherweise den § 31 — der die Strafbarkeit einer Handlung bestimmt, wenn dabei durch kraftvolle Störung der

Geistesfähigkeit die freie Willensbestimmung des Täters ausgeschlossen war — nicht richtig angewendet habe. In der Urteilsbegündung wurde weiter ausgeführt: Der Vorberichter stelle fest, daß das ganze Verhalten des Angeklagten nach der Tat erkennen lasse, daß dieser sich bewußt gewesen sei, was er getan habe, das heißt, daß sein Intellekt intakt gewesen sei. Über das genüge unter diesen Umständen nicht. Es hätte auch geprüft werden müssen, ob nicht doch, wenn auch vielleicht der Intellekt unversehrt war, der Wille des Angeklagten ein mangelhafter und kranker gewesen sei. Da sich das Vorurteil nach dieser Richtung nicht auslasse, habe der Senat es aufheben und die Sache zurückverweisen müssen.“

Ein Arbeiter, der dasselbe befragt, was dem Urleser aus dem Urteil wurde, bekam vom Schöffengericht in Breslau eine hohe Gefängnisstrafe zuerkannt. Hundertundachtzig Mark Geldstrafe ist wirklich eine hohe Strafe, bei der sich aber der geistliche Herr nicht beruhigt. Nach dem Beschlusse des Oberlandesgerichts soll also jetzt noch einmal geprüft werden, ob nicht „der Wille“ des Angeklagten „mangelhaft und krank“ gewesen sei, wenn auch der Verstand des Gefänglichen „unversehrt“ war. Man lese diesen Begründungsatz zweimal, um seine Tiefe richtig zu erfassen. Der Verstand hat richtig gearbeitet, nur der Wille war „mangelhaft“. Der § 31 des Strafgesetzbuches sagt, daß eine strafbare Handlung nicht vorhanden ist, wenn sich der Täter zur Zeit der Begehung der Handlung in einem Zustande von Bewußtlosigkeit oder krankhafter Störung der Geistesfähigkeit befindet, wodurch seine freie Willensbestimmung ausgeschlossen war. Um dem weiteren Verlauf der Sache nicht vorzugreifen, wollen wir es dahingestellt sein lassen, ob dieser Paragraph auf den Zustand des Gefänglichen angewendet werden kann. Gegenwärtig befreit Herr Riwiedi seine fesselgerichtliche Tätigkeit in Polen ungehindert weiter. Die Kirchenbehörde hält ihn also anscheinend noch für brauchbar.

*** Vergehen gegen die Sittlichkeit.** Der Arbeiter Josef Niedack und der Bauarbeiter Richard Schäfer aus Posen sollen sich am 6. Juni 1911 an zwei gallischen Saisonarbeiterinnen vergangen haben. Welche standen deshalb am Dienstag vor dem Breslauer Schwurgericht, das unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen sie wegen verübter Notzucht verhandelte. Die Geschworenen bejahten die darauf gestellte Schuldsfrage und billigten mildernde Umstände zu. Die Angeklagten wurden zu je sechs Monaten Gefängnis verurteilt, doch sollen drei Monate der ersten Unteruchungsfrist auf die Strafen angerechnet werden. Dann wurde gegen den landwirtschaftlichen Arbeiter Max Habel ebenfalls wegen verübter Notzucht verhandelt. Die Anklage legte ihm zwei Jahre zur Last. Auch hier wurde die Beweisaufnahme hinter verschlossenen Türen geführt. Das Urteil lautete gegen Habel auf ein Jahr und sechs Monate Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust. Mildernde Umstände hatten ihm die Geschworenen versagt.

*** Die Geflügelcholera** ist unter dem Geflügelstande des Dreifachbesizers Lakotta, des Dreifachbesizers Goltwald und des Schmiedemeisters Verständig, sämtlich in dem Grundstücke Brüggenenthal 7, amtlichärztlich festgestellt und das Grundstück unter Stall- und Gehöftverre gestellt worden.

Breslauer Kunst- und Bildungs-Institute.

- Versammlung der Nat. Anatomie, Markstraße 14; geöffnet am Sonn- und Feiertagen von 8-11 Uhr für Damen, von 11-2 Uhr für Herren. Eintritt frei.
- Archäologisches Museum, Neue Sandstraße 4; geöffnet im Sommersemester Sonntags von 11-1 Uhr und von 3-5 Uhr, Montags und Donnerstags von 11-1 Uhr; im Wintersemester Sonntags von 11-1 Uhr und 2-4 Uhr, Donnerstags von 11-1 Uhr. Eintritt frei.
- Schlesisches Museum der bildenden Künste, Museumplatz. Geöffnet Sonntags von 1-4 Uhr, Dienstags bis Sonnabends von 10-2 Uhr. Montags geschlossen. Eintritt frei.
- Schlesisches Museum für Kunstgewerbe und Altertümer, Graupenstraße 14. Geöffnet Sonntags von 11-2 Uhr, Wochentags von 10-2 Uhr. Eintritt frei.
- Mineralogisches Museum, Burgstraße 8. Geöffnet Mittwochs von 3-5. Während der Universitätsferien geschlossen. Eintritt frei.
- Geologisch-paläontologisches Museum, Burgstraße 8. Geöffnet Mittwochs von 3-5. Während der Universitätsferien geschlossen. Eintritt frei.
- Städtisches Schulumuseum, Turnhalle am Lesingplatz. Geöffnet Mittwochs und Sonnabends von 4-6. Eintritt frei.
- Zoologisches Museum mit Aquarium, Sternstraße 21. Geöffnet Sonntags von 11-1 Uhr, Mittwochs von 2-4 Uhr. Eintritt frei.
- Fürstlich-bischofliches Didschian-Museum, Göpperstraße 12/14. Geöffnet Montags von 10-2, Freitags von 10-12 Uhr. Eintritt frei.

ausgegeben, der ein großes Vermögen besitzen sollte. Dadurch wurde es ihm möglich, allerhand Kreditwürdigkeiten zu verbriefen.

Erster Aufstieg des Luftkranzes „Schütte-Lanz“. Der Luftkranz „Schütte-Lanz“ unternahm gestern nachmittags seinen ersten Aufstieg. Er führte in 150 Meter Höhe einige Hundert mit großer Sicherheit aus. In der Gondel befanden sich der Führer, Hauptmann v. Müller, der Kommandeur des Luftschiffes, Professor Schütte, der Astronom Hellerich, ein Ingenieur und ein Monteur. Bei Waldsee (Spreewald) landete der Kranz nach einstufiger Fahrt ohne Zwischenfall. Er wird voraussichtlich die Nacht dort bleiben. Professor Schütte hat die Luftschiffahrt in Rheinau telegraphisch um Hilfe, die sofort mit dem nötigen Material abging.

Freiheitsstrafe durch ein Kaufmannsgericht. Drei Stunden Haft wegen Ungehörigkeit erhielt vom Berliner Kaufmannsgericht die zwanzigjährige alte Verkäuferin K., die in einem großen Kredithaus angeheiratet, aber wegen unweiblichen Benehmens entlassen worden war. Als der Vorhänge nach Beendigung der für das Fräulein K. sehr wenig ertragreichen Verhandlung das Urteil dahin verkündete, daß sie mit ihrer Klage abzuhelfen sei und daß ihr Ober sie nach ihrem Benehmen mit Recht sofort entlassen habe, schlug Fräulein K. mit der Faust auf das Pult und schrie dem Vorhänge zu: „Na schön, denn werde ich mit mein Recht wo anders suchen. Ich möchte bloß wissen, wozu das Kaufmannsgericht eigentlich da ist.“ In diesen Worten erblühte das Kaufmannsgericht den Fortwurf einer Rechtsbeugung und gleichzeitig eine Ungehörigkeit und nahm die Klägerin in eine sofort zu vollziehende Haftstrafe von drei Stunden.

Die eigene Tochter verurteilt. Der Schwurgerichtspräsident gegen Frau Reigt, den die Beweiserhebung von Chemnitz während seiner ganzen Dauer mit höchstem Interesse verfolgt hat, ging jetzt zu Ende. Nachdem der Staatsanwalt die Geschworenen aufgefordert hatte, sämtliche Schuldsfragen zu bejahen und der Beschuldigte auf Freisprechung seiner Klientin plädiert hatte, zogen sich die Geschworenen zur Beratung zurück. Nach etwa 1 1/2 Stunden verkündeten die Geschworenen wieder im Saale und der Obmann erklärte den Richtern: Die Geschworenen haben sämtliche Schuldsfragen, die auf Schuld an der eigenen Tochter, verurteilt und vollendeten Verzug und Brandstiftung lauteten, bejaht und die Zustimmung mildernder Umstände verweigert. Nachdem der Staatsanwalt die Anwendung der entlassenden Strafbemerkungen beantragt hatte, wurde dem Beschuldigten das Urteil verkündet: Die Angeklagte Magdalena Reigt wurde wegen Schandensucht an ihrer Tochter Maria von 10 Jahre und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, wegen Brandstiftung, verurteilt und vollendeten Verzug zu zwei Jahren fünf Monaten Gefängnis und zu 100 Mark Geldstrafe, wozu 40 Tage Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte nahm das Todesurteil ruhig gelassen.

entgegen. Das Publikum befand sich bis zur Urteilsverkündung in größter Spannung und Erregung. Hunderte von Menschen umgaben das Justizgebäude.

Straf der Bauarbeiter. Gestern nachmittags wurde auf dem Platz vor dem Hauptbahnhof im Zentrum der Stadt das Gerüst eines verfallenen Neubaus ent- und begrub die auf dem Gerüst und darunter arbeitenden Arbeiter unter sich. Das Gerüst war mit 33 Meterhohen Baumaterial, Kalk und Sand überladen. Von 41 Arbeitern wurden nur einige lebend, aber verletzt, hervorgezogen, doch hofft man bei diesen auf völlige Genesung; zwei wurden alsbald als Leichen aus dem Schutt und den Holzstücken herausgehoben. Sie hatten den Erstickungstod gefunden und waren von den niederfallenden Balken schwer verletzt worden; sechs weitere Arbeiter wurden lebensgefährlich, neben schwer und fünf leichter verletzt hervorgezogen. 16 Arbeiter befinden sich noch unter den Trümmern und von diesen dürfte sich keiner mehr am Leben sein.

Auf der Oberbürgerstraße ereignete sich Montag nachmittags ein Karambolage-Unfall, bei dem zwei Personen leicht verletzt wurden. Der Direktor der Medizinalmerzwarenhandlung, Datz, hatte mit seinem Chauffeur eine Fahrt nach der Havel unternommen. Während des Bahnhofs Oberbürgerstraße fuhr er plötzlich ein Kind über den Fahrbahn; der Chauffeur mußte sehr scharf bremsen, das Auto ward gegen die Parkschranke geschleudert und überschlug sich. Die Insassen flogen im Bogen auf das Pflaster, wo sie benommen liegen blieben. Sie wurden in das Krankenhaus Westend gebracht, wo bei Direktor Datzs Verletzungen und innere Verletzungen, bei dem Chauffeur Kopfverletzungen festgestellt wurden.

100.000 Mark gestohlen. Von den 145.000 Mark, die von dem hier in Unteruchungshaft befindlichen Verkleideten Heinrich Kemmer bei der Firma Hocking in Saarbrücken veruntreut worden waren, hat die Londoner Kriminalpolizei hat einen neuerlichen gründlichen Untersuchung der Wohnung des Beschuldigten 100.000 Mark in deutschen Banknoten aufgefunden und beschlagnahmt. Ein bevollmächtigter Bankbeamter aus Saarbrücken ist hier eingetroffen, um die Abholung der gestohlenen Gelder und Wertpapiere.

Ein trübsamer Fleck erkrankt. Im Dorfe Radomsko bei Danzig-Erban sind 12 Personen nach dem Genusse frischen Fleisches, das sich bei granulierter Unteruchung als stark trübsam herausstellte, schwer erkrankt. Eine Person ist bereits gestorben. Der Fleischnachbar hatte das Fleisch unbekanntes zum Genusse freigegeben. Während eines auf dem Wege zur Befragung des Befunden, brachten drei Mann mit dem Leben davonkommen.

Ein Fall von Mergelberggrüfung. Nach Mitteilung der „Schlesischen Post“ sind die Gebeine des Leichens eines Mannes in einem Schrägen in Mergelberg gefunden worden.

nisse von Margarine gestern schwer erkrankt. Trotz sofortiger Hilfe sind beide Frauen gestern gestorben. Die Margarine wurde vom Bezirksarzt sofort beschlagnahmt.

Im Duell erschossen. In der Nacht zum Dienstag fand bei der Stadt Reichel (Rudolstadt) ein Duell zwischen zwei Gymnasialisten statt. Der Oberstleutnant Hans Dietrich v. Mecker, 16 Jahre alt, wurde erschossen. Der Unterprimaner Diegen, 18 Jahre alt, erlitt leichtere Verletzungen. Ursache soll eine Eranzungen in den Lieben sein.

Je nachdem.

Der „Klabberdatsch“ bringt folgende amüsjante Schilderung des Kongolandes in französischer und deutscher Beleuchtung:

Das in Afrika gelegene, von der französischen Republik dem Deutschen Reich zugehörte Kongoland, dieses	Dreiloch
des französischen Kolonialreiches darf in keinem Falle als Kompensation von	Deutschland angenommen werden. Es ist an allen kolonialen Produkten überaus reich
Frankreich ist über alle Maßen betäubt, wenn es dieses Kolonialland an Deutschland los wird, und Deutschland denkt mit kaum verhehlter Freude unverhülltem Entsetzen daran, daß über dieses Land einst seine Farben wehen werden. Denn dieses Land ist das	Miserabilste
Derlichste was Frankreich besitzt, und die französische Republik würde verloren sein, sich ins Fräustchen lachen wenn es dieses Land dem Deutschen Reich abtreten	anschlüssen
wollte. Einen größeren Einzelfall könnte Frankreich nicht erleben. Denn wahrlich, das Kongoland ist	Deutschland nichts
werd.	

Literatur.

Uffranzösisches und Sittlichkeit über dem „Kösten“ seine Selbst. Von Hans Floerke. Neuer Franfurter Verlag. Frankfurt a. M. 1911. Preis 60 Pf.

Das erste große Volkstanzert

des Bildungsvereins der organisierten Arbeiterklasse findet am Sonntag, den 29. Oktober, nachmittags 3 1/2 Uhr im Saale des Gewerkschaftshauses statt.

- Expedition der 'Volkswacht', Postfach 18, und Larischstraße 10. Die Sperrre über die Bäckereien Langner, Westendstraße 19, und Ritter, Kojenerstraße 22, besteht unverändert fort.

Den Genossen und ihren Familien wird empfohlen, von diesen Programmen regen Gebrauch zu machen.

* Die Bäckereier-LiB, Vriolenthal 33, und Solla, Messerstraße 18, sind tarifmäßig geworden. Die Sperrre über die Bäckereien Langner, Westendstraße 19, und Ritter, Kojenerstraße 22, besteht unverändert fort.

* Abt. Bauarbeiterverband! Donnerstag, den 19. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Zimmer 2 des Gewerkschaftshauses: Fuhrerversammlung, die sich mit den Kollegen beschäftigen wird, die gegen die Reichsliste der letzten Verammlung verstoßen haben.

* Straßenbau. Der Polizeipräsident hat der Straßensanierung des Westendviertels, die von der Bauverwaltung bis zur Schmitzstraße führt und in einem Teil zwischen Perleberg- und Strehlenstraße bisher schon beendigt worden ist, den Namen 'Schmitzstraße' gegeben.

* Stadt-Theater. Mittwoch: 'Das Rheingold'. Donnerstag: 'Die Nibelungen'. Freitag: 'Die Walküre'. Samstag: 'Götterdämmerung'.

* Liebe-Theater. Mittwoch: 'Das weiße Land'. Donnerstag: 'Minna von Barnhelm'. Freitag: 'Julius Caesar'. Samstag: 'Das weiße Land'.

* Thalia-Theater. Mittwoch (siehe Karten) 'Der Störenfried', von Robert Benedix. Donnerstag (siehe Karten) 'Sappho', von Heinrich Heine. Freitag 'Der Störenfried'. Die mit großem Beifall aufgenommene Gastspiel 'Der Kletterer' von Hans Breuer und John Lehmann, Musik von Friedrich Hermann, wird Sonntag wiederholt.

* Schauspielhaus. Mittwoch 'Das Fürstentum'. Donnerstag 'Das Musikantenwunder'. Freitag 'Das Fürstentum'. Samstag zum 1. Male die neue Operette 'Der Kletterer' von Leo Fallner, Musik von Josef Suga. Der Komponist der Operette wird der ersten Aufführung beiwohnen.

* Konzerte. Heute, Mittwoch, abends 8 Uhr, im Orientalischen Saal der Frau Marquise von Wackerbarth. Karten im Verkehrsamt, Wackerbarth- und Wackerbarthstraße 14. In der Abendklasse von 7 Uhr an. - Donnerstag das 8. Nachmittags-Symphoniekonzert des Philharmonischen Orchesters im Konzerthause.

* Victoria-Theater. Das Ausstattungstück 'Um ein Weib' ist eine ungeschwächte Quartaufgabe. Im Spezialitätenstück sind zwei neue Nummern, 'Cantabrischen' und 'Fonolure', die in ihrem Genre Parfümstücke leisten. Auch der sehr beliebte Humorist Ebi Alim bringt einen neuen Scherz, und zwar eine Parodie auf 'König Oedipus', womit er das Publikum nicht aus dem Lachen herauskommen läßt.

* Tödlicher Sturz von der Treppe. Der Fabrikarbeiter Max E. stürzte am 16. Oktober, abends gegen 7 Uhr, als er von der Arbeit heimkehrte und die Treppe zu seiner Wohnung, Koszowskistraße 7, emporstieg, rücklings ab, schlug mit dem Hinterkopf auf den Treppennagel und blieb dort bewegungslos liegen. Zwei andere Arbeiter, die ihn dort fanden, schafften ihn in seine Wohnung. Der Verunglückte starb aber am nächsten Morgen, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben an den Folgen einer schweren Gehirnerschütterung. Der herbeigerufene Arzt konnte nur den Tod feststellen. Der Verstorbene, der 39 Jahre alt war, hinterläßt eine Frau und sechs unermöglichte Kinder.

* Erhängt fand man am Dienstag früh in ihrer Wohnung Hohrauerstraße 6 die 54 Jahre alte Eisenbahnkonferwirtin Anna Karbe. Schwermut hatte sie dazu getrieben, Hand an sich zu legen.

* Böhmischer Tod. Der Gutsbesitzer Schneider aus Klein-Mogbern begab sich am Dienstag nachmittag aus der Stadt heimwärts. Auf dem Freiburger Bahnhof, wo er den Zug besteigen wollte, wurde er plötzlich vom Schläge getroffen. Herzliche Hilfe, die sofort zur Stelle war, erwies sich als vergeblich; der 56 Jahre alte Mann war alsbald tot.

* Feuer in einer Zigarrenfabrik. Dienstag abend kurz nach 7 Uhr gerieten auf der Darse der Zigarrenfabrik von Hillmann u. Kirchner im Wollwinkel Zigarrenfabrik und ein Brett in Brand, der zum Glück sofort von den Angestellten der Fabrik bemerkt und noch vor Anbruch der Feuerwehre gelöscht wurde. Dätte sich der Brand weiter entwickelt, so wäre sicher die ganze Fabrik eingeeicht worden, denn die Feuerwehre war verhindert, zeitig an der Brandstätte zu erscheinen. Einmal ist die Darsenstraße in der Nähe des Abweges nach Wollwinkel wegen Straßensperren aufgerissen, jedoch die Feuerwehrräder nur sehr langsam und mit der äußersten Vorsicht durchkommen konnten; denn ist der Abweg nach Wollwinkel schmal und so schlecht beleuchtet, daß hier ein Feuerwehrrad verunglückte. Die Leiche zerbrach und das Gefährt mußte stehen bleiben.

* Schuppenbrand. In einem hölzernen Schuppen auf dem Grundstück Flurstraße 6, in dem allerlei Papierabfälle der Bonowischen Druckerei, ferner alte Kisten und auch feingemachtes Holz aufbewahrt wurden, entstand am Dienstag abend 8 Uhr Feuer. Es ergriff auch einen zweigeschossigen Schuppen, der dicht daneben steht und mit allerlei Gerätschaften angefüllt war. Dauschlag schlugen die Flammen empor, so daß die Fenster des angrenzenden Fabrikgebäudes zum Teil zerprangen und bei mehreren Fenstern auch das Fenstergelände in Brand geriet. Die Feuerwehre griff mit zwei Schlauchwagen ein und konnte in etwa 20 Minuten das Feuer dämpfen, das Abfischen im einzelnen und die Aufräumungsarbeiten dauerten fast noch eine ganze Stunde.

* Neuer Fall von Maul- und Klauenseuche in Breslau. Unter dem Hindviehbestande des Landwirts Fritz Gurek, Dürrgoystraße 6, ist die Maul- und Klauenseuche amtlich festgestellt worden. Das Gebiet ist deshalb polizeilich als Sperrbezirk erklärt und um diesen Sperrbezirk ein Beobachtungsgebiet gebildet worden, das innerhalb der Grenzen der früheren Gemainschaft Dürrgoy liegt.

* Gefunden wurden ein goldenes Pinzet, ein goldener Ring, ein Schlüssel, zwei Portemonnaies mit Inhalt, ein Fahrrad, zwei Notenbücher, zwei Schlüssel, eine silberne Perrenuhr, ein schwarzes Herrenhemd, ein Schlüsselschloß und ein Damenohrgehör.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Brieg, 16. Oktober. Volksversammlung. Eine gut besuchte Volksversammlung unter freiem Himmel tagte trotz des eifigen Windes am letzten Sonntag in Tschaplowitz hiesigen Kreises. Ueber 200 Zuhörer aus den Dörfern der Umgegend hatten sich eingefunden, um den Vortrag des Genossen Löbe anzuhören und sollte ihm am Schluß der anderthalbstündigen Ausführungen lebhaften Beifall. Genossener wagten sich nicht hervor, sie verließen sich lieber auf Lokaltreiben.

Reife, 18. Oktober. Ein Fehlspruch durch ein Schwurgericht. Vor dem hiesigen Schwurgericht wurde ein Meineidsprozess gegen zwei Güterhändler verhandelt, bei dem die Geschworenen wegen wissenschaftlichen Meineldes die Schuldfragen bejahten. Der Staatsanwalt beantragte hierauf drei bezw. zwei Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof nahm jedoch laut § 317 der Strafprozedur an, daß sich die Geschworenen in der Hauptsache zum Nachteile der Angeklagten geirrt haben, sollte kein Urteil, da diese Annahme einströmig erfolgte, und vermies die Sache zur nochmaligen Verhandlung vor das Schwurgericht der nächsten Sitzungsperiode. Ein solches Vorkommnis gehört mit zu den Seltenheiten in unserer Rechtsprechung und wird leider den Genossen der Rechtsprechung durch das Volk eine neue Waffe in die Hand geben, obwohl Justizminister von gesoldeten Richtern durchaus nicht zu den Seltenheiten gehören.

Legnitz, 17. Oktober. Die Konservativen an der Reichstagswahlarbeit. Am Freitag haben sich noch die Konservativen offiziell hingekürrt in den Wahlkampf und zwar mit einer öffentlichen Versammlung, in der jedoch eine Diskussion ausgeschlossen war. Der Landtagsabgeordnete Landrat von Kardoff-Lissa behandelte die politische Lage, während den übrigen Teil des Abends der konservative Kandidat, der 'Mittelstandsman' Conrad-Breslau, ausfüllte. Aus seinen Ausführungen wollen wir nur hervorheben, daß er eine ganz besondere Sehnsucht nach einem weitgehenderen Arbeits- und Wirtschaftsentwickelung. Die Koalitionstheorie (M) müsse den Arbeitern genommen werden. Einen ihm ganz besonders anheimelnden und wesenverwandten Genossen für seinen politischen Reformboden glaubte Herr Conrad in dem liberalen Stadtverordneten, dem Hiesigermeister Ullmann entdeckt zu haben, mit dessen Kandidatur gegen die Sozialdemokratie er hantierte aing. Wir können Herrn Ullmann diese politische Freundschaft von Herzen.

Dosenau, 18. Oktober. Aus dem Wahlkampfe. Zum ersten Male fand am Sonntag eine sozialdemokratische Versammlung in Neudorf am Gröbberberge statt. Eine schon früher angemeldete Versammlung unter freiem Himmel wurde vom Amtsvorsteher verboten, auch die Redebeim Landrat war verweigert. Nur auf weitere Beschwerde beim Regierungspräsidenten wurde endlich das Verbot des Amtsvorstehers von Dosenau aufgehoben. Trotz der kühlen Witterung hatten sich doch gegen 100 Personen eingefunden, von denen wohl der größte Teil zum ersten Male einen lebhaften sozialdemokratischen Vortrag hörte. Genosse Wolf-Schönborn rechnete den Anwesenden die Schäden der gemäßigten Parteien vor und stellte demgegenüber die Ziele und Fortschritte der Sozialdemokratie. Mit spannender Aufmerksamkeit lauschten die kleinen Landwirte und Landarbeiter den Worten des Redners bis zu Ende. Wir können mit dieser Versammlung vollst. zufrieden sein, sind wir doch wieder einen Schritt weiter in die Weisheit, wo nur die Großgrundbesitzer herrschen wollen, eingerückt. Das Wort, das Herr Pastor Genschow aus Neudorf am 19. Februar in einer öffentlichen Versammlung in Dosenau unserem Kandidaten Genossen Ullrich aus Breslau entgegenriet: 'Was wollen Sie in unserer Gemeinde, hier ist kein Boden für Sie!' hat sich also nicht bewahrheitet. Leider hatten es die Gegner vorgezogen, in dieser Versammlung nicht zu erscheinen. Mit einem Hoß auf die internationale völkerverbindende Sozialdemokratie, in das alle Anwesenden freudig einstimmen, wurde die Versammlung geschlossen.

Zauer, 17. Oktober. Eine schwache Entschuldigung. Bekanntlich wurde vorige Woche auf dem hiesigen Wochenmarkt wegen Mindererwerbs, die Butter einer Mollerei aus der hiesigen Umgegend beschlagnahmt, ohne daß ankam, der Name derselben bekannt wurde. Als Lieferantin der Butter 'in dem Mindererwerb' wurde wieder die Polischwitzer Mollerei ermittelt, die jetzt in einer Erklärung in den hiesigen Volksblättern die Schuld auf einen Angestellten schieben will. Es hat sich angeblich 'nur um ein paar Halbpfundstücke' gehandelt. In dieser Erklärung bemerkt das hiesige Stadtblatt: 'Die Mollereileitung darf sich nicht wundern, wenn von einer internationalen Uebervertellung gesprochen wurde angesichts der Tatsache, daß es sich nicht nur um ein paar', sondern um 60 Halbfundstücke gehandelt hat, die sämtlich um ein und dieselbe Gewichtsmenge zu leicht befunden wurden. Hinzu kommt noch, daß ein Mindererwerb auch tags zuvor von einem Konsumenten festgestellt wurde, der dann der Polizei Anzeige machte.'

Was will die Polischwitzer Mollerei jetzt etwa noch behaupten, daß keine begründete Ursache vorlag, von einer internationalen Uebervertellung zu sprechen? Und noch dazu bei den teuren Butterpreisen.

Neueste Nachrichten.

Die Wahlmännerwahlen im fünften Berliner Landtagswahlkreis.

Berlin, 18. Oktober. Im fünften Berliner Landtagswahlkreis fanden am Dienstag die Wahlmännerwahlen der ersten und zweiten Abteilung statt. In der zweiten Abteilung, die von 9 bis 12 Uhr vormittags wählte, hatten die Sozialdemokraten 23, die Fortschrittliche Volkspartei 13 Wahlmänner zu verteidigen. In der ersten Abteilung, in der Zeit von 1-2 Uhr mittags, waren 39 Wahlmänner zu wählen, von denen 27 zum liberalen, 8 zum sozialdemokratischen Beststand gehörten.

Soweit bisher bekannt geworden ist, haben die Freistimmigen in der zweiten Abteilung etwa 4 bis 5 ihrer 13 Mandate verloren und auch in der ersten Abteilung sind 2 bis 3 bisher durch Freistimmige vertretene Mandate den Sozialdemokraten zugefallen. Die dritte Abteilung blieb im Besitz der Genossen.

Gegen die Lebensmittelteuerung.

Berlin, 18. Oktober. Gestern abend fanden in Groß-Berlin 78 Volksversammlungen, darunter eine Versammlung von Laubhütten zum Protest gegen die herrschende Lebensmittelteuerung, statt. Sämtliche Versammlungen waren lebhaft von Beginn überfüllt. In allen Versammlungen gelangten gleichlautende Resolutionen zur Annahme, worin die sofortige Aufhebung aller Zölle auf Lebensmittel, Aufhebung des Systems der Einfuhrzölle; der Grenzsperr für Fleisch und Vieh und die Organisation des Massenbezuges unentbehrlicher Nahrungsmittel, wie Kartoffeln, Getreide und Nahrungsmittel durch die Kommunen verlangt wird. Die Resolutionen gelangten überall einstimmig zur Annahme. Durch diese einstimmige Annahme versprachen noch die Versammlungsteilnehmer ihrerseits den Anschluß an die Konsumvereine und eine gründliche Abrechnung mit dem blau-schwarzen Block bei den nächsten Reichstagswahlen.

Zur Landung deutscher Matrosen in Pantan.

London, 18. Oktober. Die Meldung von der Landung deutscher Matrosen in Pantan erregt hier sehr großes Aufsehen. Ohne daß hier schon genauere Meldungen über die Landung der deutschen Matrosen in Pantan vorlagen, äußert man auch in politischen Kreisen die Befürchtung, daß dieser unüberlegte deutsche Schritt ernste Folgen bei einer Revolution haben könne, in der bis jetzt die Ausländer durchaus nicht beiläufig worden seien.

Die Kämpfe um Tripolis.

Rom, 17. Oktober. Die italienischen Truppen haben sämtliche für die Wasserversorgung von Tripolis wichtigen Stellen besetzt. Gegen diese Besetzungen richteten die Türken dreimal Nachanriffe. In der Nacht vom Montag verübten sie Artillerie. Die in sensationeller Weise geschilberten Berichte verrieten indessen stets ohne merkliche Verluste beider Teile. Ungünstiger steht es in Bengasi, wo, nach einem Telegramm der 'Deutschen Tageszeitung', angeblich 50.000 bewaffnete Araber stehen, die sich dem italienischen Eindringen widersetzen wollen, und wo die italienische Flotte mächtigerer Mittel als anderweit bedarf.

Einstimmung zum Präsidenten gewählt!

London, 18. Oktober. Die 'Times' melden aus Mexiko: Madero ist einstimmig zum Präsidenten der Republik gewählt worden und tritt sein Amt bereits im November an.

Aus der Republik Portugal.

London, 18. Oktober. Die 'Times' melden aus Lissabon: Die Kammer nahm den Gesetzentwurf betreffend Strafverfolgung der politischen Verbrecher an, lehnte jedoch die Aufhebung der konstitutionellen Garantien ab, da eine solche Maßregel im Auslande einen sehr schlechten Eindruck machen würde.

Zur monarchistischen Bewegung in Portugal.

Lissabon, 18. Oktober. Auf dem Schauplatz der Operationen gegen die monarchistischen Verbündeten äußerte die Verfolgungsmärche dort, da Conceiro dem Kampfe ausweicht und in Gilmärichen die Provinz Minho zu erreichen sucht. Conceiro geht angeblich in zwei Abteilungen vor. Die erste führt Hauptmann Camacho mit etwa 1000 Mann. Die andere Conceiro selbst mit 600 Mann. Ziel der Operation ist Braga und dann Porto zu besetzen. Die in Lissabon verbleibenden beiden Söhne des Präsidenten Tom Miguel sollen mit 300 anderen Monarchisten ausgewiesen sein. Jenseits der Grenze nehmen die republikanischen Truppen, deren Hauptquartier Lages ist, zahlreiche Verhaftungen vor.

Erschossen.

Petersburg, 18. Oktober. Das russische Reichsstatistik-Büro für Statistik wurde in Moskau durch den Zurechtwerden der Medizin Kritik, einem Verwandten des hiesigen durch Revolverkugeln ermordet. Man untersucht eifrig, ob es sich um einen politischen Mord oder um einen Racheakt handelt. Man neigt polizeilichseits der letzteren Annahme zu.

Berlin, 17. Oktober. Zur Affäre des Oberleutnants v. Fetter wird noch mitgeteilt, daß die verantwortliche Vernehmung des Reichskriegsgerichtes Pantan beendet worden ist. Herr v. Fetter bestritt, seine Ehrenpflicht durch seine Aussage in irgend einer Weise verletzt zu haben. Bereits Anfang nächsten Monats soll die Hauptverhandlung stattfinden. Als Zeugen werden nur Frau Wertheim, General a. D. v. Fetter und der Rechtsbeistand der Fetterischen Familie, Dr. Paul Werberer Berlin, geladen.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

Table with columns: Weichsel, Oder, Spree, Havel, Elbe, etc. and rows for dates 18.10. and 17.10. with numerical water level data.

Versammlungen und Vereine.

- Arbeiter-Sekretariat Breslau. Nikolaistraße 18/19. Sprechst. Vorm. 11-1 Uhr, Nachm. 5 1/2-7 1/2 Uhr (außer Sonnab. abend Nachmittags). Gewerkschaftshaus. Mittwoch, den 18. Oktober: Metallarbeiter-Verband. Lichtbilder-Vortrag um 8 Uhr. Schmiede-Verband. Versammlung im Billardzimmer. Arbeiter-Radfahrer. Versammlung im Zimmer 1. Holzarbeiter-Verband. Delegierten-Versammlung im Zimmer 2. Donnerstag, den 19. Oktober: Brauerei- und Mühlenarbeiter. Versammlung im Saale. Französischer Unterricht. Abends Punkt 8 Uhr im Billardzimmer. Bäcker-Versammlung im Zimmer 2. Arbeiter-Versammlung im Zimmer 3. Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Ausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7. Freitag, den 20. Oktober: Armenpfleger-Versammlung im Zimmer 1. Les- und Diskussionsklub, 8 1/2 Uhr im Zimmer 5. Sonnabend, den 21. Oktober: Arbeiter-Radfahrer. Stiftungsfest. Bildhauer. Versammlung im Zimmer 5. Sonntag, den 22. Oktober: Männer-Gesangsverein 'Sängerrunde', Stiftungsfest. Montag, den 23. Oktober: Bibliothek des Sozialdemokratischen Vereins. Bücherausgabe von 6 1/2-9 Uhr im Zimmer 7.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

'Volkswacht'-Agitation. Sonntag, den 23. Oktober, findet von dem Lokal: Cederstraße 6 aus eine Agitation für die 'Volkswacht' statt. Wir eruchen alle, besonders die Genossen der Distrikte 9 und 10 um recht rege Teilnahme. Sozialdemokratischer Verein für Breslau (Land)-Neumarkt.

- Land-Distrikt 7 (Bezirk Klein-Gardau, Kofel, Wisnig, Schmiedefeld, Waffelnitz). Sonntag, den 22. Oktober, vormittags 10 Uhr bei Nitzsch in Kofel: Außerordentliche Distriktsversammlung. 1. Wahl eines Distriktsführers. 2. Berichtsangelegenheiten. Genossen, seid diesmal alle zur Stelle. Land-Distrikt 11/12 (Bezirk Koberwitz, Pilschitz, Krollwitz und Baumgarten). Sonntag, den 22. Oktober, nachmittags 3 Uhr: Allgemeine Distrikts-Versammlung. Wo, gegen die Bezirksführer: Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Bericht von der General-Versammlung. 3. Die Lokalfrage in Koberwitz. Genossen, seid alle zur Stelle. Land-Distrikt 20 (Bezirk Sachwitz). Sonnabend, den 21. Oktober, abends 8 Uhr bei Giese in Sachwitz: Wichtige Agitationssitzung wegen der Lokalfrage. Genossen, seid pünktlich zur Stelle.

Dr. Thompson's Seifenpulver

(Marke Schwan)
Billig im Preis. Vorzüglich in Qualität.
Unschädlich im Gebrauch.
Reinigt Wäsche, Geschirr und Haus.

HALPAUS No. 5

ist die neue
2 1/2

Pfg.-Cigarette
in unerreichter Qualität!

Damen-Filzhüte
billig direkt in der Fabrik
Freund & Krebs
Neue Graupenstrasse 11, Hof.
Filzhüte werden modernisiert.

Speise-Kartoffeln
5 Pf. 20 Pf. Münchfr. 14.

Möbel

Gute Waren spottbillig auf

Abzahlung
Anzüge
Ueberzieher,
Kinderwagen
Anzahlung
Nebensache!

Max Biermann
52 Ring 52, 1. Etg.
unten des Stadtsaals.

Filiale:
Waldenburg i. Säch.
Nach nach auswärts.

Grosse Gelegenheitskäufe.

- Elegante engl. Kostüme von 1900
 - vorzüglicher Sitz
 - Elegante Damenkleider von 1500
 - Schwarz u. coul. Paletots von 590
 - Eleg. Samtpaletots auf Seide 3500
 - Tüll-Blusen auf Seide von 390
 - Kostüm-Röcke von 290
 - Wollstoff-Kimono-Blusen von 290
 - Mädchen-Jacken von 250
 - Elegante Velour-Blusen von 120
 - Kinderkleidchen von 250
 - Moderne Kleiderstoffe reine Wolle 90 Pf.
 - Kostümstoffe 120 cm breit Mtr. 115
 - Blusenstoffe reine Wolle Meter 100
 - Blusen-Bordürenstoffe Meter 140
 - Cheviot und Diagonal Meter 85 Pf.
 - Velvet schwarz und couleur 120
 - Breite Gardinen erdmo und weiss Meter 40 Pf.
 - Abgepasste Gardinen lang und breit Fenster 195
 - Sofa-Teppiche gute Qualitäten 600
 - Breite Läufertstoffe Meter 35 Pf.
- Hemden, Bekleider, Nachjacken, Unterröcke, Bett- u. Tischwäsche, welche im Schaufenster etwas angeschmutzt, werden zu spottbilligen Preisen ausverkauft.

Albert Wagner

Friedrich-Wilhelmstr. 26/28, vis-à-vis dem Postamt VI.

Verleih-Institut eleganter

Frack-
und Rock-Anzüge,
Chapeau-Claques

H. Mohaupt
Schweidnitzerstrasse 8a, I.
Eingang Karlsstrasse
(früher Albrechtstrasse).
Telephon 1301. 5421

Trauringe!!

mit gefestigt hem Goldstempel
nach Gewicht in allen Größen zu bekannt billigsten Preisen.

Albert Möwius
Kupferstrasse, Gehaus Schmiedebrücke 56.

„Der wahre Jakob“
Sozialdemokratisches Witzblatt
Durch die Expedition und Kolporteurs zu beziehen.

Fortsetzung des Provinz-Bezugsquellen-Verzeichnis

Schmiedeburg.

- Bäckerei und Kolonialwaren.
Fischer, Ernst, Oberstraße 15.
- Bier-Brauereien.
Kobold, Franz, Schmiedeburg.
- Fleischereien und Wurstfabriken.
Köhler, Carl, Markt 19.
Köhler, Carl, Friedrichstraße 21.
Köhler, Carl, Hammerstr. 10.
- Gärtnerei und Gemüschhandlung.
Köhler, Theodor, Markt 33.
- Hüte, Mützen, Filzwaren.
Köhler, Carl, Markt 7.
- Wäsche, Woll- u. Kurzwaren.
Köhler, Conrad, Markt 29 (Hinterhof).

Schweidnitz

- Manufaktur- und Modewaren.
Köhler, Carl, Hofstr. 16 (Damenhof).
- Schuhwaren-Kassern.
Köhler, Carl, Langstr. 4 (Herrenhof).
Köhler, Carl, Langstr. 4.
- Uhren und Goldwaren.
Köhler, Carl, Hofstr. 16.

Ströbel

- Fleischerei.
Köhler, Carl, Hofstr. 16 (Hinterhof).
- Kolonial- und Manufakturwaren.
Köhler, Carl, Hofstr. 16.

Strehlen

- Bier-Brauereien.
Köhler, Carl, Hofstr. 16.
- Manufaktur- und Modewaren.
Köhler, Carl, Hofstr. 16.
- Uhren und Goldwaren.
Köhler, Carl, Hofstr. 16.

Striegan

- Alkoholfreie Getränke.
Köhler, Carl, Hofstr. 16.
- Brauereien und Bierverläger.
Köhler, Carl, Hofstr. 16.
- Manufaktur- und Modewaren.
Köhler, Carl, Hofstr. 16.
- Uhren und Goldwaren.
Köhler, Carl, Hofstr. 16.

- Rudolph, Gustav, Ringstr. 7.
- Kunze, Wilhelm, Schmiedeburgstr. 20.
- Wagner, Paul, Bürgershofstr.
- Galanterie-, Spielwaren, Haushalt.-Art.
Wagner, Paul, Bürgershofstr. 20.
- Handschuh- und Wäschegeschäft.
Wagner, Paul, Ringstr. 7.
- Herren-, Damen- und Kindergarderobe.
Wagner, Paul, Ringstr. 7.
- Herren- u. Knaben-Garderobe.
Wagner, Paul, Ringstr. 7.
- Herren-Bekleid.
Wagner, Paul, Ringstr. 7.
- Hüte, Mützen u. Pelzwaren.
Wagner, Paul, Ringstr. 7.
- Kaufhäuser.
Wagner, Paul, Ringstr. 7.
- Kinderwaren, Besen, Leiterwagen.
Wagner, Paul, Ringstr. 7.
- Manufaktur- u. Modewaren.
Wagner, Paul, Ringstr. 7.
- Polsterwaren.
Wagner, Paul, Ringstr. 7.
- Polstermöbel, Lederwaren.
Wagner, Paul, Ringstr. 7.
- Restaurateure.
Wagner, Paul, Ringstr. 7.
- Spezial-Serg- und Möbelmagazin.
Wagner, Paul, Ringstr. 7.
- Schuhwaren und Schuhmacher.
Wagner, Paul, Ringstr. 7.
- Uhren und Goldwaren.
Wagner, Paul, Ringstr. 7.
- Zigarren und Zigaretten.
Wagner, Paul, Ringstr. 7.

Waldenburger Industriegebiet

- Abzahlungs-Geschäfte.
Waldenburger, Waldenburger.
- Bäckereien u. Konditoreien.
Waldenburger, Waldenburger.
- Brauereien u. Bierverläger.
Waldenburger, Waldenburger.
- Fleischereien und Wurstfabriken.
Waldenburger, Waldenburger.
- Manufaktur- und Modewaren.
Waldenburger, Waldenburger.
- Uhren und Goldwaren.
Waldenburger, Waldenburger.
- Zigarren und Zigaretten.
Waldenburger, Waldenburger.

Trebitz

- Brauereien u. Bierverläger.
Trebitzer, Trebitzer.
- Manufaktur- und Modewaren.
Trebitzer, Trebitzer.
- Uhren und Goldwaren.
Trebitzer, Trebitzer.

- Restaurateure.
Trebitzer, Trebitzer.
- Schuhwaren u. Schuhmacher.
Trebitzer, Trebitzer.
- Tuchlaz, Konfekt, Arb.-Garderobe.
Trebitzer, Trebitzer.
- Uhren u. Goldwaren.
Trebitzer, Trebitzer.
- Zigarren, Rauchwaren, etc.
Trebitzer, Trebitzer.

Warmbrunn.

- Fleischereien und Wurstfabriken.
Warmbrunner, Warmbrunner.
- Hüte, Mützen, Pelzwaren.
Warmbrunner, Warmbrunner.
- Manufaktur- und Modewaren.
Warmbrunner, Warmbrunner.

Waldenburger Industriegebiet

- Abzahlungs-Geschäfte.
Waldenburger, Waldenburger.
- Bäckereien u. Konditoreien.
Waldenburger, Waldenburger.
- Brauereien u. Bierverläger.
Waldenburger, Waldenburger.
- Fleischereien und Wurstfabriken.
Waldenburger, Waldenburger.
- Manufaktur- und Modewaren.
Waldenburger, Waldenburger.
- Uhren und Goldwaren.
Waldenburger, Waldenburger.
- Zigarren und Zigaretten.
Waldenburger, Waldenburger.

- Polstermöbel, Lederwaren.
Waldenburger, Waldenburger.
- Polsterwaren.
Waldenburger, Waldenburger.
- Schuhwaren u. Schuhmacher.
Waldenburger, Waldenburger.
- Uhren und Goldwaren.
Waldenburger, Waldenburger.
- Zigarren und Zigaretten.
Waldenburger, Waldenburger.

Altwasser.

- Abzahlungs-Geschäfte.
Altwasser, Altwasser.
- Brauereien u. Bierverläger.
Altwasser, Altwasser.
- Manufaktur- und Modewaren.
Altwasser, Altwasser.

Bismel, Heintz

- Brauereien u. Bierverläger.
Bismel, Heintz.
- Manufaktur- und Modewaren.
Bismel, Heintz.
- Uhren und Goldwaren.
Bismel, Heintz.

- Möbelmagazine.
Bismel, Heintz.
- Papier- und Schreibwaren.
Bismel, Heintz.
- Photographische Ateliers.
Bismel, Heintz.
- Polsterwaren.
Bismel, Heintz.
- Schuhwaren u. Schuhmacher.
Bismel, Heintz.
- Uhren und Goldwaren.
Bismel, Heintz.
- Zigarren und Zigaretten.
Bismel, Heintz.

Dittersbach.

- Bäckereien.
Dittersbacher, Dittersbacher.
- Manufaktur- und Modewaren.
Dittersbacher, Dittersbacher.
- Uhren und Goldwaren.
Dittersbacher, Dittersbacher.

Friedland.

- Brauereien u. Bierverläger.
Friedlander, Friedlander.
- Manufaktur- und Modewaren.
Friedlander, Friedlander.
- Uhren und Goldwaren.
Friedlander, Friedlander.

Kolonie Sandberg.

- Fleischereien.
Sandberger, Sandberger.
- Manufaktur- und Modewaren.
Sandberger, Sandberger.
- Uhren und Goldwaren.
Sandberger, Sandberger.

Nied.-Salzbrunn-Sorgau.

- Fleischereien u. Wurstfabriken.
Nied.-Salzbrunn-Sorgauer, Nied.-Salzbrunn-Sorgauer.
- Manufaktur- und Modewaren.
Nied.-Salzbrunn-Sorgauer, Nied.-Salzbrunn-Sorgauer.
- Uhren und Goldwaren.
Nied.-Salzbrunn-Sorgauer, Nied.-Salzbrunn-Sorgauer.

Weissstein, N.-Hermisdorf.

- Brauereien u. Bierverläger.
Weisssteiner, Weisssteiner.
- Manufaktur- und Modewaren.
Weisssteiner, Weisssteiner.
- Uhren und Goldwaren.
Weisssteiner, Weisssteiner.

Schlesische Wahlkampfplakate.

Wahl-Erntefeste.

Ganz auffällig häufen sich in diesem Jahre die Plakate, nach welchem der „Herr von und zu“ seinen Leuten ein Erntefest gegeben hat, bei welchem nach den nötigen Bier- und Weinpenden „Heil Dir im Siegertrank“ gefungen und diverse Hochs ausgebracht werden. Diese Feste werden drei Monate vor der Wahl zur „Nachahmung“ empfohlen. Angesichts dieser Arbeiterfreundlichkeit wirkt es drollig, wie ein ostpreussischer Gastwirt in P. u. B. noch dem alten Rezept folgt, das nur dann üblich ist, wenn keine Wahlen bevorstehen. Er referiert:

Gasthaus Waase.

Am Sonntag, den 8. Oktober, abends 8 Uhr:

Großer Ernteball.

Hierzu ladet freundlichst ein W. Bagels.

Dienstboten haben keinen Zutritt.

Also die Erntearbeit für die Knechte und Mägde, das Erntevergnügen für die agrarischen Herrschaften! So ist's recht. Das ist die gewöhnliche „Ordnung“ vom Lande. Nur bei den Wahlen wird's anders. Wer kennt da nicht den alten Vers:

Vor den Wahlen Handsoehntel,
Nun in Wien mit dem Arbeitseitel,
Nach der Wahl: Hut, wie bald
Nase hoch und Wieners Zeit.

Die erste rote Versammlung in Kottbus.

Am Sonntag taute in Kottbus, Kreis Neisse, die erste sozialdemokratische Wählerversammlung unter freiem Himmel, in welcher Genosse Scholich-Breslau über die bevorstehenden Reichstagswahlen referierte. Es hatten sich über 300 Personen darunter auch viele Frauen und Mädchen eingefunden. Ferner waren als Besucher der Ortsgeistliche Kaplan Lorenz, der Lehrer, eine Anzahl vermöglicher Gutsbauern und ein Herr Sobel aus Neuland bei Neisse anwesend. Der Referent ging auf die Zusammenkunft des Reichsparlamentes ein, dessen gegenwärtige Majorität er einer eingehenden Kritik unterzog. Unter wiederholten Beifallsstundgebungen der Anwesenden führte er ihnen die Sünden der Konservativen und des Zentrums vor Augen und zeigte, daß die Sozialdemokratie allein, zum Wohle des Volkes gearbeitet hat. Der lebhafteste Beifall der Anwesenden bezugte das Einverständnis der Versammlung mit den Ausführungen des Redners. Nun meldeten sich gleichzeitig Herr Kaplan Lorenz und Herr Sobel als Vertreter der Zentrumspartei zum Wort. Zunächst entstand zwischen beiden ein kurzer Wortwechsel, wer zuerst sprechen solle. (Richtung Wahn kontra Richtung Berlin?) Auf die energische Ausrufung des Geistlichen, daß ihm zuerst das Recht zustehe, ließ der andere ihm den Vortritt. Herr Lorenz sprach zuerst seine Verwunderung über die Sachlichkeit der Ausführungen des Redners aus und beklagte, daß manches Körnchen Wahrheit in dem Referat enthalten war. Es treffe aber nicht alles zu, was Redner über das Zentrum gesagt. So habe zum Beispiel das Zentrum durch die Wrien-, Schel-, Champagnersteuer usw. die Reichsbesessenen wollen, wogegen die Sozialdemokraten gegen diese Steuern gestimmt hätten. Weiter meinte der Redner, daß die Sozialdemokraten in dieser Gegend mit ihren Kulturmaßnahmen nicht viel Gutes haben werden. Auf eine Zwischenbemerkung, ob vielleicht die Ablehnung von Versammlungsräumen beabsichtigt sei, meinte der Herr Kaplan, daß er dies nie tun würde, allerdings sehe er es lieber, wenn wie nicht mehr am Orte erscheinen. Schließlich forderte er die Anwesenden auf, dem Zentrum treu zu bleiben, wofür ihm der vereinzelt Beifall seiner Getreuen zuteil wurde. Während vorgenannter Redner in ruhiger, ernster Weise verschiedene Ausführungen des Referenten zu widerlegen versuchte, war bei dem nun folgenden Herrn Sobel das Gegenteil zu beobachten. In heftiger polemyer Weise, mit den Händen immer vor dem Referenten gestikulierend, entwand er auf die Anwesenden ein Sammelsurium von Zitaten gegen die Sozialdemokratie, wie es in der Münchener-Gladbacher christlichen Lehrerschule und im Reichsverband gegen die Sozialdemokratie gelehrt wird. Seine Kampfesweise war so unedelm, daß außer dem Vorsitzenden der Versammlung, auch Kaplan Lorenz ihm eine derbe Zurechtweisung erteilte! Er drohte wiederholt gegen ihn gerichtete heftige Zwischenrufe und Entrüstungsstundgebungen der Versammlungsteilnehmer. Die Wirkung seiner 1/2 stündigen Vortrags konnte dahin zusammengefaßt werden: Wenn der Mann uns noch öfter so entgegentritt, wird er vorzeitig für uns agieren. Da in diesen letzten 1/2 Stunden die politische Dunkelheit eingetreten war, zündete ein Arbeiterfabrikarbeiter seine Kackentlatrine an, um den Platz zu erleuchten. Genosse Scholich erhielt nun das Schlusswort. Er sprach zunächst den Wunsch aus, daß die ausgeübte Redefreiheit, welche wir den Rednern gewähren, auch uns in den Versammlungen des Zentrums und der Konservativen zugeteilt werden möge. Herr Kaplan Lorenz versprach das! Nun rechtfertigte der Redner die Partei in ihrer Haltung zur Wrien-, Schel-, Champagnersteuer usw. und bewies den Anwesenden, daß das Zentrum nur deshalb für diese Steuern stimmte, weil sie die Reichsbesessenen mit sich in der Lasten belasten, wogegen das Zentrum gegen jede direkte Steuer, welche die Reichsbesessenen im richtigen Verhältnis trifft, stimme. In ähnlicher Weise widerlegte der Referent die übrigen Vorwürfe der Gegner und schloß mit den Worten: die kommende Reichstagswahl muß des Volkes Weisheit sein, mit welcher die kaislichen Volksvertreter des schwarz-blauen Blochs aus dem Reichstage gejagt und dafür die wahren Vertreter des Volkes, die Sozialdemokraten, in den Reichstag gewählt werden. Lebhaftester Beifall folgte diesen Ausführungen und mit einem begeisterten ausgenommenen Hoch auf unsere Partei wurde die stimmungsvolle Versammlung geschlossen. Nun stimmte das kleine Häuflein der Zentrumsgetreuen „Heil Dir im Siegertrank“ an und fast gleichzeitig setzte, machtvoll durch die Nacht brausend, seitens der übrigen Versammlungsteilnehmer das Lied ein „Wer schafft das Gold zutage“ ein. Während des Abingens dieses Liedes verschwand die Vertreter der Dunkelheit. Die übrigen Versammlungsteilnehmer blieben aber so lange am Platze bis jeder seinen Kalender erhalten hatte und Genosse Hoffmann hatte Mühe, die wissensdürstigen Dränger zu befriedigen.

Die Friedewalder Versammlung.

In der am Sonntag Genosse Scholich sprach, wird vom Rittschischen Käseblatt wie folgt besprochen:

Eine misglückte Demonstration unter freiem Himmel war die für Sonntag, den 15. d. M., nachmittags 3 Uhr, auf einem Stoppelfelde der Gemarkung Friedewalde anberaumte „große öffentliche Versammlung“, in welcher sich der sozialdemokratische Reichstagskandidat für den Wahlkreis Breslau-Neumarkt vorstellen sollte. Statt der erhofften Tausende kamen spärlich, langsam und allmählich etwa 150 „Genossen“ angezogen, einige sogar in Begleitung ihrer Damen, um mit geringerer oder größerer Respektlosigkeit den auf den Kongress der kritischen Massen berechneten, in ihren lächerlichen Behauptungen und giftigen

Verheerungen zu lauschen. Der Herr Reichstagskandidat suchte sich bei den lächerlichen Wählern hauptsächlich damit in Gunst zu setzen, daß er mit großem Selbstbewußtsein erklärte, er sei ja auch der Sohn eines Landmannes! Nichts, als die alten, abgedroschenen Phrasen, die täglich keinen besonderen Eindruck machen. Aber unermüdlich traf des Referenten Rede auf die zitternd und klappernd im kalten Oktobersturm eng aneinandergebrängten Genossen und Genossinnen, die froh waren, als kurz nach 5 Uhr das Hoch auf die Revolutionspartei sie des lästigen Zwanges entband, und bestügelter Schrittes in die nahe gelegenen Kneipen eilen ließ.

Der Berichterstatter muß ein rechter politischer Rindskopf sein, wenn er glaubt, daß in Friedewalde irgend ein Mensch „Tausende“ von Versammlungsbesuchern erwartete. Wenn zu solchen Versammlungen trotz schlimmen Wetters in jedem Dorfe 150 Leute erscheinen, dann sind wir schon zufrieden, denn dann kann Graf Carmer seine Karte bald an die Weiden hängen. Im übrigen aber werden unsere Redner auf dem Lande gut tun, wenn sie in jeder Versammlung hervorheben, daß die konservative Sippschaft uns nicht nur die Versammlungslokale abstreift, sondern daß sie das arme Volk auch noch verspottet, wenn es, aus freier Hand getrieben, in seiner dürftigen Kleidung friert. Auch auf diese Frechheit wird es bei den Wahlen seine Antwort geben!

Deutscher Reichstag.

190. Sitzung. Dienstag, den 17. Oktober 1911. nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratsitzung zunächst niemand, dann die Staatssekretäre Delbrück und Lisco.

Präsident Graf Schwerin-Bülow begrüßt die Erschienenen, hofft, daß der Reichstag einen möglichst großen Teil des Restes seiner Aufgaben wird erledigen können und gedenkt der verstorbenen Abgeordneten Hug (Zentr.), Frank-Rathor (Zentr.) und Liebermann von Sonnenberg (Wirtsch. Vgg.), deren Andenken das Haus in der üblichen Weise ehrt. — Genosse Haberland-Düsseldorf tritt in das Haus ein.

Auf der Tagesordnung stehen

Petitionen.

Eine Reihe Petitionen werden debattelos nach den Kommissionsvorschlägen erledigt.

Eine Petition auf Zulassung der Antiklausurschrift, über die bereits in einer früheren Sitzung ausgiebig debattiert war, wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt.

Eine Petition zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in den Steinbrüchen und Steinhauerereien wird unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages auf Ueberweisung zur Berücksichtigung als Material überwiesen. Ein sozialdemokratischer Antrag über die in derselben Petition enthaltene Forderung eines W. K. Steuerzoll zur Tagesordnung überzugehen, wird abgelehnt und auch diese Forderung wird als Material überwiesen.

Eine Petition auf Ausbehebung der Fleischbeschau bei Hausfleischungen wird durch Uebergang zur Tagesordnung unter Ablehnung eines sozialdemokratischen Antrages auf Berücksichtigung erledigt.

Der Ruf nach dem Zuchthausgeiß.

Der Zentralausschuß der vereinigten Innungsverbände Deutschlands und einiger anderer Unternehmerverbände petitionieren um Maßnahmen zum Schutz der Arbeitswilligen und zum Schutze der Gewerbetreibenden gegen Boykott usw.

Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material. Ubg. Raab (Wirtsch. Vgg.): Der Mittelstand bedarf eines erhöhten Schutzes gegen die sozialdemokratischen Boykottmaßnahmen. Wenn er nicht untergehen soll, muß die Gesetzgebung ihr Schutzes. (Bravo! rechts. — Ironischer Jurist b. d. Soz.: Kauf nicht bei Juden!)

Ubg. Robert Schmidt (Soz.): Wir beantragen Uebergang zur Tagesordnung. Die Antisemiten, die sonst gegen die Juden boykottieren, nur weil sie Juden sind, haben am allerwenigsten Recht, über Boykott zu klagen. Ich erinnere ferner an den Terrorismus der Unternehmerverbände gegen einzelne widerstrebende Unternehmer. Wir verlangen gleiches Recht für alle. (Bravo! b. d. Soz.)

Unter Ablehnung des Antrags Ubrecht auf Uebergang zur Tagesordnung, für den Sozialdemokraten und Freisinnige stimmen, wird der Kommissionsantrag angenommen.

Der Terrorismus der Bergherren.

Eine Petition der Hirsch-Dunderschen Gewerkvereine verlangt die amtliche Kontrolle der Zwangsarbeitsnachweise und Herbeiführung paritätischer Arbeitsnachweise. Die Kommission beantragt Ueberweisung der Kommission zur Erwägung.

Ubg. Que (Soz.): Die Verhandlungen, die wir hier zu wiederholten Malen über die Zwangsarbeitsnachweise im Ruhrrevier gehabt haben, beweisen die Berechtigung der in der Petition aufgestellten Forderungen. Einen weiteren Beweis dieser Notwendigkeit liefern die Generalsammlungen der Gewerkschaften, wo die Herren unter sich sind und darum ihr schamhaftes Herz enthüllen. Selbst, wenn die Verwaltung der Zwangsarbeitsnachweise eine andere wäre, so würde doch die öffentliche Meinung paritätische Nachweise verlangen. So wie die Zwangsarbeitsnachweise gehandhabt werden, sind die Unternehmer

Ankläger, Richter und Strafvollstrecker in ein und derselben Person.

Ein solcher Rechtszustand schlägt jedem Rechtsbewußten ins Gesicht. Angeblich handelt es sich um eine Kontrolle kontraktbrüchiger Arbeiter, tatsächlich handelt es sich um eine Verurteilung bestimmter Arbeiter wegen ihrer politischen Gesinnung. Und geradezu eine Barbarei und Brutalität sondergleichen (Lebh. Zustimmung, b. d. Soz.) ist es, daß die Arbeitsnachweise auch dazu gebraucht werden, um Leute auszuwählen, die durch irgend einen Unfall einen Teil ihrer Erwerbsfähigkeit eingebüßt haben. Gegen Steiger, die sich weigern, den Zwangsverrichtungen als willenlose Werkzeuge gegen die Arbeiter zu dienen, wird in einer Weise vorgegangen, die alle Merkmale vollendeter Erpressung aufweist. (Hört, hört! b. d. Soz.) Trotz aller Verprechungen floriert der Unzug der schwarzen Listen weiter. Gemiß ist der starke Stellenwechsel auch nicht im wahren Interesse der Arbeiter; aber der Wechsel hat nach Einführung der Zwangsarbeitsnachweise angenommen, nicht abgenommen; das beweist, daß er nicht auf dem Kontraktbruch beruht, sondern auf anderen Gründen. Der Gutachter einer Minderheit im Konföderium der Zeche Borussia hat mit aller Deutlichkeit erklärt, wie das Rezept gegen den Stellenwechsel lautet: Bessere Behandlung in gerechter Festsetzung des Bedingens. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Man verjage es einmal damit, und der Stellenwechsel wird nicht mehr so stark sein. Dann würde man auch ohne ein solches Zwangsinstitut eine ständige Belegschaft bekommen. Was sehen wir aber für

deffen? Wir sehen trotz der riesigen Teuerung und trotz angestrengter Arbeit ein

Kündiges Zurückgehen der Löhne.

Überall, im Saarrevier, in Ober- wie in Nieder- schlesien, sind die Löhne gesunken, die gesamte Bergarbeiter- schaft Preußens hat seit 1907

170 Millionen Mark Lohnverlust erlitten.

(Lebh. Hört, hört! b. d. Soz.) Auf allen Bechen wird hierin in gleicher Weise geandert. Unter solchen Umständen wird Kontraktbruch zur Notwehr, Verzerrung und Glend steigen andauernd. Daß die vier Bergarbeiter-Verbände in der vergangenen Woche zusammengekommen sind, um sich über die Lohnfrage zu verständigen, ist ebenfalls ein Beweis für die ständige Verschlechterung der Lohnverhältnisse. Die Forderungen der Petition sind verständlich und gerecht. Nicht nur gegen die Koalitionsfreiheit richten sich die Zwangsnachweise, sie gehen auch direkt darauf hinaus, durch massenhafte Heranziehung von Arbeitern aus zurückgebliebenen Gegenden die

Reservearmee zu vergrößern,

um durch sie einen Druck auf die Arbeiter und Arbeiterlöhne auszuüben. Eine Katastrophe von unübersehbaren Folgen wird kommen, wenn dieser Entwicklung nicht entgegengetreten wird, zumal auch die Gerichte in jenem Revier, wie ein mir vorliegendes Urteil des Obergerichtes zeigt, sich völlig vom Geiste des Vergaltungs angeleitet zeigt. Wieder wie vor dem großen Bergarbeiterstreik von 1905 will ich meine warnende Stimme erheben. Wird der Willkür nicht entgegengetreten, so wird es zu einer Katastrophe kommen, die jenen Streik weit hinter sich lassen wird. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Ubg. Behrens (Wirtsch. Vgg.) Leider scheint die Regierung den Arbeitgebern zuliebe das Arbeitskammergesetz scheitern lassen zu wollen. Damit sind die Arbeiter wieder um eine Hoffnung ärmer. Wir sind für paritätische Arbeitsnachweise. Mißbrauch werden können freilich auch sie, z. B. können durch einen Tarifvertrag bestimmte Arbeiterkategorien ausgeschlossen werden. Das zeigen erst wieder die Vorgänge beim Buchdruckerstreik, die in nicht sozialdemokratischen Kreisen das größte Mißtrauen hervorgerufen haben. Daß die Stimmung im Ruhrrevier keine günstige ist, gebe ich zu. Man sollte aber das Verlangen nach einem allgemeinen Streik nicht fördern. Die Debatte schließt. Der Kommissionsantrag wird angenommen.

Eine Petition des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

betreffend Pflückerarbeiten beantragt die Kommission, dem Reichstagsrat zur Berücksichtigung zu überweisen, soweit sie eine Verkürzung der Arbeitszeit, eine Verschärfung der Betriebskontrolle, größeren Gesundheitsschutz und Beseitigung der Unsicherheit in der Entlohnung verlangt und als Material, soweit sie die Schaffung eines Pflückerarbeitengesetzes verlangt.

Ubg. Sieberts (Zentr.): Die Bundesratsverordnung zum Schutze der Pflückerarbeiten hat ein völliges Fiasko erlitten (Hört, hört! bei den Soz.) Deshalb soll endlich mit dem gesetzlichen Schutze für diese Arbeiterkategorie ernst gemacht werden. Angesichts der glänzenden Dividenden der Großindustrie müssen auch die Arbeiterverhältnisse verbessert werden. (Bravo!)

Ubg. Que (Soz.): Als ich zuerst für den Pflückerarbeitenstreik eintrat, begegnete ich in diesem Hause dem lebhaftesten Widerspruch. Jetzt hat sich erhellend die große Mehrheit der Abgeordneten von der Notwendigkeit dieses Schutzes überzeugt. Auch Herr Sieberts hat heute bekümmert müssen, daß die Bundesratsverordnung ein völliges Fiasko erlitten hat. 24 stündige Schichten existieren auch heute noch, die Sonntagsarbeit hat sich nicht vermindert, sondern sogar vermehrt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Dabei könnte die Achtstunden-Schicht auch in den Feuerbetrieben ganz auf durchgeführt werden. Die Petition geht von einem schrecklichen Unfälle aus; das sich am 10. Dezember 1910 in der Stahlgießerei des Bochumer Vereins ereignet hat, wobei vier Arbeiter in gräßlicher Weise verbrannten. Solche Unfälle ereignen sich in der Großindustrie fast jede Woche. Deshalb beantragen wir auch die Forderung auf Schaffung eines Pflückerarbeiten- schutzes dem Reichstagsrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Weiter verlangen die Petenten auch größeren Gesundheitsschutz. In dieser Beziehung haben die Unternehmer seit Jahren schwer gekündigt und die Regierung beugt sich vor ihnen und ihren Klagen, sie könnten die sozialen Lasten nicht tragen. Dabei sind die Arbeiter in der Pflückerindustrie beständig gelitten und zwar erheblich gelitten. Da sollte man also mit diesem Gebete endlich aufhören. Wir werden die Arbeiter darüber aufklären, daß nur der Einfluß der Unternehmer die Regierung verblüdet hat, trotz des reichhaltigen von uns beigebrachten Materials noch immer kein Pflückerarbeiten- schutzgesetz vorzulegen. (Bravo! b. d. Soz.)

Unter Ablehnung des Antrags Que wird der Antrag der Kommission angenommen.

Das Haus vertagt sich.

Es sind Interpellationen der Konservativen, Nationalliberalen und Freisinnigen über die auswärtsige Lage eingegangen.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Interpellationen, Privatbeamtenversicherungen.) Schluß 4 1/2 Uhr.

Die Revolution in China.

Nun werden die doch Recht behalten, die vor Jahren behaupteten, China werde eher eine moderne Verfassung haben als Preußen. Zwar glaubt der chinesische Generalstab, die Revolution bald niedergeworfen zu haben, aber Süankshai hat auch erklärt, er werde sie ihm angeborenen Stelle des Pizignis in den aufklärerischen Provinzen nur dann annehmen, wenn die Ernennung von kaiserlichen Garantien begleitet ist, daß sofort wirksame Reformen eingeführt, und daß die von den Revolutionären geforderten konstitutionellen Maßnahmen verwirklicht werden.

Die diesjährigen Zustände brachen nacheinander in einer Reihe von Provinzen aus. Sie gewannen mit einem Schlage Macht, da sich die Mehrzahl der modernen Truppen auf ihre Seite schlug. In Wuchang und Hanjang am Jangse unweit von Hankau haben die Revolutionäre die Arsenalen und Staatskassen erobert, durch die Sprengung der großen Eisenbrücke auf dem Jangse die schnelle Zufuhr von Truppen aus Peking unmöglich gemacht, die Staatsverwaltung an sich gerissen. Die Masse der Aufständischen setzt sich zusammen aus Arbeitern — in diesen Provinzen gibt es viele Arbeiter, Güterwerte — aus Bauern und Kleinbürgern; sie wird unterstützt von der Bourgeoisie, und die modernen Truppen erkennen in der revolutionären Regierung ihre Befehlshaberin. Die Leitung der Bewegung befindet sich in vielen Orten in den Händen von revolutionären Organisationen, die sich den Sturz der Mandschinnastie zum Ziel gesetzt haben. Die sehr beschränkte

der Regierung auf den Nägeln brennt, beweist die Beratung Juan-Chilais zum Niederwerfen des Aufstandes. Der frühere mächtige Gouverneur von Schili, der Reorganisationschef des chinesischen Heeres, wurde vor zwei Jahren für seinen Verrat, den er an dem verstorbenen Kaiser Kwangsi im Jahre 1898 verübt hatte, von dem jetzigen Regenten, dem Bruder des verurteilten Kaisers, vom Amte entfernt. Mann legt die persönlichen Kämpfe, die in einem absolutistisch regierten Staate eine große Bedeutung besitzen, beiseite geschoben werden, so ist das eben ein Symptom der Bedrängnis, in der sich die herrschende Clique befindet. Ob es ihr gelingt, sich über Wasser zu halten, ist sehr fraglich. Erfährt das Feuer noch mehrere nördliche Provinzen, so ist selbst die Probe der Niederdrückung der Aufstände im Süden ausgeschlossen.

Für die Masse des städtischen und ländlichen Letzburgeriums und der von ihm noch wenig abgeordneten Arbeiterschaft ist der Kampf gegen die Regierung der Mandschu eine Erhebung gegen die verrottete Verwaltung, die sich in der letzten Zeit in die Dienste des ausländischen Kapitals gestellt hat. Mit dem Namen der Mandschu hängt jeder Ausbeutungs-, jeder Unterdrückungsakt zusammen. Sie werden von einer revolutionären Proklamations folgenreichen Charakterisiert: „Jetzt sind wir im Begriff den Mandschu den Krieg zu erklären. Diese sind außerstande, um zu widerstehen. Sie kennen keinen Handel oder Ackerbau. Den kriegerischen Geist haben sie eingeblüht, sie verstehen nicht einmal mehr zu Pferde zu steigen. Es sind unnütze Fresser, die dem Lande nur zur Last fallen.“ Mit dem Sturze der Mandschu verdrängen die Volksmassen, voll Illusionen, wie jede wenig differenzierte Volksmasse, die auf keine historischen Erfahrungen zurückblicken kann, mehr als die Hoffnung auf Abschüttelung einer Paralytischen: die Hoffnung auf die direkte Verbesserung ihrer Lage. Der Bauer, der durch das Verbot des Opiumhandels ruiniert wurde, erhofft Abhilfe von der neuen Gestaltung der Lage, der kleine Handwerker, der durch die Zufuhr von Maschinenprodukten ruiniert wurde wie der industrielle Arbeiter, der fürchtbar von dem europäischen Kapital ausgebeutet wird, der Lastträger, der durch die Entwicklung der modernen Verkehrsmittel ums Brot gebracht wurde, sie alle glauben, daß die Mandschu in erster Linie ihr Elend verschuldet haben. Der Sieg der Revolution würde die Entwicklung des Kapitalismus mächtig beschleunigen, d. h., er würde die Exploitation der Bauernmassen, ihre Verwandlung in Lohnsklaven im schnellen Tempo herbeiführen, aber die Massen erhoffen von ihm eine sofortige Besserung ihrer Lage und gehen mutig in den Kampf.

Diese Illusionen der Volksmasse erlauben der Bourgeoisie, sie vor ihren Karren zu spannen. Ihr werden die Früchte der Bewegung in den Schoß fallen, während die materiellen Wünsche der Massen, die ihr Blut hingeben, kaum ihre Erfüllung finden werden. Aber es ist nun eben der Geschichte ebernes Muth, daß in allen Ländern die Entwicklung über den Kapitalismus hin zum Sozialismus führt. Das China sich anseht, dem Preussensstaat „in der Welt voran“ zu gehen, ist jedenfalls eine Tatsache, die nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

England und Oesterreich.

Sankt. 17. Oktober. Der englische Kreuzer „Cadmus“ ist heute in Sankt Petrusburg eingetroffen; der österreichisch-ungarische Kreuzer „Kaiser Franz Joseph I.“ wird morgen von Sankt Petrusburg abgehen.

Ein neues China-Abenteuer.

Die vor Sankt Petrusburg, dem Mittelpunkt der chinesischen Revolution, liegenden deutschen Kriegsschiffe haben Mannschaften gelandet. Das Kommando der deutschen Schiffe meldet darüber: „Die Sanitätskorps „Seiphi“, „Ziger“, „Gaterland“, zusammen mit drei aus Deutschen Sankt Petrusburg stehenden Freiwilligen-Kompagnie stehen im Straßenkampf mit chinesischen Födel. Der Handel liegt fast lahm.“

Man versteht eigentlich nicht, weshalb nicht die deutschen Kriegsschiffe in Sankt Petrusburg wohnenden Deutschen sofort an Bord genommen haben, um sie aus der gefährlichen Zone zu entfernen. Damit wäre jedes weitere Einereiten vermieden worden und für den Schaden, der an deutschem Eigentum entstanden wäre, hätte die chinesische Regierung auf alle Fälle Ersatz leisten müssen. Wie die Dinge aber jetzt liegen, besteht begründete Aussicht, daß wir eine neue Auflage des verfluchten, so überaus kostspieligen Hummer-Feldzuges erleben werden, wenn es nicht gelingt, auf die deutsche Regierung in dem Sinne einzuwirken, daß sie es vermeidet, sich im chinesischen Aufstandsgebiet noch weiter zu engagieren. Auch hier dürfte es dringen angezeigt sein, daß die Regierung dem jetzt verjammelten Reichstag sofort die nötige Aufklärung gibt.

Die Revolution wächst.

Peking, 16. Oktober. Aus Schengtu liegen vom 14. Oktober Meldungen vor, wonach mächtig und südlich am Nördlichen entlang der Aufrührer weiterzogen. Nach Osten dringen starke Truppen von Sianing vorwärts. Es scheint, als seien die Truppen der chinesischen Regierung vorläufig nach Schili gegen die Aufständischen.

Drohende Unruhen in der Mongolei.

Urga, 16. Oktober. Der Blatzen hat den Befehl erhalten, die in Urdun und den nachfolgenden Bezirken liegenden Truppen der Mandchuren zusammenzurufen und die nötigen Maßnahmen zur Erhaltung der Ruhe in der Mongolei zu ergreifen.

Die Unruhen in Szechuan.

Peking, 17. Oktober. Die Unruhen in Szechuan haben unheimlich zugenommen. Die chinesische Regierung hält die Lage im Süden für gefährlicher als in Wutschang, da es dort in Urdun zur schnellen Befriedigung fehle.

Nähernde Kämpfe mit Regierungstruppen.

Sankt, 17. Oktober. Eine Meldung des deutschen Gesandten in Sankt Petrusburg lautet: Sankt Petrusburg ist ruhig. Umherstreifende Truppen sind hier eingetroffen. Die Gefahr liegt in der Nähe der deutschen Niederlassung bevor. Ein deutscher Dampfer mit russischen Besatzung ist angedockt.

Sankt, 17. Oktober. Eine Abteilung von 1000 bis 2000 Mann Truppen der Aufständischen in Wutschang überschritt mit Artillerie den Jangtse und ist den Dankfluß aufwärts abmarschiert. Die Gesellschaft vom Roten Kreuz bringt die Gefallenen aus Wutschang weg. Ein Revolutionär, der überführt wurde, Fonds unterschlagen zu haben, wurde hingerichtet.

Streiklichter.

Die Aufständischen beschloßen, die Mandchus nicht zu massakrieren, noch zu töten, wenn sie freiwillig die neue Regierung anerkennen. Man erwartet ein Gesecht zwischen den Mandchus und den Aufständischen. Diese grübelten einen Verband für Kranke und Verletzte, der von einem Missionar geleitet wird. Frauen und Kinder reisen heute nach Schanghai ab. Der Befehlshaber der Aufständischen erklärte, sie fürchteten die Nordtruppen nicht. Die Belingbahn würden sie selbst benutzen. Die Bahn sei in voller Ordnung, habe aber den Verkehr eingestellt. Sollte ein neues revolutionäres Blatt erscheinen. Die früheren Zeitungen erscheinen nicht. Die Gesellschaft vom Roten Kreuz bringt die Gefallenen aus Wutschang weg. Ein Revolutionär, der überführt wurde, Fonds unterschlagen zu haben, wurde hingerichtet.

Alarmnachrichten aus Peking.

Sankt, 17. Oktober. Auf dem Umwege über Washington trifft hier die Nachricht ein, daß in Peking ernste Unruhen ausgebrochen sind. Eine Besatzung dieser Meldung liegt zurzeit noch nicht vor.

Der italienisch-türkische Krieg.

Die Nachrichten vom italienisch-türkischen Kriege sind heute besonders spärlich. Wieviel von dem Vorliegenden noch demontiert werden wird, bleibt abzuwarten.

Verluste der Italiener.

Konstantinopel, 17. Oktober. Die die „Sabah“ aus Tripolis meldet, wurden mehrere tausend Mann Italiener, die gegen das Innere vorrückten, bei El Carbe, 71 Stunden von Tripolis entfernt in einem Kampf mit türkischen Truppen vernichtet. Die von Gewanderten unterführt wurden. Die Italiener hatten über 100 Tote und Flüchtlinge in Unordnung in die Richtung von Tripolis zurück. Auch bei Misie (?) haben die Italiener bedeutende Verluste erlitten. Bei Terna haben die türkischen Truppen eine Schaar von 60 italienischen Soldaten zum Strandem gebracht und alle Italiener getötet.

Die bevorstehenden Kämpfe im Innern.

Tripolis (über Malta). Da die Türken die höchsten 10000 Mann stark sind, jede Nacht die italienischen Posten anzureißen, in ein baldiges Vorrücken der Italiener wahrscheinlich. Bisher sind in diesen Schwärmern wenige Türken getötet worden, und die Verluste der Italiener beschränken sich auf wenige Verletzte. Das bedeutendste der Verluste war am Freitagabend bei Bir-Bu-Milana, nach welchem die Türken eine Batterie und viel Proviant zurückließen. Im Hafen von Tripolis brannte am Donnerstag ein Torpedoboot auf einem verächtlichen Riff. Man vermutet, daß die Türken sich bald nach dem Gebirge zurückziehen werden, wo sie mit modernen Batterien gute Positionen errichten könnten. Andere — und diese sind in der Mehrzahl — glauben dagegen, daß die türkischen Truppen vorrücken werden, die tunesische Grenze zu erreichen. Große Brunnentümer verursacht nach einem Telegramm des „Recl. La est“, das Vorkommen einer choleraverdächtigen Krankheit, da der Hafenverkehr sehr lebhaft ist. Die Polizei ist zu größtem Teil ganz neu organisiert. 1200 türkische Beamte wollen nach Stambul zurückkehren, und werden wahrscheinlich einen deutschen Dampfer benutzen.

Bulgarische Rüstung.

Sofia, 17. Okt. Dienstag Mittags ru den die Reservisten aufzufordern, sich ihren Einberufungsbescheid zu holen. Im Kriegsministerium herrscht wieder eine kriegerische Stimmung. Man hält eine Mobilisation für unabwendbar in Anbetracht der drohenden Truppenansammlung in Adrianopel, wo zwei Armeekorps in Stärke von 100000 Mann bereit stehen sollen. Außerdem will man hier wissen, daß an der bulgarischen Grenze 15 türkische Kavallerieregimenter aufgestellt worden sind.

Entwaffnete Türken.

Schiaffo, 17. Oktober. Nach dem „Corriere della Sera“ haben 500 türkische Soldaten mit ihren Offizieren die Grenze von Tripolis überschritten und sich bei Schaf Kara bei Garden an der tunesischen Grenze den französischen Truppen gestellt. Der französische Kommandant ließ sie entwaffnen und suchte bei seiner Regierung um die Erlaubnis nach, zur Heimführung der Türken.

Das übliche Dementi.

Berlin, 17. Oktober. Die hiesige italienische Botschaft teilt mit: Mehrere Blätter verbreiten eine aus türkischer Quelle stammende Meldung, daß an der Küste von Euboea neue Bombardements seitens der italienischen Flotte stattfänden. Diese Nachricht ist völlig aus der Luft gegriffen.

Die Cholera.

Triest, 16. Oktober. Einem Rundschreiben der Seebehörde zufolge werden die Provenienzen aus den Häfen Tripolis (Syrien) und Sankt, wo die Cholera ausgebrochen ist, nach den einschlägigen einströmenden Bestimmungen behandelt werden.

Parteiangelegenheiten.

Das Protokoll des Parteitagess sowie der Frauenkonferenz in Jena ist in der ersten Auflage bereits vollständig veröffentlicht. Die Buchhandlung Vorwärts Paul Singer, S. m. b. H., Berlin SW 68, bietet alle Organisationen, die ihre Protokollbestellungen noch nicht ausgegeben haben, dies umgehend zu tun, damit die 55 e der zweiten Auflage hergestellt werden kann. Sie wie bereits mitteilen, wird den Organisations der Selbstkostenpreis berechnet.

Bezirksparität für Magdeburg. Der Sozialdemokratische Bezirkverband Magdeburg hielt am Sonntag seinen letzten Bezirkskongress ab. Der Parteivorstand war durch den Genossen Müller vertreten. Dem gebildet vorliegenden Bericht des Bezirksverbandes ist zu entnehmen, daß seit 1906 die Beitragseinnahmen von 21.755,21 auf 97.036,05 Mark gestiegen sind. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 672 auf 21.518. Im Berichtsjahre wurde die Mitgliederzahl um 2524 den 21.518 in der Partei Organisierten, darunter 3735 Genossinnen stehen im Bezirk 9.900 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter gegenüber. Im vorletzten Jahre fanden einer Einnahme von 18.575,55 Mark an Magdeburg 19.036,15 Mark gegenüber. An Flugschriften und Prospektoren wurden 1.239.700 sowie 508.000 Exemplare der „Landpost“ verbreitet. In dem Bericht werden unter anderem auch die politischen und gerichtlichen Verfolgungen im letzten Jahre geschildert, wobei besonders die Verurteilung des Parteivorstandes, den Sozialdemokraten die Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel unmöglich zu machen, dargelegt werden. Manches davon ist in schon bei der weiteren Veröffentlichung bekannt geworden. Der Parteivorstand hat sich demnach unter feinem Himmel unter anderem mit der Begründung, daß in unmittelbarer Nähe des Versammlungsortes ein öffentliches Lokal liegt, wo die Versammlungsteilnehmer vor der Verhaftung bereits Gelegenheit zum Eintrinken von geistigen Getränken haben und in Ermahnung der öffentlichen Versammlung sich erfahrungsgemäß den öffentlichen Anstalten. Man wie-

len haben wird berichtet, daß die bezüglichen Organe auch nicht das geringste Maß von Kenntnis des Reichsvereinsgesetzes besaßen.

Der Bericht über den Stand der „Volksstimme“ zeigt einen erfreulichen Aufschwung. Ihre Auflage beträgt gegenwärtig über 20.000. Die Einnahmen für Abonnements betragen im Berichtsjahre 167.777,58 Mark, die für Inserate 157.388,68 Mark. Die Drucker der „Volksstimme“ ist im letzten Jahre auch in technischer Beziehung weiter erheblich verbessert worden. So wurde beispielsweise eine neue 32seitige Rotationsmaschine angeschafft, mit der eine Bilderdruckmaschine verbunden ist, die es der „Volksstimme“ ermöglicht hat, als erstes Parteiblatt ein neues Bilderdruckverfahren in Anwendung zu bringen, das hauptsächlich in der Magdalen gute Dienste leisten wird.

In der Diskussion wurden wenig Einwendungen gegen die Tätigkeit der Bezirksleitung erhoben. Der Reichstagskandidat für Magdeburg, Genosse Lantzberg, hielt dann einen Vortrag über die kommenden Reichstagswahlen, wobei er die Wahlausichten der acht Kreise des Bezirks einer Betrachtung unterzog. Zum Vorstehenden wurde Fabian-Flaggeburg wiedergewählt.

Der Rechtsanwalt unseres Kobenhaener Bruderorgans, Oberrechtsanwalt U. C. Müller, ist am Freitag im 66. Lebensjahre verstorben. Er hat sein Vermögen von rund 140.000 Kronen gemeinnützigem und namentlich der Arbeiterschaft zugute kommenden Zwecken vermacht. Die Partei erhält 20.000 Kronen, die zur Ausbildung begabter Kinder von Mitgliedern des Sozialdemokratischen Verbandes dienen sollen, 50.000 Kronen sollen zur Förderung der Arbeiterbewegung verwendet werden, und die übrigen 60.000 sind teils für die Rechtsbeihilfe bestimmt, die die Studentenvereine unentgeltlich leisten, teils für eine Unterstützungskasse der Schneidergesellen. Der Verstorbene hatte sich bereits in seinem 20. Lebensjahre der Sozialdemokratie angeschlossen, und als in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts kein Rechtsanwalt sich mit Sozialdemokraten-Prozessen befassen wollte, war er es, der sich dem schwer verfolgten Blatte der verhafteten und misshandelten Partei zur Verfügung stellte, dafür aber auch alle seine wohlhabenden Ackerer einbüßte. Der Genosse U. C. Müller war in seinem Privatleben etwas von einem Sonderling, der ein fast spartanisches Leben führte. Er hauste seit 35 Jahren in einer Mansardenwohnung, die nur ein Zimmer hatte.

Arbeiterbewegung.

Zur Tabakarbeiter-Ausperrung in Westfalen.

Die vom westfälischen Zigarrenfabrikanten-Verband angeführte Ausperrung der organisierten Tabakarbeiter und Arbeiterinnen im westfälischen Zigarrenindustriebezirk ist am 14. Oktober perfekt geworden. Insgesamt sind es 130 Firmen, die dem westfälischen Zigarrenfabrikantenverband angehören und die Ausperrung verweigern, nachdem die Arbeiter in den betroffenen Betrieben es ablehnten, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Zahl der Ausgesperrten wird mehr als 700 betragen, von denen 5000 dem deutschen Tabakarbeiterverband, 1000 dem Verband der Zigarrenarbeiter und Kassenbesitzer Deutschlands und der Rest dem christlichen Tabakarbeiterverband angehören. Die Zigarrenindustrie sind von der Ausperrung am härtesten betroffen, sodaß in manchen Betrieben der Verband überhaupt nicht, in anderen Betrieben nur sehr mangelhaft ausgeführt werden kann. Die in Bremen und Hamburg beschäftigten Arbeiter derjenigen Firmen, die dem westfälischen Zigarrenfabrikantenverband angehören und nicht ausperrten, nahmen nun ebenfalls Stellung zur Ausperrung und sagten, daß sie es ablehnten, Streikarbeit zu machen, sondern sich ihren ausgesperrten Mitarbeitern anschließen. Die Verhandlungen werden trotz der Ausperrung fortgesetzt. Bis jetzt nach dem westfälischen Zigarrenindustriebezirk, so die nach dem von uns und Umgebung und Bremen und Umgebung ist streng fernzuhalten.

Die Lohnbewegung in der Dresdener Schokoladen- und Süßwaren-Industrie. In den letzten Tagen haben Verhandlungen mit den einzelnen Betrieben stattgefunden, sie führten aber nur in zwei Fällen zu einem annehmbaren Resultat. Es gelang zwar, nochmals mit dem Unternehmerverband selbst in Fühlung zu kommen, er ließ aber durch seinen Syndikat erklären, daß weitere Verhandlungen nur durch den Industrie-schutzbund geführt werden könnten, aber auf der Basis der bisherigen Zugeständnisse! Davon konnten sich die Vertrauensleute der Organisation nicht versprechen. Zwei Mitglieder-Versammlungen am 15. Oktober beschloßen daher, die Forderungen in etwas gemildeter Form nochmals sofort an eine Reihe der maßgebenden Betriebe abgeben zu lassen und bis zum Montag mittags die Antwort der Unternehmer zu verlangen. Es kommen zunächst in Frage die Firmen: Hartwig u. Vogel, Behold u. Aulhorn, Kriebel u. Engelmann, Seibmann, König, Knaack, Kowalski, Schiebler. In den Betrieben, für die bis zum 16. Oktober mittags die Bewilligung nicht vorliegt, oder eine Einigung nicht angebahnt sei, solle sofort die Arbeit eingestellt werden. An der geheimen Abstimmung beteiligten sich nur die Arbeiter der betreffenden Betriebe. Es wurden für diese Vorschläge 1624, dagegen 43 Stimmen abgegeben.

Zug von Konditoren, Süßwaren-, Schokoladen- und Maffelarbeitern und Arbeiterinnen nach Dresden ist unter allen Umständen fernzuhalten.

Achtung, Schuhmacher! Die Arbeiter der Schuhfabriken in Schwenningen a. N. (Württemberg) sind am Sonnabend, den 14. Oktober, in den Aufstand getreten, nachdem trotz wiederholter und langwieriger Unterhandlungen von den Arbeitgebern nur ganz minimale Erhöhungen der Zeitlöhne und Uffordräge zuerlassen wurden, die durch die von den Arbeitgebern verlangte Bezahlung der bisher freigestellten Fournituren größtenteils wieder aufgehoben, teilweise sogar eine Verschlechterung bedeuten würden. Die verlangte Verkürzung der Arbeitszeit um eine Viertelstunde pro Tag wurde rundweg abgelehnt, auch für einen späteren Termin. Auch in allen anderen Fragen wurden nur leere Versprechungen abgegeben. Auch die Arbeiter der Firma S. Dintelader, Schuhfabrik in Sindelfingen (Württemberg) stehen in einer Lohnbewegung.

Die Fabrikant von Weichahn u. Co. in Nordhausen, über die schon seit mehreren Monaten wegen Lohnhöhen die Sperre verhängt ist und die nur noch mit ein paar Arbeitswilligen arbeitet, sucht fortwährend in bürgerlichen Zeitungen (auch in Breslau), nach tüchtigen Arbeitskräften. Deshalb sieht sich die unterzeichnete Verwaltung veranlaßt, die Kollegen vor etwaigen Verträgen mit der Firma zu warnen. Es werden 30 bis 45 Mk. pro Woche an Lohn versprochen, da Versprechungen nichts kosten. In Wirklichkeit werden aber höchstens 25 Mk. im Monat verdient. Also, Kollegen, seid auf der Hut!

Die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Deutschen Bäcker und Hilfsarbeiter der Filiale Breslau J. A. M. Kowalczyk.

Lohnbewegungen der Gemeinbedienten. Die Gemeindearbeiter in Weichahn nahmen einstimmig eine Resolution an, die fordert, daß angesichts der Teuerung allen Arbeiter Lohnverträge abgelehnt werden sollen. Der Gemeinbedientenverband wurde mit der Einreichung der Forderung beauftragt.

Die öffentlichen Arbeiter in Richtenberg nahmen nach einem Besuche des Genossen Müller und Annahme einer Resolution, die eine Teuerungszulage fordert, zum Etat 1912/13 Stellung. Von der Erhebung allgemeiner Lohnforderungen wurde Abstand genommen. Jedoch sollen in allen Betrieben, in denen die Mindestlöhne von 4,25 Mk. bzw. 4,50 Mk. noch nicht bezahlt, diese gefordert werden, ferner die generelle Durchführung der Ueberstunden-Bezahlung mit 25 Prozent, der Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Prozent. Der Urlaub soll auf 8 Tage nach einwöchiger und auf 14 Tage nach fünfjähriger Dienstzeit

erweitert werden. Weiter wird gefordert: Allgemeine Erweiterung der neunstündigen Arbeitszeit und Erleichterung von Arbeiterausschüssen.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Der Kampf um Meisse.

Unser Wahlkampf hat die Schwarzen schon ganz außer sich gebracht. Überall herrscht Aufregung und soll von allen Kanälen herab werden Sonntag für Sonntag die Kirchenbesucher angeleitet, sich ja nicht von den roten Volksverführern einflangen zu lassen und der guten Zentrumssache treu zu bleiben. Bisher haben wir bereits in zwölf Orten des Kreises Versammlungen mit gutem Erfolge abgehalten und noch für eine ganze Reihe von Sonntagen sind Gartengrundstücke im voraus für Versammlungen belegt. Das Wichtigste ist, daß auch die schwarze Presse unsere Beteiligungen nicht mehr todschweigend kann. Fast in jeder Versammlung tauchen ein paar schwarze Serren auf. Sie zeigen sich hier plötzlich als Anhänger der „Rebefreiheit“, obwohl die Schwarzen es Jahrzehnte lang zu verhindern gekümmert haben, daß Sozialdemokraten in diesem Kreise zu der Bevölkerung reden könnten. Und weil in einer einzigen Versammlung dem Abgeordneten Horn nicht ohne jede Bedingung das Wort gegeben werden konnte, weil Genosse Dars am gleichen Nachmittag noch in einer zweiten Versammlung reden mußte, deshalb schreibt man jetzt, der sozialdemokratische Kandidat habe Furcht vor einer sachgemäßen Diskussion. Auch sonst ergötzt man sich auf persönliche Angriffe der geschäftigsten Art. Genosse Dars soll es sich zum Prinzip machen, solange zu reden, bis die Gegner fortlaufen und das alles aus Furcht vor einer Diskussion. Er soll sich ferner in Beschimpfungen und Verleumdungen der Zentrumspartei ergehen, die kaum zu beschreiben sind. Er soll in seinen Reden von der Mutter Gottes in Zusammenhang bringen, die jeden Katholiken auf das Tiefste verletzen muß. Sogar ein Dogma der katholischen Kirche soll er beschimpft haben. Das alles wird unserem Kandidaten in einem „Nägeln Artikel der „Reißer Zeitung“ vorgeworfen. Wie steht es damit in Wirklichkeit?

Man stelle sich vor, aus lauter Furcht nicht unter Kandidat Sonntag für Sonntag bei gutem und schlechtem Wetter von Ort zu Ort, um überall, wo noch kein Wort von sozialdemokratischer Klärung hingekommen ist, unsere Ansichten zu vertreten. Und wieder nur aus Furcht redet er stundenlang auf die Bevölkerung ein. Aus Furcht macht er dann auch die „oberfaulen Witze“, von der die „Reißer Zeitung“ schreibt und die „widerwärtiges Gelächter“ erzeugen sollen. Auch Gemeinheiten erzählt Genosse Dars, vom Zentrum im Reichstage tatsächlich verübte Gemeinheiten nämlich und das alles aus Furcht, alles aus Furcht. Wahrscheinlich hat er demnach inmitten einer Versammlung von frommen Leuten auch nur „ein Dogma der Kirche“ auch nur aus Furcht beschimpft. Leider teilt das Blatt so gar nichts von all den Gemeinheiten und Beschimpfungen von Gott und Menschen im Wortlaut mit. Wir müssen deshalb schon ein wenig beschreiben werden. Die „Beleidigungen“ des Abgeordneten Horn erfolgten auf einen Angriff und bestanden aus folgenden zwei Sätzen, die die „Reißer Zeitung“ gefälligst ihren Lesern mitteilen möge.

Der Abgeordnete Horn wollte von uns drei Stunden Redezeit haben. Sehr bescheiden war das nicht, zumal Herr Horn während der 38 Jahre, die er im Reichstage sitzt, noch keine drei Stunden geredet hat.

Also bitte das den Lesern mitzuteilen. Auch die „Beschimpfung eines Dogmas der katholischen Kirche“ verdient den Reisser Zeitungslern näher bekannt zu werden. Oder sollte die „Reißer Zeitung“ es für eine gar zu große „Sünde“ ansehen, den Lesern die Wahrheit zu berichten? Genosse Dars wies darauf hin, daß das Zentrum bei sozialdemokratischen Antrag zur Reichsverfassungsänderung auf unentgeltliche Gewährung von Gebäudediensten zu Falle gebracht hat, obwohl zum Beispiel im Jahre 1909 in Deutschland nicht weniger als 129.000 Entbindungen ohne Gebäudedienste vor sich gegangen sind, weil auf dem Lande weit und breit Gebäuden nicht zu haben sind. Wirklich jagte er dann:

„Die katholische Kirche schuf den Marienkult und sollte damit der Mutterchaft die höchste Verehrung, Volksverherrlichung aber, die sich katholisch nennen, sehen herzufließen zu, wie hunderte und aberhunderte von Müttern alljährlich hilflos zu Grunde gehen. Was nicht es, wenn man an allen Straßenecken ein Bild der Mutter Gottes aufpflanzt und dort, wo es gilt, christliche Ideale in die Tat umzusetzen nur immer zeigt, daß man keinen Funken menschlichen Gefühls im Leibe hat.“

Die „Reißer Zeitung“ möge nun also den Mut fassen und ihren Lesern den Wortlaut der „Beschimpfung eines Dogmas“ mitteilen.

Im übrigen können wir den Schmerz verstehen, den unser Vorbrüder im Kreise der Schwarzen bereitet. Am Sonntag sprach Genosse Dars in Merkersdorf vor etwa 120 Besuchern und abgesehen von den sonstigen schmerzhaften Folgen meldete sich nach der Versammlung wieder ein Stellenbesitzer aus einem Nachbarorte und bat uns seinen Garten zu einer Versammlung an. Das Anerbieten wurde natürlich mit Dank angenommen. Hoffentlich erlaubt es das Wetter, daß unser Kandidat vor den Wahlen noch an recht vielen Orten seine große „Furcht vor den Schwarzen“ beweisen kann.

Lebensmittelpreise in Mittelschlesien.

Nach einer vom Regierunagspräsidenten veröffentlichten Statistik über die von den Markt-Materienkommissionen ermittelten Lebensmittelpreise an 17 Markorten Mittelschlesiens zeigt sich, wie der „Preis“ meldet, trotz der allgemeinen Teuerung ein recht bedeutender Preisunterschied und vielfach darnach eine künstlich hervorgerufene Preissteigerung. Breslau ausgeschlossen, sind folgende Preise festgestellt:

1. Roggenbrot pro Kilogramm 18-28 Pf. In Wohlfau 18 Pf., Strahlen 20 Pf., Schweidnitz 23 Pf., Striegau 25 Pf., Glas 28 Pf.
2. Semmel pro Kilogramm 20-52 Pf. In Wohlfau 20 Pf., Steinau 25 Pf., Ohlau 33 Pf., Schweidnitz 43 Pf., Striegau, Strahlen 45 Pf., Glas 50 Pf., Bernstadt 52 Pf.
3. Roggenmehl pro Kilogramm 24-30 Pf. In Oels 24 Pf., Striegau 26 Pf., Schweidnitz 28 Pf., Frankenstein 30 Pf.
4. Weizenmehl 22-36 Pf. In Gubrau 23 Pf., Striegau 29 Pf., Striegau 34 Pf., Schweidnitz 36 Pf.
5. Gerstengraupe pro Kilogramm 24-50 Pf. In Münsterberg 24 Pf., Bernstadt, Müllisch 30 Pf., Striegau 40 Pf., Schweidnitz 40 Pf.
6. Erbsen pro Kilogramm 28-55 Pf. In Wohlfau und Trachenberg 28 Pf., Schweidnitz 33 Pf., Striegau 33 Pf., Müllisch 40 Pf., Bernstadt 55 Pf.
7. Hartweizen pro 100 Kilogramm 4,64 Mk. bis 9 Mk. In Trachenberg 4,64 Mk., Wohlfau 6,25 Mk., Müllisch 6,40 Mk., Schweidnitz 8,40 Mk., Striegau 9 Mk.
8. Hartweizen pro Kilogramm 7-12 Pf. In Trachenberg 7 Pf., Wohlfau 9 Pf., Striegau 11 Pf., Schweidnitz und Bernstadt 12 Pf.
9. Butter pro Kilogramm 2,60 Mk. bis 2,08 Mk. In Drieg 2,60, in Striegau 3 Mk., Schweidnitz 3,08 Mk.
10. Eier pro Schale 3,64 Mk. bis 4,40 Mk. In Münsterberg 3,64, Schweidnitz 4,28 Mk., Striegau und Glas 4,40 Mk.
11. Vollkornbrot pro Liter 14 bis 18 Pf. In Steinau, Bernstadt, Gubrau, Münsterberg 14 Pf., Wohlfau 15 Pf., sonst 16 Pf., in Schweidnitz allein 18 Pf.

Schweidnitz, 18. Oktober. Die Folgen einer Händel. Ein folgenreicher Streit spielte sich in einem Fabrik-Etablissement an der Vorwerkstraße ab. Der 18-jährige Arbeiter Nikolaus häufte sich mit dem im gleichen Alter stehenden Arbeiterischen Mania. Im Verlauf der Händel entstanden ernstliche Streitigkeiten. Schließlich ergriff Nikolaus einen schweren Hammer und schlug diesen seinem Gegner mit voller Wucht über den Kopf. Mania erlitt einen schweren Schädelbruch und stürzte blutüberströmt und bewußungslos zu Boden. Er wurde nach dem Krankenhaus „Bethania“ überführt und schwebt in ernstster Lebensgefahr. Von einer Verhaftung des jugendlichen Brausekopfes wurde Abstand genommen.

Strehlitz, Kr. Schweidnitz. Aus dem schwarzen Winkel. Hier in dieser ausgelassenen Zentrumsdemokratie am Sonntag im Garten des Hausbesizers Krusche eine Versammlung, in der Genosse Feldmann über die nächsten Reichstagswahlen sprach. Reichlich 200 Personen hatten sich im Garten eingefunden, ziemlich viel Schlichtere hörten außerdem hinter Baum und Strauchern der Ausführungen des Referenten mit sichtlichem Interesse zu. Das Genosse Feldmann den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte, zeigte der geliebte Beifall. Da sich in der Diskussion niemand zum Wort meldete, schloß Genosse Langer nach einer kurzen Ansprache mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie, in welches die Anwesenden freudig einstimmten, die Versammlung. Es ist also wieder ein Beet von dem Acker besät, von dem wir im Januar die Frucht einheimen wollen.

Herrnsdorf u. R., 18. Oktober. Selbstmord im Gefängnis. Ein zur Zeit im Gerichtsgefängnis befindlicher Bäckermeister aus Schreiberbau machte Sonntag nachmittag in der Zelle durch Erhängen seinem Leben ein Ende.

Striegau, 18. Oktober. Aus dem Fenster gestürzt. Ein recht schwerer Unfall ereignete sich vorgestern Abend im Hause Kirchstraße Nr. 25. Der dort wohnhafte Schulknabe Gerhard Mehnert, Sohn eines Handlungsreisenden, wollte auf dem starken Dach, auf dem er Wohnung gesucht hatte, einen Praxi abreißen. Dabei kam er zu Falle und stürzte aus der Höhe des 4. Stockes auf das Pflaster in den Hof. Dem schwerverletzten Knaben drang das Blut aus dem rechten Ohr. Wenige Stunden darauf starb der bedauernswerte Knabe.

Gülden, Kr. Namslau, 18. Oktober. Die Rache der Kriegerverein. Ausgeschlossen aus dem Kriegerverein wurde der Maurer W., der zweimal seine Ziele zu Versammlungszwecken zur Verfügung gestellt hatte. Schon nach der ersten Versammlung hatte man unter den Genossen erfuhr, seinen Austritt aus dem Kriegerverein zu erklären. Er antwortete durch eine zweite Versammlung und jetzt erhielt er die Mitteilung, daß sein Ausschluss erfolgt sei, weil sein „Verhalten für die sozialdemokratische Partei im Widerspruch mit den Vereinsstatuten stehe“. Genosse W. hat erleichtert aufgemerkt, als er von dieser Gesellschaft frei war.

Mauer, 18. Oktober. Feuer mit Menschenverlust. Dienstag morgen gegen 4 Uhr brach in dem Nebengebäude des Talsperren-Kasinos Feuer aus. Das Gebäude war unten massiv und oben Fachwerk. In ihm schliefen drei Mädchen, der Haushälter und ein Polier. Das Feuer verbreitete sich mit sehr großer Schnelligkeit, so daß die fünf Personen buchstäblich nur ihr nacktes Leben retten konnten. Unten waren ein Stall und Vorabräume. In diesen Stall hatten am Montag Abend ohne Wissen zwei Arbeiter einen deutsch-böhmischen Arbeiter geschafft, den sie betrunken am Wege gefunden hatten. Dieser Mann muß gegen Morgen aufgewacht sein, ein Streichhölzchen angezündet und vielleicht weggerufen haben. Diese Unachtsamkeit hat er mit dem Tode bestraft, denn man fand seine gänzlich verholzten Leberreste. Zwei Schweine von sieben Zentnern Gewicht, vier Gänse, 35 Hühner und Vorräte im Wert von 5000 Mark sind ebenfalls verbrannt. Ferner sind den fünf Personen, die in dem Neubau schliefen, sämtliche Sachen verbrannt.

Posen, 18. Oktober. Wegen die Polen. Seit Monaten waren Verhandlungen im Gange, um die deutschen bürgerlichen Parteien in der Provinz Posen im Kampf gegen die Polen zu einigen. Es wurde dann gemeldet, die Kompromißverhandlungen seien endgültig gelichtet. Jetzt hat nun der Landtagsabgeordnete Ironjohn im freisinnigen Verein in Bromberg mitgeteilt, die Verhandlungen seien nicht gelichtet, sondern würden in den nächsten Tagen fortgeführt werden. Die freisinnigen würden unter allen Umständen an dem bisherigen Kompromiß mit den Konservativen festhalten und die Kandidatur des jetzigen Reichstagsabgeordneten Schulz (Reichspartei) unterstützen, auch wenn mit den Nationalliberalen seine Einigung zustande kommen sollte.

Arnsdorf, 18. Oktober. Selbstmord eines Dillziers. Montag morgen erlöschte sich auf einem in der Nähe der Stadt befindlichen Fußgängerweg der Oberleutnant im hiesigen Füsilierregiment Nr. 37 v. Graurod. Er führte seit einigen Monaten in Vertretung des beurlaubten Oberst das Regiment. Graurod soll in geordneten Verhältnissen gelebt haben. Ein 11-jähriger Mörder. In Heinrichsfeld wurde Dienstag morgen der 7-jährige Knabe Johann Klimek in der Wohnung seiner Pflegeeltern mit durchschlagender Axt ermordet aufgefunden. Der Tat dringend verdächtig erscheint der 11-jährige, bei dem Wirt Witzke in Heinrichsfeld bedienstete Pöttejunge Böhm, bei dem auch zwei mit Blut bespritzte Messer vorgefunden wurden. Er bestreitet indes die Tat.

Aus Oberschlesien.

Zu den Stadtverordnetenwahlen.

„Über allen Gipfeln ist Ruh“ mit Bezug auf die am 7. November in Kattowitz stattfindenden Stadtverordnetenwahlen. Die Stadt, in der es vor zwei Jahren bei gleicher Gelegenheit von wildem Kriegesgeschrei widerhallte, schweigt geradezu in dieser ruhigen Stimmung. Und diese Ruhe haben wir in erster Linie dem standhaften, überzeugungsstreuen Zentrum zu verdanken. Vor zwei Jahren ging es mit den Polen durch die und dünn, und heute mit den Sozialisten. Das ist Zentrumstaktik. Nach echter Jesuitenmoral wird heute der ihnen vor zwei Jahren so sehr aus Herz gewachsene katholische Volkstakt polnischer Junge an die so viel geschmähten Liberalen verraten. Im „Königshüter Kurier“ wurde noch bis einige Wochen vor den letzten Wahlen die Entrüstungsliefer gestiebt, ob der damals von den Liberalen betriebenen Gemaltpolitik. Julius Pettsche schätzte sich noch nach Jahr und Tag in ständiger Entrüstung bei dem Gedanken an die liberalen Demagogen. Nachdem man aber selbst etwas in Demagogentempoliti macht, scheint man sich gegenständig des Brüderbrosches für würdig zu erachten. Um dieses Verbaltes gegenüber den polnischen Bürgern zu rechtfertigen, erklärt man, was man bisher noch nie gehört hat, daß die Polen unter Führung Korschanz bei den letzten Wahlen nicht ihre Pflicht getan haben. Denn wäre dies geschehen, dann wären die zentrumschweidnitzer Kandidaten gewählt worden. Das ist wieder einmal ganz das dämliche Zentrum. Diefelbe Dankbarkeit lernt der Arbeiter bei jeder Gelegenheit kennen. Nachdem die Zentrumsdemokraten im Interesse der heiligen Kirche zum Schutze der von den Liberalen bedrohten Religion in den Reichs- oder Landtag gewählt sind, schloß sie gemeinschaftlich mit den Junkern dem Arbeiter das Brot aus der Hand, um sich selbst daran zu mästen. (Erhöhung der Pfarrergelöhner.) Den selben Wählern, die unter Hintertreibung ihrer Existenz vor zwei Jahren ihrer Überzeugung an-

mäß für die bezugslosen Polen- und Zentrumskandidaten stimmten, wirt man heute vor, ihre Pflicht nicht erfüllt zu haben. Nach dieser Probe der hiesigen Wandelungsfähigkeit dürfte es nicht den Wählern schwer fallen, diesen Schachern und Feilschern unter der Zentrumsmaske ihre Stimmen zu geben. Genau wie es sich die Wähler überlegen werden, den gekündeten Verleumdern des Regiments liberalen Gebankens die Arbeit, unseren Schwarzen die Stimmentasche in die Hände zu spielen, zu erleichtern.

Doppel, 18. Oktober. Der noble Eisenbahn. Fiskus. Vor uns liegt, so schreibt der „Proletarier“, ein Vergleiche, den das Königl. Eisenbahnbetriebsamt Doppel im Jahre 1883 mit einem Hilfsarbeiter geschlossen hat, der, wie der Vergleich ausdrücklich anerkennt, im Verleibe ohne sein Verschulden zu verunglückte, daß er vorwiegend dauernd erwerbsunfähig sein werde, wie es im Vergleich heißt. Der Vergleich gewährt nun dem Verunglückten seinen bisherigen Lohn in Höhe von 576 Mk. jährlich, wozu nach dem Darstelligkeitsgesetz der Bahnfiskus auch verpflichtet war, nachdem er die Pfortpflicht hat anerkennen müssen. Diese Beiträge sollen aber dem Verunglückten nur bis zum vollendeten 65. Lebensjahre gewährt werden, also nicht bis zum Lebensende und da scheint uns eben der Punkt zu liegen, der im Vergleich gegen die guten Sitten verstößt. Das scheint auch die Bahnverwaltung selbst zu empfinden, denn der Verunglückte ist jetzt eben 65 Jahre alt geworden und der Bahnfiskus gewährt ihm einstmals bis Ende 1913 jährlich 450 Mk. mehr, das sind 126 Mk. jährlich weniger wie vorher. Wahrscheinlich soll der Verunglückte sich die 120 Mark, die er inzwischen jährlich als alter Krieger an Invalidenunterstützung erhält, auf die frühere Unterstützung anrechnen, es bleibt dann immer noch zu Ungunsten des Verunglückten eine jährliche Differenz von 6 Mk.

Der Fall regt zum Nachdenken darüber an, wie es mit der Versorgung der alten Arbeitsinvaliden bis ins hohe Alter steht.

Kattowitz, 18. Oktober. Freiwillig ins Zuchthaus zurückgeführt ist der Sträfling Weier, der kürzlich von dem Arbeitssammande der Mauborn Strafanstalt bei dem Niederstichlichen Talsperrenbau entwichen war. Er meldete sich an der Pforte der hiesigen Strafanstalt und gab an, seine Eltern hätten ihn von Hause gewiesen, mit der Aufforderung, er solle erst seine Strafe abbüßen.

Beuthen OZ., 18. Oktober. Ueberfahren und getötet. Dienstag mittag ereignete sich auf der Tingustraße ein Unglücksfall. Eine Frau im Alter von etwa 40 Jahren wollte einem Straßenbahnwagen ausweichen, während unglücklicherweise von der anderen Seite ein Montierungswagen herankam, von dem sie erfasst und überfahren wurde. Die Frau ist kurz darauf ihren Verletzungen erlegen.

Kattowitz, 18. Oktober. Wegen Beleidigung des Bürgermeisters Neugebauer hatten sich der Stadtverordnete Dsenfchmeister Manjura und der Zigarettenkaufmann Silbermann vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Der Sachverhalt ist folgender: Am einem Wochenmorgens stand eine Frau aus Eichenau vor dem Silbermannschen Zigarettengeschäft und ließ sich die eben gelaufenen Stiefeln gut schmecken, wobei sie die Kerne auf den Bürgersteig warf. Der Bürgermeister, der gerade vorüberging, sah das auf jeden Fall zu verurteilende Verhalten der Frau und veranlaßte einen in der Nähe sich aufhaltenden Schuhmann, den Namen der Frau festzustellen. Der Stadtverordnete Manjura, der auch Mitglied der Marktkommission ist, kam in dem Augenblick dazu und fragte den Beamten, warum die Frau notiert wurde. Nachdem er den Grund erfahren und auch gehört hatte, wor die Anweisung dazu gegeben, äußerte er sowohl wie Silbermann in ziemlich erregtem Tone, es sei dies eine Befäkigung des laufenden Publikums und beruhe nur auf Eitelkeit. Dadurch fühlte sich der Bürgermeister beleidigt und stellte Strafantrag. Die Angeklagten erklärten, nicht die Absicht gehabt zu haben, den Bürgermeister zu beleidigen, worauf dieser, nachdem sich die Angeklagten beipflichtet hätten, binnen zwei Wochen 10 Mark an die Zentrale für Jugendfürsorge zu zahlen, den Strafantrag zurückzog. Weil sich bei der oben niedergelegten Urteilsanerkennung auch Menschen angesammelt hatten, waren die Angeklagten weiter beschuldigt, großen Unfug verübt zu haben. Das Gericht konnte in diesem Falle zu einer Verurteilung nicht kommen und sprach die Angeklagten frei.

Gleiwitz, 18. Oktober. Baunfall. Ein schwerer Unfall ereignete sich beim Neubau des Waisenhauses auf der Wernickestraße. Dort stürzte ein Gerüst, auf dem ein Polier, vier Maurer und zwei Mädchen beschäftigt waren, zusammen. Während ein Maurer und ein Mädchen recht schwere Verletzungen erlitten haben, sind die anderen mit eigenen Hautschürfungen davon gekommen.

Gleiwitz, 18. Oktober. Verurteilte Messerstecher. Wegen Messerstecherei waren die Grubenarbeiter Franz Kollnet und Euro Pöllich aus Jabrze sowie die Grubenarbeiter Paul Witzellus und Josef Sacher aus Paulsdorf angeklagt. In einem Streit zwischen jungen Leuten aus Paulsdorf und Jabrze kam es zu einer regelrechten Schlägerei, in deren Verlauf Kollnet den Grubenarbeiter Paul Lindner mit dem Messer derartig bearbeitete, daß er am anderen Morgen an den bei-gebrachten Wunden starb. Das Gericht erkannte bei Kollnet auf fünf Jahre, bei Witzellus und Pöllich auf ein Jahr Gefängnis; drei Monate Untersuchungshaft wurden P. und B. angegerechnet.

Neuwalde, 18. Oktober. Ein bedauerlicher Unfall ereignete sich vor einigen Tagen auf dem hiesigen Bahnhof. Der Tischlermeister Scholz aus Neuwalde war in Ziegenhals gewelen, um Einkäufe zu besorgen; abends kehrte er mit dem Zuge zurück. Beim Aussteigen aus demselben in Neuwalde blieb er mit einem Fuße hängen und wurde ein Stück mitgeschleppt; schließlich bekam er aber den Fuß frei und fiel so unglücklich auf den Bahnhöfchen, daß ihm ein Fuß abgefahren wurde. Man fand den Bedauernswerten erst am anderen Morgen; er wurde ins Krankenhaus nach Reife geschafft.

Freiland OZ., 13. Oktober. Von der Kultur noch nicht beleckt. In einer der letzten Nächte fuhr der Chauffeur des Herrn Grafen v. Ziele-Windler auf Maschinen die Chauffeur von Proskau nach Schellig einlang. Da stand im letzten Revier mitten auf der Straße ein Hirsch, ein kapitaler Rehbock, den weder das Licht noch das Signal des Fahrzeuges bewegte, seinen Platz zu verlassen. Er wurde überfahren, wobei durch den Auf im Auto alle Scheiben brachen, während der Chauffeur mit dem bloßen Schrecken davon kam.

Kreuzburg, 18. Oktober. Am Karloffelfeuer verbrannt. In Ludwigsdorf bei Kreuzburg hatten mehrere Kinder nach Beendigung der Karloffelfeier ein Karloffelfeuer angezündet. Ein Mädchen kam unvorsichtiger Weise dem Feuer zu nahe, daß die Kleider von den Flammen ergriffen wurden. Anstatt der Unselbstlichen zu helfen, ließen die anderen Kinder, von Angst erfüllt, davon, und überließen das Mädchen seinem Schicksal. Das Kind, welches mit schweren Brandwunden am Körper aufgefunden wurde, wurde zwar eilig ins Krankenhaus geschafft, erlag aber den schweren Verletzungen.

Wyschnitz, 18. Oktober. Zum Kontraste der Dillshandlung. Dillshandlung meldet der „Wyschnitz. Anz.“: Wie wir hören, hat die Dillshandlung Staatsanwaltschaft für Unterbringung des Aufenthaltes der Brüder Lukan eine Belohnung von fünf hundert Mark ausgesetzt.

Deier! Besorgt bei Herrn Brücken unsere Dillen-Verzeichnisse.

Beuthen O.-S.

Bäckerleien. Bitts, Daga, Wollwaren. Brauereien. Vereins-Brauerei A.-G.

Brieg

Alkoholfreie Getränke. Arbeiter-Konfektion. Brauereien und Konditoreien.

Bierbränerien

Bürger Brauerei A.G. Bierbränerien. Brauereien und Konditoreien.

Fruchtsäfte etc.

Cohn, Josef, Seif. 26. Galanterie- u. Spielwaren. Herren- u. Knaben-Garderobe.

Herrengard., Schuhwaren, Möbel

Holz- u. Kohlenhandlung. Holz- u. Kohlenhandlung. Holz- u. Kohlenhandlung.

Kaufhäuser

Bach, Arth., Ring 30. Kaufhäuser. Kaufhäuser. Kaufhäuser.

Höbel- und Sarg-Magazin

Zakmann, Christian, Wagnerstr. 16 17. Höbel- und Sarg-Magazin. Höbel- und Sarg-Magazin.

Schankwirtschaften

Schumann, Josef, Riederstr. 16. Schankwirtschaften. Schankwirtschaften.

Schuhwaren und Schuhmacher

Bartsch, Aug., Burgstr. 13. Schuhwaren und Schuhmacher. Schuhwaren und Schuhmacher.

Stache, D.

Stache, D., Ring 14. Stache, D. Stache, D.

Cosel

Bäckerleien. Bäckerei. Bäckerei.

Dtsch.-Lissa, Stabelwitz

Bäckerleien. Bäckerei. Bäckerei.

Fleischer- u. Wurstfabrik

Fleischer- u. Wurstfabrik. Fleischer- u. Wurstfabrik. Fleischer- u. Wurstfabrik.

Haus- und Küchengeräte

Weiß, P., Seif. 26. Haus- und Küchengeräte. Haus- und Küchengeräte.

Kaufhaus

Kaufhaus. Kaufhaus. Kaufhaus.

Kolonialwaren

Kolonialwaren. Kolonialwaren. Kolonialwaren.

Möbel- und Sargmagazin

Schmidt, Robert, Seif. 26. Möbel- und Sargmagazin. Möbel- und Sargmagazin.

Schuhwaren, Schuhmacher

Stache, Carl, Seif. 26. Schuhwaren, Schuhmacher. Schuhwaren, Schuhmacher.

Weiss- und Wollwaren

Wittich, Joseph, Seif. 26. Weiss- und Wollwaren. Weiss- und Wollwaren.

Freiburg

Bäckerleien und Konditoreien. Bäckerleien und Konditoreien. Bäckerleien und Konditoreien.

Gross-Rosen/Häslicht

Fleischer- und Wurstfabrik. Fleischerei. Fleischerei.

Haynau

Abzahlungs-Geschäfte. Arbeiter-Garderobe, Schuhwaren.

Bäckerleien

Bäckerleien. Bäckerei. Bäckerei.

Fleischer- u. Wurstfabrik

Fleischer- u. Wurstfabrik. Fleischerei. Fleischerei.

Haus- und Küchengeräte

Weiß, P., Seif. 26. Haus- und Küchengeräte. Haus- und Küchengeräte.

Kaufhaus

Kaufhaus. Kaufhaus. Kaufhaus.

Kolonialwaren

Kolonialwaren. Kolonialwaren. Kolonialwaren.

Möbel- und Sargmagazin

Schmidt, Robert, Seif. 26. Möbel- und Sargmagazin. Möbel- und Sargmagazin.

Schuhwaren, Schuhmacher

Stache, Carl, Seif. 26. Schuhwaren, Schuhmacher. Schuhwaren, Schuhmacher.

Weiss- und Wollwaren

Wittich, Joseph, Seif. 26. Weiss- und Wollwaren. Weiss- und Wollwaren.

Fleischerleien und Wurstfabriken

Fleischerleien und Wurstfabriken. Fleischerei. Fleischerei.

Horren- u. Knaben-Garderobe

Horren- u. Knaben-Garderobe. Herren- u. Knaben-Garderobe.

Haus- und Küchengeräte

Haus- und Küchengeräte. Haus- und Küchengeräte. Haus- und Küchengeräte.

Kaufhäuser

Kaufhäuser. Kaufhäuser. Kaufhäuser.

Kinder-, Sport- und Lederwaren

Kinder-, Sport- und Lederwaren. Kinder-, Sport- und Lederwaren.

Möbel- und Sargmagazin

Schmidt, Robert, Seif. 26. Möbel- und Sargmagazin. Möbel- und Sargmagazin.

Schuhwaren

Schuhwaren. Schuhwaren. Schuhwaren.

Seiten, Herren, Parfümerien

Seiten, Herren, Parfümerien. Seiten, Herren, Parfümerien.

Strickwaren, Trikots, Wollwaren

Strickwaren, Trikots, Wollwaren. Strickwaren, Trikots, Wollwaren.

Uhren- und Goldwaren

Uhren- und Goldwaren. Uhren- und Goldwaren. Uhren- und Goldwaren.

Königshütte O.-S.

Ausschank und Restaurateure. Ausschank und Restaurateure.

Möbel und Schuhwaren

Möbel und Schuhwaren. Möbel und Schuhwaren.

Liegnitz

Haurwitz, Ludwig, Frauenstr. 9. Liegnitz. Liegnitz.

Abzahlungs-Geschäfte

Abzahlungs-Geschäfte. Abzahlungs-Geschäfte. Abzahlungs-Geschäfte.

Alkoholfreie Getränke

Alkoholfreie Getränke. Alkoholfreie Getränke. Alkoholfreie Getränke.

Bäckerleien u. Konditoreien

Bäckerleien u. Konditoreien. Bäckerleien u. Konditoreien.

Bierbränerien, Bierverleger

Bierbränerien, Bierverleger. Bierbränerien, Bierverleger.

Buchdruck, Papier- u. Schreibwaren

Buchdruck, Papier- u. Schreibwaren. Buchdruck, Papier- u. Schreibwaren.

Büsten, Mineral etc.

Büsten, Mineral etc. Büsten, Mineral etc.

Drogen und Farben

Drogen und Farben. Drogen und Farben. Drogen und Farben.

Jachke, A., Seidestricke

Jachke, A., Seidestricke. Jachke, A., Seidestricke.

Schuh-Frage Granelst

Schuh-Frage Granelst. Schuh-Frage Granelst.

Tack, Conrad & Cie.

Tack, Conrad & Cie. Tack, Conrad & Cie.

Strumpftrickerei

Strumpftrickerei. Strumpftrickerei. Strumpftrickerei.

Uhren und Goldwaren

Uhren und Goldwaren. Uhren und Goldwaren.

Zahn-Atelier

Zahn-Atelier. Zahn-Atelier. Zahn-Atelier.

Zigarren, Zigaretten

Zigarren, Zigaretten. Zigarren, Zigaretten.

Schokoladen-Engros-Haus

Schokoladen-Engros-Haus. Schokoladen-Engros-Haus.

Gross-Leubusch

Gross-Leubusch. Gross-Leubusch. Gross-Leubusch.

Bäckerleien

Bäckerleien. Bäckerleien. Bäckerleien.